D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 38
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

18. September 1981
Preis 1 DM



Polen vor der Konfrontation?

Von Gerd Koenen

„Wir haben nur den Leitsatz verfolgt: Proletarier aller Länder, vereinigt euch", hat Lech Walesa auf der Pressekonferenz zum Abschluß des Kongresses von „Solidarność" gesagt. Dabei saß ihm natürlich der Schalk in den Augenwinkeln, aber ernst gemeint war es doch. Es ging um den Aufruf der polnischen Arbeiter an die Werktätigen der Sowjetunion, der DDR, der CSSR, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Albaniens – das waren die namentlich genannten Länder –, nicht den Lügen zu glauben, „die in euren Ländern über uns verbreitet werden". „Wir sind ... eine zehn Millionen starke echte Arbeitervertretung." „Wir unterstützen jene von Euch, die sich entschlossen haben, den schweren Weg des Kampfes für eine freie Gewerkschaft einzuschlagen. Wir glauben, daß sich Eure und unsere Delegierten bald treffen werden.

Die Wirkung war verblüffend: obwohl in keinem der osteuropäischen Länder, so wenig wie in der zensierten polnischen Presse, der Wortlaut des Aufrufs zu lesen stand, wurden die Belegschaften von Moskauer und Leningrader Betrieben, dann auch einigen Großbetrieben Bulgariens, zusammengetrommelt, um einen „Offenen Brief" zu unterzeichnen, worin jeweils „mit Entrüstung" der Aufruf der polnischen Arbeiter zurückgewiesen und diese umgekehrt aufgefordert wurden, „Solidarność" als ein einziges „Nest

sekonferenz zum Abschluß des Kongresses von „Solidarność" gesagt. Dabei saß ihm natürlich der Schalk in den Augenwinkeln, aber ernst gemeint war es doch. Es ging um den Aufruf der polnischen Arbeiter an die Werktätigen der Sowjetunion, der DDR, der CSSR, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Albaniens – das waren die namentlich genannten Länder –, nicht den Lügen zu glauben, „die in euren Ländern über uns verbreitet werden". „Wir sind ... eine zehn Millionen starke echte Arbeitervertretung." „Wir unterstützen jene von Euch, die sich entschlossen haben, den schweren Weg des Kampfes für eine freie Gewerkschaft einzuschlagen. Wir glauben, daß sich Eure und unsere Delegierten bald treffen werden.

Die Wirkung war verblüffend: obwohl in keinem der osteuropäischen Länder, so wenig wie in der zensierten polnischen Presse, der Wortlaut des Aufrufs zu lesen stand, wurden die Belegschaften von Moskauer und Leningrader Betrieben, dann auch einigen Großbetrieben Bulgariens, zusammengetrommelt, um einen „Offenen Brief" zu unterzeichnen, worin jeweils „mit Entrüstung" der Aufruf der polnischen Arbeiter zurückgewiesen und diese umgekehrt aufgefordert wurden, „Solidarność" als ein einziges „Nest von Konterrevolutionären" zu verlassen, „die revolutionären Grundsätze des Sozialismus zu verteidigen und den Klassenfeind zu stoppen" – so im Schreiben der SIL-Arbeiter aus Moskau. Postwendend hat die Belegschaft der Warschauer WSK-Werke, ebenfalls ein LKW-Werk, die SIL-Arbeiter eingeladen, sich selbst ein Bild von der Lage zu machen. Es ist offensichtlich: die sowjetische Führung geht daran, im eigenen Land und den Vasallenstaaten eine öffentliche Meinung für ein gewaltsames Vorgehen in Polen zu schaffen; aber damit hat sie sich auch auf eine gefährliche Politisierung der eigenen Arbeiterbevölkerung eingelassen.

Nicht weniger zweischneidig ist das Schwert des Ausnahmezustands, mit dem die polnische Partei- und Staatsführung jetzt offen droht. Der Kongreß von „Solidarność" hat – entgegen seiner ursprünglichen Tagesordnung, das das alles bis zur Fortsetzung des Kongresses am 25. September aufschieben wollte – schon jetzt in den meisten grundlegenden Fragen die Positionen der Gewerkschaft festgelegt.

– Die Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe ist das unverzichtbare Kernstück der notwendigen Wirtschaftsreform. Die eigenen Vorstellungen darüber werden bis Ende des Monats noch präzisiert, aber die Gesetzesvorlagen der Regierung sind keinesfalls akzeptabel. Durch ein Referendum – das „Solidarność" notfalls auch selbständig durchführen wird – muß die Frage zur Entscheidung gebracht werden.

– Die Gewerkschaft beansprucht, in enger Absprache mit der „Land-Solidarität", Kontrolle über die Lebensmittelproduktion und -verteilung, um die unerträgliche Lage zu bessern.

– Es wird die Veröffentlichung der Außenhandelsabkommen, vor allem im RGW, verlangt, die gegenwärtig Staatsgeheimnis sind.

– „Solidarność" verlangt weiterhin unzensierten Zugang zu den Massenmedien und insgesamt eine gesellschaftliche Kontrolle darüber, wie auch über das Erziehungswesen.

– Durch Änderung der Wahlordnung sollen bei den Wahlen zum Sejm und den Nationalräten auch andere Kandidaten als die der PVAP und mit ihr verbundenen Blockparteien zugelassen werden; mithin: freie Wahlen in Polen.

Grundsatzentscheidungen sind auch über den künftigen Organisationsaufbau von „Solidarność" selbst getroffen worden. Die Gewerkschaft wird weiterhin als Einheitsgewerkschaft, die *alle* Beschäftigten in *einer* Gewerkschaft umfaßt und in regionalen Verbänden organisiert, tätig sein; sie wird aber die Vertretung der Branchen und Berufsgruppen verbessern; und sie wird sich eine jederzeit handlungsfähige, autoritative Führung schaffen, zusammengesetzt aus einigen wenigen Hauptamtlichen der Danziger Zentrale (darunter der künftig auf dem Kongreß gewählte Vorsitzende – nach aller Voraussicht weiterhin Lech Walesa) und den Vorsitzenden der Regionen.

Der Kongreß – zu dem sich übrigens auch fast alle namhaften Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler Polens versammelt hatten, ganz im Unterschied zum Parteikongreß im Juli – war zu so entschiedener und rascher Beschlußfassung durch die drohenden

unzensierten Zugang zu den Massenmedien und insgesamt eine gesellschaftliche Kontrolle darüber, wie auch über das Erziehungswesen.

– Durch Änderung der Wahlordnung sollen bei den Wahlen zum Sejm und den Nationalräten auch andere Kandidaten als die der PVAP und mit ihr verbundenen Blockparteien zugelassen werden; mithin: freie Wahlen in Polen.

Grundsatzentscheidungen sind auch über den künftigen Organisationsaufbau von „Solidarność" selbst getroffen worden. Die Gewerkschaft wird weiterhin als Einheitsgewerkschaft, die *alle* Beschäftigten in *einer* Gewerkschaft umfaßt und in regionalen Verbänden organisiert, tätig sein; sie wird aber die Vertretung der Branchen und Berufsgruppen verbessern; und sie wird sich eine jederzeit handlungsfähige, autoritative Führung schaffen, zusammengesetzt aus einigen wenigen Hauptamtlichen der Danziger Zentrale (darunter der künftig auf dem Kongreß gewählte Vorsitzende – nach aller Voraussicht weiterhin Lech Walesa) und den Vorsitzenden der Regionen.

Der Kongreß – zu dem sich übrigens auch fast alle namhaften Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler Polens versammelt hatten, ganz im Unterschied zum Parteikongreß im Juli – war zu so entschiedener und rascher Beschlußfassung durch die drohenden Demonstrationen der Staatsmacht, ermutigt von Manöverlärm der Pakttruppen, gezwungen. Fernsehen und Presse brachten Kommentare fast wieder im alten Stil und unterlagen – trotz heftiger Proteste führender Journalisten – wieder einer verschärften Zensur. Verhandlungen mit der „Land-Solidarität" wurden seitens der Regierung ohne Gründe plötzlich abgebrochen. General Jaruzelski traf sich demonstrativ mit Vertretern der regimetreuen Branchengewerkschaften im Bereich der Rüstungsindustrie und der Streitkräfte. Und während er den Paktmanövern beiwohnte, konferierte Sowjetbotschafter Aristow intensiv mit Kania. Kurz darauf wurden die Parteisekretäre aus dem ganzen Land nach Warschau gerufen. Deutlich wurde, wie die neue, mit der sowjetischen Führung ausgehandelte Machtbalance in der Partei aussieht: neben Kania thront als zweiter Mann immer Olszowski, der die „ideologische Arbeit" und die Massenmedien kontrolliert.

Die Reformer in der Führung demonstrieren Galgenstimmung. Vizepremier Rakowski empfing „Spiegel"-Herausgeber Augstein, um über diesen verständnisvoll nickenden Gesprächspartner die Weltöffentlichkeit vorzubereiten, „daß es zu einer Klärung der Frage kommen muß, wer in Polen eigentlich die Macht haben soll". Und: „Jetzt denke ich nicht an eine sowjetische Intervention. Einfach daran, daß hier Blut fließen könnte." Also Konfrontation? „Yes, Sir!"

Soviel ist sicher: der Versuch eines restaurativen Gegenputschs von oben muß die Bewegung in Polen vollends auf die revolutionäre Bahn stoßen. Schneller allerdings, als die polnischen Revolutionäre wollen können.



Westberlin. Über 60000 demonstrierten aus Anlaß des Besuchs von US-Außenminister Haig. Die meisten auf der Demonstration getragenen Forderungen richteten sich gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Europa, viele auch gegen NATO und Warschauer Pakt, für Blockfreiheit. Aufgerufen hatten Jusos, Judos, Alternative Liste sowie eine Reihe weiterer Organisationen.

Krisengeladene Eröffnung der 36. UN-Vollversammlung

chm. Die Tagesordnung der 36. UN-Vollversammlung, die am Dienstag in New York eröffnet worden ist, umfaßt 126 Punkte.

tär will einen Sonderbericht über die nukleare Rüstung Israels vorlegen. Es ist zu erwarten, daß die Palästinaresolutionen der Vollversammlung mit gro-



Wie viel Zeit bleibt uns noch
zum Frieden schaffen
hne Atomwaffen ?

Westberlin. Über 60000 demonstrierten aus Anlaß des Besuchs von US-Außenminister Haig. Die meisten auf der Demonstration getragenen Forderungen richteten sich gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Europa, viele auch gegen NATO und Warschauer Pakt, für Blockfreiheit. Aufgerufen hatten Jusos, Judos, Alternative Liste sowie eine Reihe weiterer Organisationen.

Krisengeladene Eröffnung der 36. UN-Vollversammlung

chm. Die Tagesordnung der 36. UN-Vollversammlung, die am Dienstag in New York eröffnet worden ist, umfaßt 126 Punkte.

Von der Reihenfolge her steht Afghanistan relativ am Anfang der Beratung (Punkt 26 im Vergleich zu Osttimor, das den Tagesordnungspunkt 96 bildet). Die Haltung der UNO zu Afghanistan ist in der Resolution 35/43 vom November 1980 niedergelegt. Sie fordert mehrheitlich den Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan. Die geplante Afghanistankonferenz, an der die Regierung Karmal, die Widerstandsorganisationen und Afghanistans Nachbarn Iran und Pakistan teilnehmen sollen, ist bisher am Veto der SU gescheitert, dem die Karmal-Regierung gefolgt ist.

Die UN-Sonderkonferenz vom 26. Juli zu Kampuchea, an der 91 der 154 Mitglieder der Vereinten Nationen teilnahmen, war in zweierlei Hinsicht ein Erfolg für die Regierung des demokratischen Kampuchea: Sie bekräftigte ihren legitimen Vertretungsanspruch gegenüber der von Vietnam eingesetzten Marionette Heng Samrin und bestätigte die Forderung der UN-Resolution nach sofortigem Abzug aller vietnamesischen Truppen. Schlecht ist, daß nichts über die Modalitäten dieses Abzugs gesagt worden ist. Die Ergebnisse dieser Konferenz bilden die Grundlage der jetzigen Beratungen.

Die Palästinafrage wird umfassend diskutiert entlang des Berichts, den der Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes vorlegen wird. Mit der Besatzerpolitik Israels in den seit 1967 besetzten Gebieten ist ein Sonderausschuß der UNO befaßt, der auch einen Bericht vorlegen wird. Das UN-Hilfswerk für die Palästinaflüchtlinge wird ebenfalls berichten; ihm droht der finanzielle Bankrott. Der Generalsekre-tär will einen Sonderbericht über die nukleare Rüstung Israels vorlegen. Es ist zu erwarten, daß die Palästinaresolutionen der Vollversammlung mit gro-ßer Mehrheit gefaßt werden. Sowieso hat die Mehrheit der in der Vollversammlung vertretenen Staaten (117) die PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt. Die Spaltungsmöglichkeiten sind da nicht so groß wie bei Afghanistan oder Kampuchea.

Die Apartheidspolitik Südafrikas wird im Rahmen der Berichte des UN-Ausschusses gegen Apartheid, des Lageberichts über die Bekämpfung des Rassismus und der Beseitigung der Überreste des Kolonialismus behandelt. Gesondert wird über die Besetzung Namibias durch das südafrikanische Kolonialregime beraten. Grundlage der Beratung ist die Resolution 435 von 1978, die die Unabhängigkeit Namibias, den Abzug der südafrikanischen Truppen und die Durchführung von allgemeinen Wahlen unter UN-Aufsicht fordert. In dieser Resolution ist auch die SWAPO als einzige legitime Vertreterin des namibischen Volkes anerkannt. Am vergangenen Montag ist die UNO-Sondersitzung zu Namibia zu Ende gegangen. Eine Mehrheit von 117 Staaten forderte den Sicherheitsrat auf, Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen und die 154 Mitgliedsstaaten der UNO zu verpflichten, diese Sanktionen einzuhalten. Enthalten haben sich bei dieser Resolution 10 Staaten, darunter die USA, Kanada, England, Frankreich und die BRD – die 5 Länder, die die Kontaktgruppe der UNO bilden, die mit Südafrika zusammen die Namibiaresolution umsetzen sollen.

Weitere Themen der Beratung der 36. Generalversammlung sind Fragen der Weltwirtschaftsordnung und der Abrüstung. Es steht auch die Wahl eines neuen Generalsekretärs an.

Haigs moralische Aufrüstung

söh. „Die Demokratien des Westens genießen ein einmaliges Vorrecht und haben die zwingende Verpflichtung, ihre eigene revolutionäre Doktrin in der ganzen Welt zu verkünden." So US-Außenminister Haig in seiner Westberliner Grundsatzrede, die der Kommentator Matthias Walden als „Meisterstück standhafter Freiheitsphilosophie" bezeichnete. Eine Rede, in der Haig mit nicht ungeschickter Demagogie den Versuch unternahm, der US-amerikanischen Politik eine moralisch-ideologische Grundlage zurückzugeben. Jene Grundlage, die spätestens im Flächenbombardement gegen die Bevölkerung Vietnams, Laos und Kampucheas Anfang der siebziger Jahre nachhaltig zerstört wurde. Jene Grundlage, die nie Bestand haben konnte angesichts der US-amerikanischen Stützung der brutalsten Militärdiktaturen in Lateinamerika, angesichts der Unterdrückung und des Terrors gegen alle nationalen Befreiungsbewegungen, die ihr Land von der Abhängigkeit aus dem US-Imperialismus lösen wollen.

Haig entblödet sich nicht, den Sturz der Diktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien als Beweis für die moralische Stärke der „westlichen Demokratie" anzuführen, obwohl gerade die Unterstützung der USA diese Regimes so lange lebensfähig gehalten hat, bzw. in Griechenland erst an die Macht gebracht hat.

Haig spekulierte auf ein kurzes geschichtliches Gedächtnis, und er baute vor allem auf die Tatsache, daß die rivalisierende Supermacht Sowjetunion, besonders durch die scheinbare Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe,

in der Haig mit nicht ungeschickter Demagogie den Versuch unternahm, der US-amerikanischen Politik eine moralisch-ideologische Grundlage zurückzugeben. Jene Grundlage, die spätestens im Flächenbombardement gegen die Bevölkerung Vietnams, Laos und Kampucheas Anfang der siebziger Jahre nachhaltig zerstört wurde. Jene Grundlage, die nie Bestand haben konnte angesichts der US-amerikanischen Stützung der brutalsten Militärdiktaturen in Lateinamerika, angesichts der Unterdrückung und des Terrors gegen alle nationalen Befreiungsbewegungen, die ihr Land von der Abhängigkeit aus dem US-Imperialismus lösen wollen.

Haig entblödet sich nicht, den Sturz der Diktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien als Beweis für die moralische Stärke der „westlichen Demokratie" anzuführen, obwohl gerade die Unterstützung der USA diese Regimes so lange lebensfähig gehalten hat, bzw. in Griechenland erst an die Macht gebracht hat.

Haig spekulierte auf ein kurzes geschichtliches Gedächtnis, und er baute vor allem auf die Tatsache, daß die rivalisierende Supermacht Sowjetunion, besonders durch die scheinbare Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe, mehr Länder in Abhängigkeit gebracht hat und sie zudem als Basen für ihr Ringen um Welthegemonie nutzt, daß die Unterdrückung der osteuropäischen Staaten durch die SU besteht und daß die Bedrohung Westeuropas durch die SU real ist.

Die Demonstration gegen die US-amerikanische Rüstungspolitik wollte er als Beweis für die Existenz von den USA garantierten Rechten in Westberlin und zur Untermauerung seiner „Freiheitsphilosophie" mißbrauchen. Nur war diese Demonstration mit über 60000 Teilnehmern entschieden zu groß, um sie derartig zu vereinnahmen. Diese Demonstration war geprägt von dem Willen großer Teile der Bevölkerung, zu verhindern, daß Europa der Kriegsschauplatz der beiden Supermächte wird. Diese Demonstration hat Haigs Position in Europa geschwächt. War in Westberlin die „NATO-Nachrüstung" für ihn noch eine öffentlich proklamierte Diktion, so verlegte er sich am nächsten Tag in Bonn schon auf's Taktieren, indem er eine „Null-Option" in der Verhandlung mit der SU nicht ausschließen wollte. Sicher mehr eine taktische Variante für die Öffentlichkeit, aber Ausdruck für die wachsende Stärke der Antikriegsbewegung.

Nationale Unabhängigkeit und europäische Blockfreiheit

Von Bernhard Peters

Im Juni schrieb Robert Havemann an Helmut Schmidt: ,,Es gibt nur einen Weg, die tödliche Bedrohung von uns abzuwenden: Abrüstung, schrittweise Entfernung aller atomaren Waffen vom Territorium der beiden deutschen Staaten, Abzug der ausländischen Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands, Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands.''

Peter Brandt und Herbert Ammon, Herausgeber von ,,Die Linke und die nationale Frage'', haben ähnliche Vorschläge wie Havemann. Sie entwickeln die Perspektive der Annäherung der beiden deutschen Staaten an eine Neuvereinigung in Gestalt einer Föderation, verbunden mit der Unabhängigkeit gegenüber den Supermächten.

Die Diskussion in der Linken dreht sich seither vor allem um Fragen wie die Definition der ,,Deutschen Nation'', die Existenz und Berechtigung von Bedürfnissen nach nationaler Identität und ähnliches.

Andere Fragen liegen näher. Das Interesse der Bevölkerung der BRD und der DDR an Befreiung von Bedrohung und Vergewaltigung durch äußere Mächte, an Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sind fundamental, und das Problem, welche Rolle ein eigenständiges Interesse an nationaler Einheit und Aufhebung der staatlichen Trennung *daneben* spielt, existiert zwar, ist unter den gegebenen Bedingungen aber allemal untergeordnet. Denn *praktisch* geht es vor allem darum, ob eine Annäherung der beiden deutschen Staaten – in welcher Form immer – ihr separates Ausscheiden aus den Blöcken und ihre Neutralisierung tatsächlich eine eigenständige und aussichtsreiche Perspektive bilden.

Es lassen sich hier in Kürze zwei Haupteinwände nennen. Der eine: eine Annäherung der beiden deutschen Staaten wird unter den europäischen Völkern auf bestimmte Widerstände stoßen. Eine Vereinigung des Potentials der beiden deutschen Staaten muß *ohne* weitgehende Veränderungen der internationalen Beziehungen in Europa selbst und ohne Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen die ohnehin problematische Kräftebalance *innerhalb* Europas in riskanter Weise verändern und die Gefahr hegemonialer Beziehungen unter den europäischen Staaten vergrößern. Jedenfalls sind, nach allem was man weiß, die historisch begründeten Ängste der Völker gegenüber einer solchen Perspektive noch nicht beseitigt und haben ein Eigengewicht, auch unabhängig von den tatsächlichen Gefahren.

Der andere Einwand: Gegenüber seinen europäischen Nachbarn wäre ein konföderiertes oder anders vereinigtes Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu stark, gegenüber den Supermächten zu *schwach*. Ein neutralisiertes Deutschland wäre *ohne* grundlegende Veränderungen im übrigen Europa hoffnungslos zwischen den Supermächten eingeklemmt und bei den gegebenen strategischen Bedingungen in gefährlicher Weise vor allem dem Druck der SU ausgesetzt.

Alles spricht für die Entwicklung ,,normaler'' und auch möglichst enger Beziehungen zur DDR, für die Unterstützung von Selbständigkeitsbestrebungen, auch für die Nutzung von vielleicht möglichen Widersprüchen zwischen der dort herrschenden Bürokratie und ihrem russischen Oberherren. Vieles spricht aber auch dafür, daß die Souveränität der Völker Europas, und damit auch die der Deutschen in Ost und West nur durch ihren Zusammenschluß in einem blockfreien *Europa*, in einem ,,Europa der Arbeiter'' wie die französischen Sozialisten forderten, erkämpft werden kann. Als praktische Möglichkeit steht eine engere Zusammenarbeit der Völker *West*europas *vor* einem Zusammenschluß zwischen BRD und DDR und ihrem separaten Ausscheren aus den Blöcken. Ein blockfreies Westeuropa hätte – im Verein mit der Dritten Welt – nicht nur die Aussicht, der SU zu widerstehen, sondern auch die Möglichkeit, die Emanzipationsbestrebungen der osteuropäischen Völker, einschließlich der Deutschen in der DDR, wirksam und ohne imperialistische Ambitionen zu unterstützen und damit die Voraussetzungen für eine Neuordnung ganz Europas und die Lösung der ,,deutschen Frage'' in diesem Rahmen zu fördern.

Koalition nimmt der CDU die Arbeit ab

Kommunen rechnen nach den Sparbeschlüssen mit Mehraufwendungen bei der Sozialhilfe

frb. Die beiden Regierungsparteien sind mit ihren Beschlüssen zum Haushalt 1982 so weit vorgeprescht, daß es den Unionsparteien offenbar schwerfällt, jene noch rechts zu überholen und ihre Demagogie zu entfalten. So jämmerlich war das Bild, das ihre Bundestagsfraktion letzte Woche abgab, daß selbst Springers ,,Welt'' tadelte, eine ,,Sternstunde der Opposition'' sei vertan worden.

Einzig auf die Ablehnung der Steuer- und Abgabenerhöhungen hat sich die Bundestagsfraktion der CDU/CSU in ihrer Stellungnahme wirklich einigen können. Alles andere ist formbar wie ein Schwamm, die Kritik an den Regierungsbeschlüssen beschränkt sich auf ein formelhaftes ,,unausgewogen und unzureichend''. Selbst die Ablehnung der Kürzungen beim Kindergeld ist für Kompromisse offen. Die ,,Senkung des Kindergeldes für Mehrkinderfamilien kommt für uns nicht in Betracht'', heißt es wörtlich. Das Kindergeld für das erste Kind ist danach zur Beschneidung freigegeben, und dem CDU-Vorstandsmitglied Lothar Späth war kürzlich stille Zustimmung zur Streichung bei höheren Einkommen entschlüpft.

Ansonsten wird die Bundesregierung zu weiteren Sparvorschlägen aufgefordert, deren Ziel sein müsse, Leistungen und Subventionen um insgesamt 5% zu kürzen (worunter auch das Kindergeld fiele). Zusammen 10 Mrd. DM will die Union dadurch einsparen, weitere 5 Mrd. DM will sie aus den Regierungsvorlagen übernehmen. Freilich reichen die von ihr beispielhaft genannten Einschnitte längst nicht für das gesetzte Volumen, so daß die Frage bleibt, was CDU/CSU darüber hinaus im Sinn haben.

Die Ausbildungsförderung soll gekürzt werden, insbesondere bei Schülern, die am Wohnort der Eltern zur Schule gehen. Für Studenten werden verschärfte Leistungsnachweise und spätere Rückzahlung der Förderung verlangt. Eine Milliarde Mark kann laut CDU/CSU durch Verschärfung des Asylrechts eingespart werden. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst könne auch in den kommenden Jahren um je 1% vermindert werden. Die Renten sollten durch einen Krankenversicherungsbeitrag gekürzt werden.

Selbstverständlich findet sich auch die Absicht, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zu beschneiden. Zwei Modelle werden geboten. Entweder allgemeine Kürzung auf 62 statt 68% des letzten Nettoeinkommens oder Senkung der Bemessungsgrundlage, indem Überstundenzuschläge, Urlaubsgeld usw. bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes nicht mehr berücksichtigt werden. Außerdem müsse die ,,Vermittelbarkeit von Arbeitslosen erleichtert'' werden.

Damit ist einmal mehr bewiesen, was mit der sogenannten ,,Beseitigung von Wildwuchs'' wirklich im Schilde geführt wird.

Weitsichtig fordert die Unionsfraktion auch die Beschneidung der Sozialhilfe. Der ständig steigenden Zahl von Sozialhilfeempfängern soll nun nach ihrem Willen duch eine Einschränkung der Bedarfsdeckung begegnet werden. Ferner müßten Regelungen getroffen werden, die verhindern, daß Kürzungen bei sozialen Leistungsgesetzen zu neuen Rechtsansprüchen an die Sozialhilfe führen.

Damit werden Befürchtungen aufgenommen, die von seiten der Kommunen nach den Bonner Sparbeschlüssen geäußert wurden. Der Städtetag rechnet aufgrund der Einschränkungen bei der Arbeitslosenversicherung und der Kürzungen beim Kindergeld, beim Wohngeld und beim Unterhaltsgeld in der Berufsbildung mit Mehrbelastungen von rund 1 Mrd. DM bei den kommunalen Sozialhilfeleistungen. Dem soll vorgebeugt werden. Vor einigen Jahren noch bestanden Heiner Geißlers, des CDU-Generalsekretärs, Angriffe auf die Bundesregierung zu einem großen Teil aus dem Nachweis, daß Hunderttausende mit Nettolohn, Rente oder Arbeitslosengeld unter dem Sozialhilfesatz bleiben. Kritik aus dieser Richtung ist für die CDU heute zu den Akten gelegt, jetzt wird kurzerhand auch die Sozialhilfe gesenkt.

Es hat Krach gegeben in der Unionsfraktion, ehe auch nur diese Stellungnahme überhaupt zustande kam. Der Fraktionsvorstand wollte weiter auf der Linie vornehmer Zurückhaltung fahren, die Regierung getreu dem Sonthofener Rezept im eigenen Saft schmoren lassen, um sich dann als Retter mit der weißen Weste darzubieten. Doch Kohl konnte sich damit in der eigenen Fraktion nicht durchsetzen. Noch während die Abgeordneten am Tagen waren, lief bereits ein 12-Punkte-Papier der Haushaltskommission der Fraktion über die Fernschreiber der Nachrichtenagenturen. Es enthielt jene detaillierten Gegenvorschläge, mit denen sich Kohl nicht die Finger verbrennen wollte. Schließlich mußte er aber doch einiges davon in seine Vorlage aufnehmen.

Es ging bei dieser Auseinandersetzung nicht darum, was denn nun die Unionsparteien unternehmen wollten, wären sie an der Regierung. Da hatten die Koalitionsspitzen die Arbeit schon weitgehend abgenommen, da war nur noch etwas nachzusetzen. Ausdrücklich begrüßt wurden die vorgeschlagenen Verbesserungen der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten und des Verlustrücktrags als ,,Schritte in die richtige Richtung''. Es ging bloß darum, wie sich CDU/CSU am besten verkaufen sollten. Und dabei wird die Person Helmut Kohls immer mehr als Hindernis gesehen.





Karikaturen: „Zweierlei Erholungspausen" aus: „Karikatürke", Th. Balkenhol, Buntbuch-Verlag.

drohung und Vergewaltigung durch äußere Mächte, an Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sind fundamental, und das Problem, welche Rolle ein eigenständiges Interesse an nationaler Einheit und Aufhebung der staatlichen Trennung *daneben* spielt, existiert zwar, ist unter den gegebenen Bedingungen aber allemal untergeordnet. Denn *praktisch* geht es vor allem darum, ob eine Annäherung der beiden deutschen Staaten – in welcher Form immer – ihr separates Ausscheiden aus den Blöcken und ihre Neutralisierung tatsächlich eine eigenständige und aussichtsreiche Perspektive bilden.

Es lassen sich hier in Kürze zwei Haupteinwände nennen. Der eine: eine Annäherung der beiden deutschen Staaten wird unter den europäischen Völkern auf bestimmte Widerstände stoßen. Eine Vereinigung des Potentials der beiden deutschen Staaten muß *ohne* weitgehende Veränderungen der internationalen Beziehungen in Europa selbst und ohne Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen die ohnehin problemati-

chen zwischen der dort herrschenden Bürokratie und ihrem russischen Oberherren. Vieles spricht aber auch dafür, daß die Souveränität der Völker Europas, und damit auch die der Deutschen in Ost und West nur durch ihren Zusammenschluß in einem blockfreien *Europa*, in einem ,,Europa der Arbeiter'' wie die französischen Sozialisten forderten, erkämpft werden kann. Als praktische Möglichkeit steht eine engere Zusammenarbeit der Völker *West*europas *vor* einem Zusammenschluß zwischen BRD und DDR und ihrem separaten Ausscheren aus den Blöcken. Ein blockfreies Westeuropa hätte – im Verein mit der Dritten Welt – nicht nur die Aussicht, der SU zu widerstehen, sondern auch die Möglichkeit, die Emanzipationsbestrebungen der osteuropäischen Völker, einschließlich der Deutschen in der DDR, wirksam und ohne imperialistische Ambitionen zu unterstützen und damit die Voraussetzungen für eine Neuordnung ganz Europas und die Lösung der ,,deutschen Frage'' in diesem Rahmen zu fördern.

zu kürzen (worunter auch das Kindergeld fiele). Zusammen 10 Mrd. DM will die Union dadurch einsparen, weitere 5 Mrd. DM will sie aus den Regierungsvorlagen übernehmen. Freilich reichen die von ihr beispielhaft genannten Einschnitte längst nicht für das gesetzte Volumen, so daß die Frage bleibt, was CDU/CSU darüber hinaus im Sinn haben.

Die Ausbildungsförderung soll gekürzt werden, insbesondere bei Schülern, die am Wohnort der Eltern zur Schule gehen. Für Studenten werden verschärfte Leistungsnachweise und spätere Rückzahlung der Förderung verlangt. Eine Milliarde Mark kann laut CDU/CSU durch Verschärfung des Asylrechts eingespart werden. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst könne auch in den kommenden Jahren um je 1% vermindert werden. Die Renten sollten durch einen Krankenversicherungsbeitrag gekürzt werden.

Selbstverständlich findet sich auch die Absicht, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zu beschneiden. Zwei Modelle werden geboten. Entweder allgemeine Kürzung auf 62 statt 68% des letzten Nettoeinkommens oder

soll vorgebeugt werden. Vor einigen Jahren noch bestanden Heiner Geißlers, des CDU-Generalsekretärs, Angriffe auf die Bundesregierung zu einem großen Teil aus dem Nachweis, daß Hunderttausende mit Nettolohn, Rente oder Arbeitslosengeld unter dem

Abschreibungsmöglichkeiten und des Verlustrücktrags als ,,Schritte in die richtige Richtung''. Es ging bloß darum, wie sich CDU/CSU am besten verkaufen sollten. Und dabei wird die Person Helmut Kohls immer mehr als Hindernis gesehen.





Karikaturen: „Zweierlei Erholungspausen" aus: „Karikatürke", Th. Balkenhol, Buntbuch-Verlag.

Herbstmanöver der NATO haben begonnen

kvz. Am Montag begannen die traditionellen Herbstmanöver der Bundeswehr und ihrer Nato-Partner. Rund 47000 deutsche Soldaten und Angehörige einer amerikanischen sowie einer kanadischen Brigade üben zwischen Schwarzwald, Schwäbischer Alb und Donau unter der Bezeichnung ,,Scharfe Klinge''. Unter dem Codewort ,,Certain Encounter'' sind die US-Truppen am Montag ebenfalls zwischen Mittelrhein und Fulda ins Manöver gezogen. Innerhalb der Manöverserie ,,Autumn Forge'' wurden wieder 14000 Mann amerikanischer Reforger-Truppen aus den USA in die BRD geflogen. Bis zum 24. September sollen die Übungen der Nato-Luftstreitkräfte unter dem Code-Wort ,,Cold Fire'' dauern. Daneben finden zahlreiche See-Übungen der alliierten Verbände im Atlantik, der Nordwegen-See, dem Ärmelkanal, Nord- und Ostsee statt! Insgesamt dauern die Übungen der Nato in Mitteleuropa bis Mitte November.

Aktion gegen Rekrutenvereidigung in Bielefeld

kvz. Gegen eine öffentliche Rekrutenvereidigung im Rußheide-Stadion in Bielefeld haben am Dienstag abend 4000 demonstriert. Nichts geholfen hat es den Veranstaltern, daß sie nicht den Großen Zapfenstreich, sondern nur ,,eine Serenade'' angekündigt haben. Vor einem Jahr, als es bereits zahlreiche Proteste gegen öffentliche Vereidigungen gab, hatte sich Oberbürgermeister Schwickert (SPD) dafür stark gemacht, in Bielefeld eine solche Rekruten-Vereidigung durchzuführen. Mehrere Organisationen in Bielefeld haben sich daraufhin auf einen Aufruf geeinigt. Ausgeschert ist dann die DKP-orientierte Friedensinitiative, die nur zu einem ,,Friedensgelöbnis'' *vor* der eigentlichen Rekrutenvereidigung aufrief. Daran haben sich aber nur 1000 beteiligt. Die Mehrheit hat sich der Demonstration zum Stadion angeschlossen. Nach einer Kundgebung gelang es einer größeren Zahl noch, die Polizeiabsperrungen zu überwinden und ins Stadion zu gelangen. Einige Jugendliche liefen bis auf den Platz und mußten von Feldjägern eingefangen werden. In Rundfunktmeldungen wurde hervorhoben, daß damit der erste neuerliche Versuch der Bundeswehr seit dem Mai letzten Jahres in Bremen, wieder eine öffentliche Rekrutenvereidigung in größerem Stil durchzuführen, als mißlungen gelten müsse.

Massive Proteste gegen Rekrutengelöbnis in Kaserne

kvz.Essen. Im letzten Jahr wurde eine in der Innenstadt geplante öffentliche Vereidigung unter dem Eindruck der allseitigen Proteste abgesagt. Am letzten Sonntag sollte die Öffentlichkeit wenigstens soweit hergestellt werden, daß das Gelöbnis von 350 Rekruten in der Ruhrlandkaserne mit einem Tag der offenen Tür gekoppelt wurde. Die Rede hielt OB Katzor. Die gewünschte Ruhe gab es nicht. Fast 300 Leute folgten dem Aufruf einer Aktionseinheit und protestierten in der Kaserne. Trotz massivem Einsatz von Feldjägern und Polizei wurde die Vereidigungszeremonie begleitet von einem lauten Pfeifkonzert sowie Parolen und Liedern gegen Militarismus und Stationierung von Atomraketen. ,,Amis verjagen, NATO zerschlagen!'' Mit dieser und ähnlichen Parolen zog anschließend ein Demonstrationszug durch die Kaserne zum Tor, wo weiter gegen das Militärspektakel protestiert, mit den Besuchern diskutiert und zur Demonstration am 10.10. in Bonn aufgerufen wurde.

Zweite Runde im Wyhl-Prozeß in Mannheim beendet

kvz. Mittwoch und Donnerstag vergangener Woche ging vor dem Mannheimer Verwaltungsgericht die 2. Runde im Wyhl-Prozeß zu Ende. Ca. 300 Zuhörer waren, teils mit Bussen, aus dem Kaiserstuhl und aus dem Elsaß angereist, um dem Prozeß zu folgen. Gleich zu Beginn war von den Klägern ein Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden sowie einen weiteren Richter gestellt worden. Letzterer hatte offensichtlich mit Mitgliedern der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) gesprochen und 2 Tage später wurde ein Gesprächsteilnehmer, Prof. Hanke, als Sachverständiger bestellt. Der Befangeheitsantrag wurde abgelehnt. Insgesamt kamen 4 Sachverständige zu Wort, drei, die die Sicherheit des geplanten Reaktors bejahten, die aber in verschiedenen Fragen für die Belastung durch Radioaktivität mittlerweile schon längst überholte Werte angaben. Nur ein Gutachter, der sich kritisch mit den Folgen der Radioaktivität auseinandersetzt, wurde zu einem ganz eingeschränkten Fragenkomplex gehört. Wenn es nicht noch zu einer weiteren Beweisanhörung kommt – die Anwälte der Kläger haben während des Verfahrens zahlreiche neue Anträge gestellt – wird der Wyhl-Prozeß mit den Plädoyers Ende Oktober fortgesetzt.

Gespräch vds – Engholm am 29. September

jöf. Ende Juli richtete der Vorstand der Vereinigten deutschen Studentenschaften (vds) eine Aufforderung an Engholm, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, daß im September über die Situation an den Hochschulen ein Gespräch zwischen vds und Engholm durchgeführt wird. In dem Brief an Engholm schildert der Vorstand die katastrophale Lage an den Hochschulen, hervorgerufen durch die jüngste Hochschulpolitik der Bundesregierung, die sich zum Wintersemester 81/82 noch weiter zuspitzen wird: ,,Im Wintersemester wird es zu einem unvorstellbaren Chaos an den Hochschulen kommen. Die erwarteten 200000 Studienanfänger (insgesamt rund 100000 Studenten mehr als derzeit) müssen mit derselben Anzahl an Wohnungen und Wohnheimplätzen auskommen, sie müssen sich noch zusätzlich in die sowieso schon vollgestopften Seminarräume zwängen, es wird im WS weniger besetzte Hochschullehrer- und Tutorenstellen geben ... Wir halten es ... für nicht gerechtfertigt, daß Sie nach wie vor davon reden, daß der ,,soziale Kern des Bafög'' gesichert sei. Wieviele ihr Studium allein wegen der mangelnden finanziellen Absicherung völlig aufgeben müssen, kann man noch gar nicht voll abschätzen ... über all diese Fragen, die Situation an den Hochschulen und wie sie zu ändern ist, möchten wir mit Ihnen ... noch vor Semesterbeginn reden ... Darüberhinaus werden wir Sie auffordern, zu Semesterbeginn selbst einmal in die Hochschulen zu gehen und sich dort die Bedingungen anzuschauen und auch mit den Betroffenen zu diskutieren ...''. Inzwischen hat Minister Engholm sich zu einem Gespräch am 29.9. bereiterklärt, an dem seitens des vds entsprechend der darin vertretenen Fraktionen jeweils 3 Vertreter der Jusos, des LHV, des SHB, des MSB und der Basisgruppen teilnehmen werden.

640 Mark mehr für Minister

frb. Die Gehälter der Bundesminister und Parlamentarischen Staatsekretäre sollen auch dieses Jahr unvermindert erhöht werden. Dies hat der Innenausschuß des Bundestags beschlossen. CDU/CSU, die keinen Mann auf diesen Posten sitzen haben, wollten die Gehälter von der an den öffentlichen Dienst gekoppelten Erhöhung ausgenommen wissen. Ein Bundesminister steckt derzeit monatlich 16000 Mark ein (wenn er kinderlos ist). Die 4,3% Erhöhung, die rückwirkend zum 1. Mai in Kraft tritt, bringt ihm rund 640 Mark. Ist er zugleich Abgeordeter, so erhält er zusätzlich 7500 Mark Grunddiät und 4500 Mark steuerfreie Aufwandsentschädigung.

Damit hat der VW-Vorstand nicht gerechnet

Ganz Frankfurt fordert: Adlerwerk muß bleiben / Ständig hatte es geheißen: ,,Wer einen sicheren Arbeitsplatz haben will, muß die Leistung steigern.“ Jetzt wollte VW schließen

jot.Frankfurt. Am Montag, dem 14. September sah sich der Vorsitzende der CDU-Stadtverordnetenfraktion Dr. Hans-Jürgen Moog genötigt, bezüglich der Kundgebung am 9.9. auf dem Römerberg zu erklären: ,,Er hoffe, daß das Beispiel Adler Schule mache“ und zu rügen: ,,Georg Benz, Vorstandsmitglied der IGM, habe voll in die Klamottenkiste des Klassenkampfes“ gegriffen und damit die Solidarität der Kundgebungsteilnehmer für parteipolitische Zwecke mißbraucht. Es sei eben nicht leicht, auf so breiter Basis wie diesmal Solidarität zustande zu bringen.“ Georg Benz hatte gesagt: ,,Kapitalismus und Arbeitslosigkeit gehören zusammen“ und ,,deshalb muß man diese Aktion als Auftakt des gewerkschaftlichen Kampfes verstehen.“ Dies fand die volle Zustimmung der Versammelten und wahrscheinlich störte dies den Dr. Moog.

Am 9.9.81 hatten sich dem Aufruf von DGB, der evangelischen und katholischen Kirche folgend – 8000 Kollegen auf dem Römerberg versammelt. Die Schließung von VDM und Adler droht, und auch im öffentlichen Dienst, bei Banken und Versicherungen stehen in Frankfurt ,,Personaländerungen“ an. Der DGB Kreisvorsitzende Manfred Kiesewetter erklärte, daß ,,dieser Tag in die Geschichte der Frankfurter Gewerkschaftsbewegung eingehen werde“. Die Erklärung des ÖTV-Vorsitzenden Frankfurts, daß soeben, um 16.45 Uhr, die Bediensteten des FVV für einige Minuten Bus- und Straßenbahnfahrt unterbrochen haben und ihre Solidarität durch Verlesen einer Adresse gegen Entlassung und Werksschließung bekundeten, wurde begeistert aufgenommen. Dies kann wirklich in die Geschichte der Frankfurter Gewerkschaft eingehen.

Schon am 10. September wurde die Schließung der Adlerwerke zurückgenommen. Die Belegschaft soll nun von 2700 auf 1000 geschrumpft werden. Für viele Kollegen war das zu schnell gekommen, wenn es nicht schon im voraus geplant gewesen war. Die Vorstandssitzung der Triumph-Adler-Werke war vom 8. Oktober auf den 10. September vorgezogen worden. Oberbürgermeister Wallmanns (CDU) ,,Teilerfolg“ wurde von ihm schon vor Beginn der Vorstandssitzung verbreitet. Vielleicht aus Angst, jemand könne ihm zuvorkommen und ihn um seine Lorbeeren bringen. 1700 Entlassungen statt 2700 Entlassungen zu einem ,,Teilerfolg“ zu erklären, beinhaltet ebenso viel Demagogie wie: ,,Wir haben uns aus volkswirtschaftlichen Gründen so entschlossen“ (Erklärung des Vorstands der Triumph-Adler-Werke Nürnberg).

Wie werden die Kollegen der Adlerwerke auf diesen Vorschlag reagieren? Die auf der Kundgebung demonstrierte Gemeinsamkeit gegen Entlassungen dokumentierte Kampfbereitschaft. Aber kann sie standhalten? VW-Vorstandsmitglied Thomée hofft: ,,Sicher ist die Stillegung betriebswirtschaftlich optimal, aber volkswirtschaftlich ist sie nicht durchführbar.“ Er räumte ein, davon überrascht gewesen zu sein, ,,daß die Reaktion so schnell und so elementar kam“, und er hoffe, mit dem eingeschlagenen Weg seinen Beitrag ,,zur Befriedung der Triumph-Adler-Belegschaft geleistet zu haben“. Mit 8000 Männern und Frauen gegen die Betriebsstillegungen ,,sei eine Stimmung entstanden, die uns (VW, d. Verf.) sicherlich nicht lieb war“. Welcher Zynismus spricht aus diesen Auffassungen! ‚Haltet still und hofft, daß ihr zu den Tausend gehört, die bleiben.‘ Wenn sich die 2700 Beschäftigten nicht gegen solcher Art Spaltung wehren, wird versucht werden den verbleibenden 1000 mit den 1700 Entlassungen, bis Ende 1982 das Rückgrat zu brechen.

In der IGM Verwaltungsstelle erklärt Günther Otto: ,,Eine menschlich vertretbare Entwicklung.“ Zwei Bevollmächtigte der Ortsverwaltung weiter: ,,Wir möchten uns nicht äußern.“ Georg Benz hatte auf der Kundgebung noch deutliche Worte! Der Betriebsratsvorsitzende der Adlerwerke Frankfurt rät zu keinen weiteren Kampfmaßnahmen, sonst meldete die Geschäftsleitung doch noch den Konkurs an. Die Ortsverwaltung der IGM hatte zudem erst auf Druck von den Betrieben und Kritik vom Vorstand: ,,Seid nicht so lahm!“ Schritte eingeleitet.

Neu an der Entwicklung des Kampfes gegen Entlassungen und Werksschließungen am Ort sind zwei Dinge:

1. eine breite Presseberichterstattung in Lokal- und Wirtschaftsteilen der ‚Frankfurter Rundschau‘, die, bei allen Einschränkungen, der solche Presseberichte unterworfen sind, umfassend und Schritt für Schritt über den Kampf berichtet. Dies ist bestimmt mit eine Unterstützung für die Belegschaften.
2. Die evangelischen und katholischen Gemeinden haben die Belegschaften von VDM und Adler ebenfalls unterstützt. ,,Kämpfen, wo Menschen ihr täglich Brot verlieren.“ Aus für Adler, VDM – da könne Ruhe nicht mehr die erste Bürgerpflicht sein, da sei Unruhe gefordert, so der Gemeindepfarrer im Gallus, der eine begründete Angst vor der Entwicklung dieser Gemeinde hat.

Bislang war diese Unterstützung, verbunden mit der FR-Berichterstattung, geeignet, mit der Gewerkschaftsführung gewerkschaftliche Aktivitäten gegen die Entlassungs- und Betriebsstillegungspläne der Kapitalisten einzuleiten.



Die Knochen-Mühle

jot.Frankfurt. Die Arbeit an Takt- oder Schiebeband der elektrischen Typenhebelmaschine kann für die Bandmontage der Adlerwerke als charakteristisch bezeichnet werden. Adler, die Knochen-Mühle, das sagt man oftmals leicht hin. In diesem Fall ist es keine Übertreibung.
Ca. 35 Arbeitsplätze sind am Band. Das kann sich ändern, je nach Maschinentype, z.B. SE 2000, mit oder ohne Tabulator oder extra-breitem Schreib-Wagen. Seit 1979 hat sich die Taktzeit am Band nicht mehr geändert, sechs Minuten betrug ein Takt. Das heißt, innerhalb von sechs Minuten muß man eine bestimmte Anzahl von Arbeitsgängen, die für jeden Platz verschieden festgelegt sind, abgeschlossen haben. Mit dem Takt läuft das Band weiter bis zur nächsten Maschine. 72 mal am Tag 12 Schrauben anziehen, Feder einstellen, Bremse für den Wagenrücklauf einstellen, Maschine hochheben und Bremse probieren, runterstellen, Wagen mit Papierrolle draufsetzen und Anschlag ausprobieren. Ergaben sich
zusätzlich am Band, um kleine Korrekturen durchzuführen. Als erstes wurden nach und nach die Springer abgebaut. Gleichzeitig stieg der Krankenstand; 20 Prozent waren keine Seltenheit. Allgemein herrscht die Auffassung, daß man unter solchen Bedingungen nicht länger als zwei Jahre arbeiten kann. 20 bis 25 Prozent ist die Fluktuationsrate, was bedeutet, daß immer ein Teil der Bandbesetzung in der Einarbeitungszeit ist, was der andere Teil ausgleichen muß.
Im November/Dezember 1979 sollten ,,wegen Engpässen in den Lieferterminen“ an fünf Samstagen hintereinander Sonderschichten gearbeitet werden. Das Geld aus diesen Sonderschichten konnten wir alle gut gebrauchen. Aus der 40-Stunden-Woche wurden 46 Stunden, und schon nach der ersten – und mit der zweiten Sonderschicht noch deutlicher – war die 46-Stunden-Woche nicht zu halten. Sprunghaft stieg die Krankheitsrate an, und die Produktionsstunden nahmen im ganzen ab. Es wurde weniger

,,Was mit unserer Arbeitskraft geschaffen wurde, wird hier nicht rausgeschafft“
Neuer Widerstand auch gegen VDM-Schließung

ulw.Frankfurt. Im Gegensatz zu Triumph-Adler galt die Schließung der VDM-Werke in Frankfurt-Heddernheim eigentlich schon als abgemachte Sache. Das Werk wurde von den Kapitalisten schon seit Jahren als Verlustbringer bezeichnet und insofern waren
Hektar), wäre, einer Modellrechnung der Frankfurter Rundschau zufolge, ein Gewinn von 175 Millionen Mark für die Kapitalisten drin. In den letzten Tagen wurden Berichte laut, denen zufolge sowohl VDM als auch die Stadt Verkaufs- bzw. Kaufinteresse geäußert
wahrscheinlich die Kapitalisten, setzen auch Betriebsrat und IG Metall. Da die Produktionsstätten sowieso nur einen geringen Teil des gesamten Geländes einnehmen, soll der Rest eingesetzt werden, um durch Verkauf die notwendigen Investitionen zu finanzieren

gen stehen in Frankfurt ,,Personaländerungen“ an. Der DGB Kreisvorsitzende Manfred Kiesewetter erklärte, daß ,,dieser Tag in die Geschichte der Frankfurter Gewerkschaftsbewegung eingehen werde“. Die Erklärung des ÖTV-Vorsitzenden Frankfurts, daß soeben, um 16.45 Uhr, die Bediensteten des FVV für einige Minuten Bus- und Straßenbahnfahrt unterbrochen haben und ihre Solidarität durch Verlesen einer Adresse gegen Entlassung und Werksschließung bekundeten, wurde begeistert aufgenommen. Dies kann wirklich in die Geschichte der Frankfurter Gewerkschaft eingehen.
Schon am 10. September wurde die Schließung der Adlerwerke zurückge-
nicht durchführbar.“ Er räumte ein, davon überrascht gewesen zu sein, ,,daß die Reaktion so schnell und so elementar kam“, und er hoffe, mit dem eingeschlagenen Weg seinen Beitrag ,,zur Befriedung der Triumph-Adler-Belegschaft geleistet zu haben“. Mit 8000 Männern und Frauen gegen die Betriebsstillegungen ,,sei eine Stimmung entstanden, die uns (VW, d. Verf.) sicherlich nicht lieb war“. Welcher Zynismus spricht aus diesen Auffassungen! ‚Haltet still und hofft, daß ihr zu den Tausend gehört, die bleiben.‘ Wenn sich die 2700 Beschäftigten nicht gegen solcher Art Spaltung wehren, wird versucht werden den verbleibenden 1000 mit den 1700 Entlas-
ten.
2. Die evangelischen und katholischen Gemeinden haben die Belegschaften von VDM und Adler ebenfalls unterstützt. ,,Kämpfen, wo Menschen ihr täglich Brot verlieren.“ Aus für Adler, VDM – da könne Ruhe nicht mehr die erste Bürgerpflicht sein, da sei Unruhe gefordert, so der Gemeindepfarrer im Gallus, der eine begründete Angst vor der Entwicklung dieser Gemeinde hat.
Bislang war diese Unterstützung, verbunden mit der FR-Berichterstattung, geeignet, mit der Gewerkschaftsführung gewerkschaftliche Aktivitäten gegen die Entlassungs- und Betriebsstillegungspläne der Kapitalisten einzuleiten.

Die Knochen-Mühle

jot.Frankfurt. Die Arbeit an Takt- oder Schiebeband der elektrischen Typenhebelmaschine kann für die Bandmontage der Adlerwerke als charakteristisch bezeichnet werden. Adler, die Knochen-Mühle, das sagt man oftmals leicht hin. In diesem Fall ist es keine Übertreibung.

Ca. 35 Arbeitsplätze sind am Band. Das kann sich ändern, je nach Maschinentype, z.B. SE 2000, mit oder ohne Tabulator oder extra-breitem Schreib-Wagen. Seit 1979 hat sich die Taktzeit am Band nicht mehr geändert, sechs Minuten betrug ein Takt. Das heißt, innerhalb von sechs Minuten muß man eine bestimmte Anzahl von Arbeitsgängen, die für jeden Platz verschieden festgelegt sind, abgeschlossen haben. Mit dem Takt läuft das Band weiter bis zur nächsten Maschine. 72 mal am Tag 12 Schrauben anziehen, Feder einstellen, Bremse für den Wagenrücklauf einstellen, Maschine hochheben und Bremse probieren, runterstellen, Wagen mit Papierrolle draufsetzen und Anschlag ausprobieren. Ergaben sich Komplikationen, konnte man zum nächsten Platz mitgehen – sogenannter Pufferplatz – der darauffolgende Platz war wieder besetzt. Um am alten Platz zu arbeiten, in solchen Momenten, in denen man mitgeht und den Rückstand wieder rausholen will, wird das erste Mal klar, daß es viel Kraft bedarf, schneller als nach sechs Minuten mit dem Arbeitsgang fertig zu sein. 1975 war der Takt noch 12 Minuten lang; außerdem waren die Einbauteile sauberer vorgefertigt und gratfrei.

An den Taktzeiten war keine Verkürzung mehr möglich. Jedoch kamen auf 35 Bandarbeitsplätze früher drei Springer, wenn jemand austreten mußte o.ä. Ein bis zwei Reparateure waren zusätzlich am Band, um kleine Korrekturen durchzuführen. Als erstes wurden nach und nach die Springer abgebaut. Gleichzeitig stieg der Krankenstand; 20 Prozent waren keine Seltenheit. Allgemein herrscht die Auffassung, daß man unter solchen Bedingungen nicht länger als zwei Jahre arbeiten kann. 20 bis 25 Prozent ist die Fluktuationsrate, was bedeutet, daß immer ein Teil der Bandbesetzung in der Einarbeitungszeit ist, was der andere Teil ausgleichen muß.

Im November/Dezember 1979 sollten ,,wegen Engpässen in den Lieferterminen“ an fünf Samstagen hintereinander Sonderschichten gearbeitet werden. Das Geld aus diesen Sonderschichten konnten wir alle gut gebrauchen. Aus der 40-Stunden-Woche wurden 46 Stunden, und schon nach der ersten – und mit der zweiten Sonderschicht noch deutlicher – war die 46-Stunden-Woche nicht zu halten. Sprunghaft stieg die Krankheitsrate an, und die Produktionsstunden nahmen im ganzen ab. Es wurde weniger geschafft als in der Vorwoche. Die Sonderschichten wurden abgebrochen. Auf diesem Weg war nichts mehr rauszuholen. Weil mit der Kürzung der Taktzeiten und der schlechteren Qualität der vorgefertigten Teile sich ein Qualitätsverlust einstellte, sollte zunächst eine Qualitätsprämie Abhilfe schaffen. Minus-Punkte in der Qualitätsprüfung senkten die Prämie. Bei uns beachtete niemand mehr die Qualitätsprämie. Als später die Stückzahl gesenkt, die Taktzeit also verlängert werden sollte, im selben Verhältnis aber weniger Lohn gezahlt werden sollte, haben sich die Kollegen entschieden zur Wehr gesetzt und die alte Verrechnung auch erhalten.

,,Was mit unserer Arbeitskraft geschaffen wurde, wird hier nicht rausgeschafft“

Neuer Widerstand auch gegen VDM-Schließung

ulw.Frankfurt. Im Gegensatz zu Triumph-Adler galt die Schließung der VDM-Werke in Frankfurt-Heddernheim eigentlich schon als abgemachte Sache. Das Werk wurde von den Kapitalisten schon seit Jahren als Verlustbringer bezeichnet und insofern waren die Ausgangsbedingungen für die Belegschaft komplizierter, als im Fall der Adler-Werke; Aktionen ähnlich denen der Adler-Belegschaft, kamen nicht zustande.

Diese Lage hat sich jetzt geändert. Am 4. September blockierten mehrere hundert Arbeiter und Angestellte zwei Werkstore. Die Blockade dauerte über vier Stunden. Die Produktion wurde fast vollständig lahmgelegt. ,,Was Adler kann, kann VDM auch“, hieß es auf einem Transparent. Die Aktion sollte die Forderung nach Erhalt der 1700 Arbeitsplätze bei VDM unterstreichen, und sie war als Warnung an den Vorstand gedacht, nicht unter der Hand schon Tatsachen zu schaffen. In einigen Abteilungen sind Vertreter von Konkurrenzfirmen aufgetaucht, die Maschinen vermessen und sich deren Nummern notieren. Die Belegschaft vermutet darin Vorbereitungen zur Demontage des Werkes. ,,Was mit unserer Arbeitskraft geschaffen wurde, wird hier nicht rausgeschafft, da stehen die Kollegen vor“, war die Antwort darauf. Und so wurden am Montagmorgen alle Lastwagen, die das Werk verlassen wollten, kontrolliert und zum Teil an der Weiterfahrt gehindert.

Ein weiterer Anlaß für die Aktion sind die Vermutungen über ein Riesenspekulationsgeschäft, mit dem sich der Konzern gar darüber hinaus noch eine goldene Nase schaffen könnte: Mit dem Werksgelände und angrenzenden Gebieten besetzt VDM ein Areal fast von der Größe eines ganzen Stadtteils. Würde nur die Hälfte verkauft (50 Hektar), wäre, einer Modellrechnung der Frankfurter Rundschau zufolge, ein Gewinn von 175 Millionen Mark für die Kapitalisten drin. In den letzten Tagen wurden Berichte laut, denen zufolge sowohl VDM als auch die Stadt Verkaufs- bzw. Kaufinteresse geäußert haben. Von offizieller Seite wird dies heftig dementiert. Trotzdem will der Verdacht, daß da neben der Schlie-



ßung auch ein Spekulationsgeschäft im Gange ist, nicht abklingen.

Eine Wohnungsbau-Gesellschaft, in der auch die Stadt vertreten ist, war schon mal an Teilen des VDM-Geländes interessiert. Mitgesellschafter ist ein Tochterunternehmen der Dresdener Bank, und die ist wiederum Großaktionär der Metallgesellschaft AG, in deren Besitz VDM ist. Einige Transparente bei der Blockade bezogen sich auf diesen Vorgang: ,,Warum hält der Wallmann still? Weil er das Gelände will!“ – ,,Hier entsteht kein Bungalow – Bodenspekulation verbieten!“ und ,,Wir lassen uns nicht für Quadratmeter verkaufen!“

Auf den Boden, aber andersrum wie wahrscheinlich die Kapitalisten, setzen auch Betriebsrat und IG Metall. Da die Produktionsstätten sowieso nur einen geringen Teil des gesamten Geländes einnehmen, soll der Rest eingesetzt werden, um durch Verkauf die notwendigen Investitionen zu finanzieren zur Erhaltung der Arbeitsplätze. Damit haben die Beschäftigten ein starkes Argument in der Hand, zumal die Unternehmensleitung im letzten Jahr selbst noch mit dem Gedanken gespielt haben soll, einen Sanierungsplan für das Werk durch Geländeverkäufe zu finanzieren. Worauf sie allerdings bei solchen Sanierungen achten müssen, haben die Beschäftigten von VDM in den letzten Jahren erfahren. Seit Anfang der 70er Jahre wurde die Belegschaft von 3000 auf 1700 abgebaut; zum Teil gerade im Zuge solcher Sanierungsmaßnahmen. In Teilen des Betriebes ging das einher mit ständiger Überstundenarbeit und Samstagsschichten. ,,Je mehr Überstunden, um so schneller sind wir draußen“, rief ein Arbeiter bei der Blockade durch das Megaphon. Der Betriebsrat kündigte an, daß er keine Genehmigung für Sonderschichten mehr erteilen wolle.

Sicherlich eine gute Unterstützung für die Belegschaft von VDM war die Gründungsveranstaltung einer ,,Bürgerinitiative für VDM“, die einige Tage zuvor stattgefunden hatte. Die Initiative, deren Sprecher der Pfarrer einer evangelischen Gemeinde in Heddernheim ist, hatte den Betriebsratsvorsitzenden von VFW in Speyer eingeladen. Nach einem Film über den erfolgreichen Kampf der VFW-Arbeiter berichtete er über einige Erfahrungen daraus. Eine davon sei, daß der Betriebsrat sich nicht als besseres Management verstehen dürfe, sondern vor allem die Belegschaft und die Bevölkerung mit Informationen versorgen muß.



In dem von der AKP(m – l) vorgeschlagenen Programm der „Roten Wahlallianz" für die Stortingwahlen 1981 wird die Militärpolitik im ersten Punkt behandelt:

„1. Für eine starke, unabhängige Verteidigung – gegen die Kriegsvorbereitungen der Supermächte.

– Für eine starke unabhängige Verteidigung – die SU bedroht Norwegen. Die beiden Supermächte SU und USA drohen damit, die Welt in einen neuen Großkrieg zu stürzen. Die SU ist heute die aggressivste Militärmacht der Welt. In einer Abrechnung zwischen den beiden Supermächten wird Norwegen ein klares Angriffsziel sein. Wir fordern, daß eine starke, unabhängige Verteidigung aufgebaut wird, keine Verteidigung, die auf NATO-Streitkräften und NATO-Kommando basiert und mit den Supermachtinteressen der USA verknüpft ist. Norwegen muß aus dem Gemeinschaftskommando der NATO austreten. Heute gehen 70% der Investitionen des Verteidigungsbudgets in F-16-Flugzeuge. Das stärkt *nicht* die Verteidigung Norwegens. Wir fordern stattdessen stehende Streitkräfte in Südnorwegen, bessere Luftverteidigungs- und Anti-Panzerwaffen. Wir unterstützen die Forderung nach Wehrpflicht der Frauen. Wir unterstützen auch die Forderungen der Soldaten nach demokratischen Rechten – gegen Kadavergehorsam. Eine solche starke, unabhängige Verteidigung wird abschreckender wirken und ein besserer Schutz gegen Invasion sein als die statische Flugplatzverteidigung, die wir heute haben. Sollten wir angegriffen und besetzt werden, wird die Rote Volksallianz daran arbeiten, das norwegische Volk zu einem langwierigen Volkskrieg gegen die Besatzermacht zu erheben, dem einzigen Weg zur Befreiung des Landes. Wir fordern eine kräftige Stärkung der Zivilverteidigung. Die offizielle Zielsetzung des Ausbaus von 1,8 Mio. Schutzräumen muß erfüllt werden.

– Nein zu Atomwaffen – die Supermächte SU und USA müssen abrüsten!

Die Forderung nach Abrüstung muß gegen die gerichtet werden, die den Weltfrieden bedrohen: Sowjetunion und USA, nicht gegen die, die durch Angriff und Invasion bedroht werden. Wir fordern, daß die Supermächte abrüsten, sowohl, was Atomwaffen, wie auch was konventionelle Waffen betrifft. Wir arbeiten für ein vollständiges Verbot der Atomwaffen, bakteriologischen und chemischen Waffen! Wir unterstützen die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone im Norden, eine Zone, die diejenigen Atomwaffen einbeziehen muß, die auf der Kola-Halbinsel und im Leningrader Verteidigungsdistrikt auf den Norden gerichtet sind. Wir werden gegen die Aufstellung neuer sowjetischer und

rer Schutz gegen Invasion sein als die statische Flugplatzverteidigung, die wir heute haben. Sollten wir angegriffen und besetzt werden, wird die Rote Volksallianz daran arbeiten, das norwegische Volk zu einem langwierigen Volkskrieg gegen die Besatzermacht zu erheben, dem einzigen Weg zur Befreiung des Landes. Wir fordern eine kräftige Stärkung der Zivilverteidigung. Die offizielle Zielsetzung des Ausbaus von 1,8 Mio. Schutzräumen muß erfüllt werden.

– Nein zu Atomwaffen – die Supermächte SU und USA müssen abrüsten!

Die Forderung nach Abrüstung muß gegen die gerichtet werden, die den Weltfrieden bedrohen: Sowjetunion und USA, nicht gegen die, die durch Angriff und Invasion bedroht werden. Wir fordern, daß die Supermächte abrüsten, sowohl, was Atomwaffen, wie auch was konventionelle Waffen betrifft. Wir arbeiten für ein vollständiges Verbot der Atomwaffen, bakteriologischen und chemischen Waffen! Wir unterstützen die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone im Norden, eine Zone, die diejenigen Atomwaffen einbeziehen muß, die auf der Kola-Halbinsel und im Leningrader Verteidigungsdistrikt auf den Norden gerichtet sind. Wir werden gegen die Aufstellung neuer sowjetischer und
amerikanischer Atomwaffen in Europa arbeiten, die Neutronenwaffe eingeschlossen.

Wir unterstützen alle gerechten Befreiungskämpfe. Solche Kämpfe schwächen die Supermächte und dienen damit der Sache des Friedens. Das afghanische Volk steht heute an der Spitze des Kampfes gegen die schlimmste Angriffsmacht der Welt, die Sowjetunion. Wir werden für politische und materielle Unterstützung des afghanischen Befreiungskampfes arbeiten."

Systematisch entwickelt wurde die Position der AKP(m – l) in ihrem „militärpolitischen Programm", das bereits 1979 auf einer Landeskonferenz beschlossen wurde, aber weiterhin gültig ist.

Das Programm befaßt sich mit einer Analyse der gegenwärtigen Weltlage auf Grundlage der Theorie der Drei Welten, der Rivalität der beiden Supermächte und der daraus erwachsenden Kriegsgefahr, wobei es zum Schluß kommt, daß der Druck auf Umverteilung der gegenwärtigen Einflußzonen hauptsächlich von der SU ausgeht. Das Programm fordert, an der Seite der 3. Welt den Kriegsvorbereitungen entgegenzutreten, auch begründet, daß ein Krieg gegen die Aggression einer Supermacht auch in einem kapitalistischen Land wie Norwegen ein gerechter Verteidigungskrieg sein kann.

Wir dokumentieren hier einige Abschnitte aus diesem umfangreichen Programm, vor allem solche, die im engeren Sinn militärpolitische Fragen behandeln.

Das „Militärpolitische Programm" der AKP (m – l) Norwegens

Norwegen zwischen den Supermächten / Eine demokratische Militärpolitik / Die NATO und Norwegen Revolutionäre Soldatenarbeit und Volksbewaffnung

Eine Zusammenfassung

Die AKP (m – l), gegründet 1973, hat in den letzten Jahren Einfluß auf die revolutionäre und demokratische Bewegung Norwegens gewonnen, mit der in ca. 7000 Exemplaren verkauften Tageszeitung „Klassekampen" und mit Sitzen in zahlreichen Stadt- und Gemeindeparlamenten, zu denen sie als „Rotes Wahlbündnis" (RV) kandidiert hat. Die Fortschritte von AKP und RV sind wohl vor allem auf ihre aktive Gewerkschaftspolitik und auf ihr militärpolitisches Programm gegen die beiden Supermächte zurückzuführen. Seit 1979 hat es eine breite Debatte über alternative Verteidigungskonzepte in „Klassekampen" gegeben, auf die hier aber nicht näher eingegangen werden kann. Bei den eben abgeschlossenen Parlamentswahlen, die die Sozialdemokraten die Mehrheit und die Regierung gekostet haben und von den liberalen und konservativen Parteien gewonnen wurden, hat auch die „Rote Wahlallianz" ihr früheres Ergebnis von 0,6% auf Landesebene nur gerade halten können. In Oslo und der nordnorwegischen Industriestadt Troms hat sie immerhin 1,7% der Stimmen erhalten.

Norwegen zwischen den Supermächten

„Norwegen liegt in der Schußlinie zwischen den zwei Supermächten. Als NATO-Mitglied ist Norwegen ein wichtiger Stein im Versuch des US-Imperialismus, seine Herrschaft in Europa zu erhalten. Die NATO hat Atom-Angriffe auf norwegischem Gebiet geübt und Übungen gegen Arbeiter, Studenten und Revolutionäre durchgeführt. Aber Norwegen ist zuallererst durch die sowjetische Aggression nach Westen bedroht …

Weiterhin ist der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie der Hauptwiderspruch in Norwegen. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die ökonomische, politische und andere Unterdrückung durch die Bourgeoisie muß deshalb zuerst auf die Tagesordnung gesetzt werden. Gleichzeitig wächst der Widerspruch zwischen Norwegen und dem Sozialimperialismus an Bedeutung. Bei einer Besatzung wäre dieser Widersruch der wichtigste und schon während der Vorbereitung zur Besatzung hat er große Bedeutung. Für die Arbeiterklasse ist es deshalb nötig, einen Kampf an zwei Fronten zu führen. Es ist notwendig, die Widersprüche auszunutzen, die man ausnutzen kann, um einen bestmöglichen Ausgangspunkt für einen nationalen Befreiungskrieg zu haben. Eine Stärkung der Arbeiterklasse in ihrem Klassenkampf im Innern stärkt gleichzeitig die Kraft, die in einem solchen Widerstandskampf die leitenden Kraft sein müßte …

Die Arbeiterklasse hat ein Interesse, das nationale Selbstbestimmungsrecht
pa zu erhalten. Die NATO hat Atom-Angriffe auf norwegischem Gebiet geübt und Übungen gegen Arbeiter, Studenten und Revolutionäre durchgeführt. Aber Norwegen ist zuallererst durch die sowjetische Aggression nach Westen bedroht …

Weiterhin ist der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie der Hauptwiderspruch in Norwegen. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die ökonomische, politische und andere Unterdrückung durch die Bourgeoisie muß deshalb zuerst auf die Tagesordnung gesetzt werden. Gleichzeitig wächst der Widerspruch zwischen Norwegen und dem Sozialimperialismus an Bedeutung. Bei einer Besatzung wäre dieser Widersruch der wichtigste und schon während der Vorbereitung zur Besatzung hat er große Bedeutung. Für die Arbeiterklasse ist es deshalb nötig, einen Kampf an zwei Fronten zu führen. Es ist notwendig, die Widersprüche auszunutzen, die man ausnutzen kann, um einen bestmöglichen Ausgangspunkt für einen nationalen Befreiungskrieg zu haben. Eine Stärkung der Arbeiterklasse in ihrem Klassenkampf im Innern stärkt gleichzeitig die Kraft, die in einem solchen Widerstandskampf die leitenden Kraft sein müßte …

Die Arbeiterklasse hat ein Interesse, das nationale Selbstbestimmungsrecht
zu verteidigen. Wird dieses z.B. durch den Sozialimperialismus verletzt, bedeutet das, daß die *bürgerlich-demokratische Führung* in Norwegen durch eine faschistisch-sozialimperialistische Besatzerdiktatur ersetzt wird … Das würde einen historischen *Rückschritt* bedeuten und die Möglichkeiten für die soziale Revolution bedeutend verschlechtern … Darum muß das Proletariat eine wirklich *revolutionäre Taktik* ausformen, eine Taktik, alle Kräfte zu mobilisieren, die mobilisiert werden können, um einem Angreifer mit militärischem Widerstand zu begegnen. Darum ist es vorteilhaft für die Arbeiterklasse, wenn das bürgerliche Heer einer ungerechten Invasion Widerstand leistet. Darum ist es für die Kommunisten *heute* notwendig, eine Politik zu entwickeln, die die Regierung in größtmöglichem Grad zum Widerstand zwingt und in größtmöglichem Grad Kapitulantentum verhindert … Aber die bürgerliche Militärmacht wird nicht im Stande sein, einen *langwierigen* Krieg gegen ein sowjetisches Interventionsheer zu führen … Selbst wenn die norwegische ‚Verteidigung' gegen einen Angriff einen gewissen Widerstand leisten sollte, ist es doch am wahrscheinlichsten, daß sie nach einer gewissen Zeit zusammenbrechen wird. Darum ist es das bewaffnete Volk selbst, das in einem langwierigen Krieg die einzige Kraft darstellt, die Norwegen von Besatzung und Fremdherrschaft befreien kann … Wenn es dem Proletariat und dem arbeitenden Volk gelingt, einen solchen Aggressor wie den Sozialimperialismus zu schlagen, würde im Land eine völlig neue Situation existieren. Das Parteiprogramm stellt fest, daß dann der Weg „offen wäre, sofort weiterzugehen, um die sozialistische Revolution durchzuführen und die Diktatur des Proletariats zu schaffen".

Demokratische Militärpolitik

„Es ist Utopie zu glauben, das bürgerliche Heer könnte unter Volkskontrolle' gestellt werden. Aber das bürgerliche Heer ist eine faktische Realität, die einen gerechten Krieg führen *kann*. Es
Regierung in größtmöglichem Grad zum Widerstand zwingt und in größtmöglichem Grad Kapitulantentum verhindert … Aber die bürgerliche Militärmacht wird nicht im Stande sein, einen *langwierigen* Krieg gegen ein sowjetisches Interventionsheer zu führen … Selbst wenn die norwegische ‚Verteidigung' gegen einen Angriff einen gewissen Widerstand leisten sollte, ist es doch am wahrscheinlichsten, daß sie nach einer gewissen Zeit zusammenbrechen wird. Darum ist es das bewaffnete Volk selbst, das in einem langwierigen Krieg die einzige Kraft darstellt, die Norwegen von Besatzung und Fremdherrschaft befreien kann … Wenn es dem Proletariat und dem arbeitenden Volk gelingt, einen solchen Aggressor wie den Sozialimperialismus zu schlagen, würde im Land eine völlig neue Situation existieren. Das Parteiprogramm stellt fest, daß dann der Weg „offen wäre, sofort weiterzugehen, um die sozialistische Revolution durchzuführen und die Diktatur des Proletariats zu schaffen".

Demokratische Militärpolitik

„Es ist Utopie zu glauben, das bürgerliche Heer könnte unter Volkskontrolle' gestellt werden. Aber das bürgerliche Heer ist eine faktische Realität, die einen gerechten Krieg führen *kann*. Es
ist darum notwendig, eine konkrete Politik und Taktik ihm gegenüber zu haben.

Wir Kommunisten treten für ein Heer von Wehrpflichtigen ein und sind gegen ein Berufsheer … Solange es für uns nicht möglich ist, das bürgerliche Heer abzuschaffen und durch ein Volksheer zu ersetzen, kämpfen wir für eine Heeresordnung, die für die Arbeiterklasse und das Volk am günstigsten ist …

Wir sind für Gesetze, die den Einsatz von Truppen gegen Streiks verbieten, die sich dagegen richten, daß norwegische Truppen gegen Befreiungsbewegungen eingesetzt werden usw. Wir haben nicht die Illusion, daß das die Bourgeoisie hindern würde, den Militärapparat reaktionär zu gebrauchen. Aber dies kann eine Grundlage bilden für Massenmobilisation, falls es geschieht. Wir sind für eine Säuberung des Heeres von faschistischen Elementen. Wir sind für demokratische Rechte der Soldaten, weil es dies schwieriger macht, den Militärapparat gegen das Volk zu gebrauchen und die Mobilisierung für einen Kampf gegen einen sowjetischen Angriff erleichtert.

Wir sind für Dezentralisierung der Mobilisierungsordnung, Stärkung der Lokalverteidigung und mehr Übungen für Operationen in Gebieten, in denen sich die Soldaten gut auskennen.

Wir treten dafür ein, daß sie die zur Mobilisierung vorgesehenen Waffen und persönliche Aussteuer bei sich zu Hause haben.

AKP(m – l) tritt für die *Wehrpflicht der Frauen* ein. Wenn wir für Wehrpflicht eintreten, müssen wir notwendigerweise auch dafür eintreten, daß diese die Frauen mit einbezieht. Alles andere würde die Frauen zu etwas „Tieferstehendem" reduzieren … Es wird behauptet, die Wehrpflicht der Frauen würde den ‚bürgerlichen Militärapparat' stärken. Die einzige logische Konsequenz eines solchen Standpunkts ist, für Wehrdienstverweigerung einzutreten …

Norwegen und die NATO

„Wir sind prinzipiell weder dafür noch dagegen, daß Norwegen mit anderen Staaten Allianzen eingeht. Was unsere Haltung zu einer Allianz bestimmt, ist ihr Charakter. Ein kleines Land mit einem starken imperialistischen Nachbarn hat jederzeit Bedarf, im Ausland Unterstützung gegen einen Angriff zu suchen. Für ein sozialistisches Norwegen wäre es auch notwendig, sich mit anderen Staaten zu alliieren. Entscheidend ist, um was für eine Sorte Allianz es sich dreht. Verteidigt sie Norwegens Selbstbestimmungsrecht? Oder ist sie eine ungleiche Allianz, die von einer imperialistischen Macht gebraucht wird, um andere Länder zu kontrollieren? Oder wird sie gebraucht, um andere Länder anzugreifen und zu unterdrücken? …

AKP(m – l) ist aus prinzipellen Gründen gegen die NATO. Die NATO ist keine Allianz, die auf gleicher Grundlage von den verschiedenen Teilnehmern eingegangen wurde. Innerhalb der NATO werden andere Staaten von der imperialistischen Supermacht USA dominiert. Wenn es in der heutigen Situation oder im Kapitalismus möglich ist zu wählen, so ziehen wir Kommunisten eine norwegische Verteidigung vor, die unabhängig von den Supermächten, von einer NATO-Ver-
Norwegen und die NATO

„Wir sind prinzipiell weder dafür noch dagegen, daß Norwegen mit anderen Staaten Allianzen eingeht. Was unsere Haltung zu einer Allianz bestimmt, ist ihr Charakter. Ein kleines Land mit einem starken imperialistischen Nachbarn hat jederzeit Bedarf, im Ausland Unterstützung gegen einen Angriff zu suchen. Für ein sozialistisches Norwegen wäre es auch notwendig, sich mit anderen Staaten zu alliieren. Entscheidend ist, um was für eine Sorte Allianz es sich dreht. Verteidigt sie Norwegens Selbstbestimmungsrecht? Oder ist sie eine ungleiche Allianz, die von einer imperialistischen Macht gebraucht wird, um andere Länder zu kontrollieren? Oder wird sie gebraucht, um andere Länder anzugreifen und zu unterdrücken? …

AKP(m – l) ist aus prinzipellen Gründen gegen die NATO. Die NATO ist keine Allianz, die auf gleicher Grundlage von den verschiedenen Teilnehmern eingegangen wurde. Innerhalb der NATO werden andere Staaten von der imperialistischen Supermacht USA dominiert. Wenn es in der heutigen Situation oder im Kapitalismus möglich ist zu wählen, so ziehen wir Kommunisten eine norwegische Verteidigung vor, die unabhängig von den Supermächten, von einer NATO-Ver-
teidigung ist. Gleichzeitig muß unsere Politik ihren Ausgangspunkt darin nehmen, daß … es die SU und nicht die NATO ist, die jetzt die größte militärische Bedrohung für Norwegen und norwegisches Selbstbestimmungsrecht ausmacht. Darum ist es nötig, daß wir eine Taktik haben, die sowohl berücksichtigt, daß die Hauptgefahr jetzt von der SU kommt, als auch beurteilt, welche Rolle die NATO heute in der Welt spielt. Nachdem sich die Weltsituation geändert hat, hat sich auch die Bedeutung der NATO geändert. Die NATO begann ursprünglich als eine imperialistische aggressive Militärallianz, die gegen die SU und andere Länder, die damals sozialistisch waren, gerichtet war … Heute ist die Rolle der NATO im Verhältnis zur SU eine andere. Die SU ist nicht länger sozialistisch, sondern ist selbst die gefährlichere imperialistische Supermacht geworden. Die USA und die westlichen imperialistischen Länder sind geschwächt. Darum steht die NATO jetzt in einer defensiven Position gegenüber der SU … Das bedeutet nicht, daß die NATO ihren imperialistischen Charakter verloren hat … Aber die Möglichkeiten der NATO, als starke Vertretung der Interessen besonderes des US-Imperialismus zu fungieren, ist viel geringer als früher … Aufgrund dessen ist es völlig klar, daß wir bestimmte Forderungen stellen müssen zusammen mit der Forderung, daß Norwegen aus der NATO austreten soll. Norwegens Austritt aus der NATO kann nämlich *sowohl* eine Verbesserung *wie auch* eine Verschlechterung der Situation Norwegens bedeuten, abhängig davon, unter welchen Voraussetzungen ein solcher Austritt geschieht.

Wenn Norwegen aus der NATO austritt und gleichzeitig zum Ausdruck bringt, daß es den klaren Willen hat, sich einer sozialimperialistischen Expansion zu widersetzen und die Verteidigung in einer Weise umstellt, die sie besser geeignet macht, einem sowjetischen Angriff zu begegnen, dann bedeutet dies eine Verbesserung. Einen solchen Austritt würden wir unterstützen. Aber wenn ein norwegischer Austritt aus der NATO unter den Bedingungen geschehen soll, die die SU stellt, und gleichzeitig zu einer Schwächung von Norwegens Fähigkeit, einem militärischen Überfall zu widerstehen, führt, so bedeutet das eine klare Verschlechterung. Das könnte dazu führen, daß Norwegen rasch in eine Situation gepreßt wird, die der Finnlands gleicht, und das vergrößert die Gefahr einer sowjetischen Besetzung. Wenn das die Alternative ist, so werden wir Kommunisten sagen, daß es das kleinere Übel ist, in der NATO zu bleiben …

Die norwegische Verteidigung ist ein Teil des integrierten Kommandosystems der NATO. Das beinhaltet, daß die norwegische Luftwaffe schon heute ausländischem Kommando unterworfen ist, wie gleichzeitig das norwegische Heer in einer Kriegssituation in die gleiche Situation gestellt wird. Dies macht ein Hindernis aus, die norwegische Souveränität zu stärken und die Fähigkeit der norwegischen Streitkräfte zu stärken, einer sowjetischen Aggression Widerstand zu leisten. Aus diesem Grund fordert die AKP(m – l), daß Norwegen aus dem Kommandosystem der NATO austreten muß."
deutet dies eine Verbesserung. Einen solchen Austritt würden wir unterstützen. Aber wenn ein norwegischer Austritt aus der NATO unter den Bedingungen geschehen soll, die die SU stellt, und gleichzeitig zu einer Schwächung von Norwegens Fähigkeit, einem militärischen Überfall zu widerstehen, führt, so bedeutet das eine klare Verschlechterung. Das könnte dazu führen, daß Norwegen rasch in eine Situation gepreßt wird, die der Finnlands gleicht, und das vergrößert die Gefahr einer sowjetischen Besetzung. Wenn das die Alternative ist, so werden wir Kommunisten sagen, daß es das kleinere Übel ist, in der NATO zu bleiben …

Die norwegische Verteidigung ist ein Teil des integrierten Kommandosystems der NATO. Das beinhaltet, daß die norwegische Luftwaffe schon heute ausländischem Kommando unterworfen ist, wie gleichzeitig das norwegische Heer in einer Kriegssituation in die gleiche Situation gestellt wird. Dies macht ein Hindernis aus, die norwegische Souveränität zu stärken und die Fähigkeit der norwegischen Streitkräfte zu stärken, einer sowjetischen Aggression Widerstand zu leisten. Aus diesem Grund fordert die AKP(m – l), daß Norwegen aus dem Kommandosystem der NATO austreten muß."

Revolutionäre Soldatenarbeit, Volksbewaffnung

„Der Kampf für die sozialen und ökonomischen Interessen der Soldaten muß erhoben werden sowie der Kampf für die demokratischen Rechte der Soldaten … Selbst wenn die Regierung systematisch Verschärfungen gegenüber dem Vertrauensleutekörper innerhalb der Armee betreibt, müssen die fortschrittlichen Kräfte ihr Hauptgewicht auf die Arbeit innerhalb dieses Organs legen … Aber der Kampf der Soldaten kann nicht auf ökonomischen Kampf eingeschränkt werden, wofür die Revisionisten eintreten. Ein zentrales Feld des Soldatenkampfes gilt dem *Inhalt* des Dienstes. AKP(m – l) wird an der Mobilisierung möglichst vieler Soldaten arbeiten für
– die Forderung nach mehr Information über die militärpolitische und strategische Situation und das Recht, darüber zu diskutieren
– die Forderung nach einem anständigen Schießtraining und Geländeausbildung, die die Soldaten bestmöglich instandsetzt, ein sowjetisches Invasionsheer zu bekämpfen
– den Kampf gegen *Kadavergehorsam*, der nur dazu geeignet ist, die Fähigkeit der Soldaten, gegen eine ausländische Aggression zu kämpfen, zu schwächen. Dagegen allseitige Instruktion, um möglichst viel über das Militärwesen zu lernen
– den Kampf dagegen, daß die Waffen gegen das Volk eingesetzt werden. AKP(m – l) tritt ein für die *Volksbewaffnung*."

(Zwischentitel von der Redaktion)

Diskussion um die Stoßrichtung der Demonstration am 10.10. in Bonn

Ein Vorschlag des „Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie"

gek. Mehr als 600 Organisationen haben bisher den Aufruf der „Aktion Sühnezeichen" zur Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn unterzeichnet. Darunter sind die Jungsozialisten und einige SPD-Untergliederungen, die Jungdemokraten, die DKP und von ihr geführte Organisationen, weiter die Grünen, der BBU, die Deutsche Friedensgesellschaft / VK sowie andere pazifistische Organisationen, schließlich zahlreiche kirchliche Gruppen. Auch der KBW hat den Aufruf unterschrieben, trotz der Bedenken, die wir in KVZ 31/80 dargelegt haben.

Inzwischen sind von einem inneren Veranstalterkreis – allerdings wohl nach Umfrage – die Redner festgelegt worden: Eppler (SPD), Ranke-Heinemann, die Pfarrer Niemöller und Albertz, Georg Benz (IG-Metall-Vorstand), Borm (FDP), Mechtersheimer (CSU), Kelly (Grüne) und Ritter von einem DKP-nahen Friedenskomitee. Daran hat sich von seiten einiger aufrufender Organisationen die Kritik entzündet, daß „ein Teil der Friedensbewegung von der Vorbereitung dieser Demonstration bewußt ausgeschlossen wurde, insbesondere radikale Anti-Kriegs-Gruppen, Bürgerinitiativen, Frauen gegen den Krieg, die gesamte Linke".

So steht es in einem Vorschlag für eine gemeinsame Erklärung und einen gemeinsamen Aufruf zur Demonstration am 10.10., der vom „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie" beschlossen und bundesweit verschickt worden ist; so auch an uns. Im Erklärungstext heißt es weiter: „Wir sehen die Gefahr, daß sich – wie schon einmal in den 50er Jahren – bekannte Persönlichkeiten an die Spitze der Bewegung setzen wollen, um diese in die bestehenden Parteien und Institutionen zu integrieren und ihr damit die Schärfe zu nehmen ... Friedenspolitiker der herrschenden Parteien sollen die Inhalte der Demonstration bestimmen." Daraus wird der Vorschlag abgeleitet: „Wir werden die Veranstalter mit unserer Kritik konfrontieren und eine öffentliche Debatte anregen. Wir fordern alle Menschen, Bürgerinitiativen, Organisationen und Gruppen auf, sich in die Diskussion um die Demonstration solidarisch einzubringen. Wir wollen die Demonstration nicht boykottieren oder sabotieren. Wir rufen jedoch dazu auf, unter einem Aufruf mit weitergehenden Forderungen zu der Demonstration zu mobilisieren und diese Position auch gemeinsam auszudrücken. Wir schlagen vor, einen alternativen Block zu organisieren. Die Veranstalter fordern wir auf, alle Strömungen der Friedensbewegung bei der Kundgebung zu Wort kommen zu lassen."

Zum vorgeschlagenen Aufruf ließen sich wohl auch erhebliche Einwendungen machen. Aber sein großer Verdienst ist, die notwendige Perspektive eines blockfreien Europas in die Diskussion hineinzutragen. Und eine solche Diskussion ist in der Friedensbewegung allerdings notwendig.

Vorschlag für einen Aufruf zur Demonstration am 10.10.

Seit dem Amtsantritt der neuen US-amerikanischen Regierung hat sich die Gefahr von kriegerischen Auseinandersetzungen in nahezu allen Regionen der Erde deutlich verschärft. Reagan, Haig, Weinberger, die NATO-Generäle und das hinter ihnen stehende Kapital haben die ökonomischen und militärstrategischen Ziele der USA neu bestimmt. Wesentlicher Ausdruck dieser Politik ist die weltweite Ausdehnung der amerikanischen Einflußzonen und die Schaffung neuer Rohstoff- und Absatzmärkte mit allen Mitteln imperialistischer Politik:

– diplomatische Aufwertung und Unterstützung aller Art für rassistische und faschistische Folterdiktaturen wie Südkorea oder Südafrika;
– Installierung von reaktionären Militärregierungen in „labilen" Zonen wie in der Türkei;
– militärische Provokationen wie in Libyen und direkte Interventionen wie in Mittelamerika.

Seit dem zweiten Weltkrieg gibt es feste Einflußgebiete der beiden Großmächte USA und UdSSR. Beide haben die Souveränität anderer Staaten immer wieder mißachtet. Das jahrzehntelange „Gleichgewicht des Schreckens", mit dem wir leben mußten, scheint aus dem Lot zu geraten: die amerikanische Propaganda spricht von einem „führbaren und gewinnbaren" Atomkrieg. Durch den NATO-„Nachrüstungs"-Beschluß, Pershing II-Raketen und Cruise Missiles zu stationieren, droht Mitteleuropa zum Schauplatz eines solchen Krieges zu werden. Die Stationierung dieser Mittelstrecken-Atomraketen müssen wir unbedingt verhindern.

Während in anderen NATO-Mitgliedsländern der Widerstand gegen die „Nachrüstung" auch auf Regierungsebene wächst, macht sich die Bundesregierung zum eifrigsten Rüstungshandlanger der USA. Daß sie sich der verbrecherischen US-Politik auf Gedeih und Verderb – zur Zeit eher auf Verderb – verschreibt, hat durchaus eigenständige, wirtschaftliche Machtgelüste zum Hintergrund.

Waffenexporte und AKW-Handel sind lukrative Geschäfte!

Obwohl sich auch innerhalb der Regierungspartei SPD zunehmend Widerstand gegen diese Politik breitmacht, setzen sich Schmidt und Apel ein ums andere Mal, notfalls auch mit Erpressungsmanövern, durch.

Auf Dauer kann nur eine konsequente Loslösung von den USA an unserer Lage etwas ändern. Solange die USA uns zum Schlachtfeld machen wollen, solange sie ihre Soldaten und Raketen hier stationiert haben, solange werden wir im Kriegsfall den Kopf hinhalten müssen, auch ohne Mittelstreckenraketen und Neutronenbombe. Die Bundesrepublik muß deshalb eine Politik der Blockfreiheit anstreben. Das kann nur durch eine Trennung von den USA und der NATO erreicht werden. Erst wenn die Forderung nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt erfüllt ist und Europa zu einer atomwaffenfreien Zone geworden ist, besteht Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden.

Friedenspolitik strebt eine Gesellschaft an, in der es Gewalt von Menschen gegen Menschen, Ausbeutung der Menschen durch den Menschen und Raubbau an der Natur nicht mehr geben wird.

Friedenspolitik ist gerichtet auf gesellschaftliche Verhältnisse, die im Inneren aller Länder Selbstbestimmung und Freiheit gegenüber herrschenden Gewaltverhältnissen bedeuten.

Friedenspolitik zielt darauf, daß alle Völker und Länder ihren eigenen Entwicklungsweg nehmen und selbst bestimmen können.

Friedenspolitik fordert den Abzug aller fremden Truppen von fremden Territorien.

Friedenspolitik wendet sich gegen alle Formen von Bevormundung, Einmischung, Besetzung und Ausplünderung.

Der Kampf für Frieden und gegen Krieg ist mit der Demonstration in Bonn nicht zu Ende – er beginnt erst richtig.

Wir rufen alle Menschen auf, sich an der Demonstration am 10. Oktober zu beteiligen. Wir fordern:
Weg mit dem „Nach"rüstungsbeschluß!
Bundesrepublik raus aus der NATO!
Auflösung aller Militärblöcke!
Eine Atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa!
Vernichtung aller Atom- und Massenvernichtungswaffen!


Demonstration gegen die türkische Militärdiktatur in Duisburg

Demonstrationen gegen türkische Militärdiktatur in Duisburg, Dortmund, Köln

kvz. Die Demonstrationen am 12. September, dem Jahrestag des Militärputsches in der Türkei, die jeweils von verschiedenen türkischen, kurdischen und deutschen Organisationen getrennt in Dortmund, Duisburg und Köln stattfanden, fielen nach Charakter und Beteiligung auch sehr unterschiedlich aus.

Die Demonstration in *Dortmund*, zu der die FIDEF (Föderation der Arbeitervereine in der Türkei), die KKDK (Demokratischen Arbeitervereine Kurdistans) sowie einige weitere Organisationen, von deutscher Seite aus im wesentlichen die DKP, aufgerufen hatten, war mit 3000–4000 Teilnehmern schlecht besucht. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Thüsing wandte sich gegen die „Türkei-Hilfe" der Bundesregierung, insbesondere auch die Militärhilfe, solange nicht die Rechte der demokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen in der Türkei wiederhergestellt seien; und er protestierte gegen die Schikanen gegenüber türkischen Asylsuchenden, während die faschistischen türkischen Organisationen sich in der BRD frei betätigen können. Eine weitere Hauptrednerin war Behice Boran, die Vorsitzende der revisionistischen Türkischen Arbeiterpartei.

An die 20000 waren dagegen dem Aufruf revolutionärer türkischer und kurdischer Organisationen nach *Duisburg* gefolgt. Eine Reihe westdeutscher Organisationen hatte die Demonstration ebenfalls unterstützt und bekanntgemacht (vgl. letzte KVZ). Neben vielleicht 1500 deutschen Demonstranten waren auch zahlreiche Iraner an dieser Demonstration beteiligt. Redner waren u.a. Jakob Moneta, der Heinz Kluncker und die ÖTV namentlich kritisierte, weil ihre Stellungnahmen auf eine moralische Unterstützung der Junta hinausliefen, und der Schriftsteller Jürgen Roth. Kritisiert von den Veranstaltern wurde auch der Bundesvorstand der Jungsozialisten, der zwar die Demonstration unterstützt, aber kaum dafür mobilisiert hatte.

In *Köln* demonstrierten 1500 auf den Aufruf der kurdischen Komkar sowie einer türkischen Organisation.

„Solidarność"-Delegation wird den Deutschen Gewerkschaftsbund besuchen

gek. Eine positive Wendung scheinen endlich die Beziehungen zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der „Solidarność" zu nehmen: Eine vom DGB-Beobachter auf dem Gewerkschaftskongreß in Gdánsk überbrachte Einladung ist angenommen worden. Anfang Oktober, d.h. unmittelbar nach dem Ende des Kongresses (der Ende dieses Monats fortgesetzt

Linke".
So steht es in einem Vorschlag für eine gemeinsame Erklärung und einen gemeinsamen Aufruf zur Demonstration am 10.10., der vom „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie" beschlossen und bundesweit verschickt worden ist; so auch an uns. Im Erklärungstext heißt es weiter: „Wir sehen die Gefahr, daß sich – wie schon einmal in den 50er Jahren – bekannte Persönlichkeiten an die Spitze der Bewegung setzen wollen, um diese in die bestehenden Parteien und Institutionen zu integrieren und ihr damit die Schärfe zu nehmen ... Friedenspolitiker der herrschenden Parteien sollen die Inhalte der Demonstration bestimmen." Daraus wird der Vorschlag abgeleitet: „Wir werden die Veranstalter mit unserer Kritik konfrontieren und eine öffentliche Debatte anregen. Wir fordern alle Menschen, Bürgerinitiativen, Organisationen und Gruppen auf, sich in die Diskussion um die Demonstration solidarisch einzubringen. Wir wollen die Demonstration nicht boykottieren oder sabotieren. Wir rufen jedoch dazu auf, unter einem Aufruf mit weitergehenden Forderungen zu der Demonstration zu mobilisieren und diese Position auch gemeinsam auszudrücken. Wir schlagen vor, einen alter-
terstützung aller Art für rassistische und faschistische Folterdiktaturen wie Südkorea oder Südafrika;
– Installierung von reaktionären Militärregierungen in „labilen" Zonen wie in der Türkei;
– militärische Provokationen wie in Libyen und direkte Interventionen wie in Mittelamerika.
Seit dem zweiten Weltkrieg gibt es feste Einflußgebiete der beiden Großmächte USA und UdSSR. Beide haben die Souveränität anderer Staaten immer wieder mißachtet. Das jahrzehntelange „Gleichgewicht des Schreckens", mit dem wir leben mußten, scheint aus dem Lot zu geraten: die amerikanische Propaganda spricht von einem „führbaren und gewinnbaren" Atomkrieg. Durch den NATO-„Nachrüstungs"-Beschluß, Pershing II-Raketen und Cruise Missiles zu stationieren, droht Mitteleuropa zum Schauplatz eines solchen Krieges zu werden. Die Stationierung dieser Mittelstrecken-Atomraketen müssen wir unbedingt verhindern.
Während in anderen NATO-Mitgliedsländern der Widerstand gegen die „Nachrüstung" auch auf Regierungsebene wächst, macht sich die Bundesregierung zum eifrigsten Rüstungshandlanger der USA. Daß sie sich der verbrecherischen US-Politik auf Gedeih
der Menschen durch den Menschen und Raubbau an der Natur nicht mehr geben wird.
Friedenspolitik ist gerichtet auf gesellschaftliche Verhältnisse, die im Inneren aller Länder Selbstbestimmung und Freiheit gegenüber herrschenden Gewaltverhältnissen bedeuten.
Friedenspolitik zielt darauf, daß alle Völker und Länder ihren eigenen Entwicklungsweg nehmen und selbst bestimmen können.
Friedenspolitik fordert den Abzug aller fremden Truppen von fremden Territorien.
Friedenspolitik wendet sich gegen alle Formen von Bevormundung, Einmischung, Besetzung und Ausplünderung.
Der Kampf für Frieden und gegen Krieg ist mit der Demonstration in Bonn nicht zu Ende – er beginnt erst richtig.
Wir rufen alle Menschen auf, sich an der Demonstration am 10. Oktober zu beteiligen. Wir fordern:
Weg mit dem „Nach"rüstungsbeschluß!
Bundesrepublik raus aus der NATO!
Auflösung aller Militärblöcke!
Eine Atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa!
Vernichtung aller Atom- und Massenvernichtungswaffen!
tervereine in der Türkei), die KKDK (Demokratischen Arbeitervereine Kurdistans) sowie einige weitere Organisationen, von deutscher Seite aus im wesentlichen die DKP, aufgerufen hatten, war mit 3000–4000 Teilnehmern schlecht besucht. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Thüsing wandte sich gegen die „Türkei-Hilfe" der Bundesregierung, insbesondere auch die Militärhilfe, solange nicht die Rechte der demokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen in der Türkei wiederhergestellt seien; und er protestierte gegen die Schikanen gegenüber türkischen Asylsuchenden, während die faschistischen türkischen Organisationen
gemacht (vgl. letzte KVZ). Neben vielleicht 1500 deutschen Demonstranten waren auch zahlreiche Iraner an dieser Demonstration beteiligt. Redner waren u.a. Jakob Moneta, der Heinz Kluncker und die ÖTV namentlich kritisierte, weil ihre Stellungnahmen auf eine moralische Unterstützung der Junta hinausliefen, und der Schriftsteller Jürgen Roth. Kritisiert von den Veranstaltern wurde auch der Bundesvorstand der Jungsozialisten, der zwar die Demonstration unterstützt, aber kaum dafür mobilisiert hatte.
In Köln demonstrierten 1500 auf den Aufruf der kurdischen Komkar sowie einer türkischen Organisation.
„Solidarność"-Delegation wird den Deutschen Gewerkschaftsbund besuchen
gek. Eine positive Wendung scheinen endlich die Beziehungen zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der „Solidarność" zu nehmen: Eine vom DGB-Beobachter auf dem Gewerkschaftskongreß in Gdánsk überbrachte Einladung ist angenommen worden. Anfang Oktober, d.h. unmittelbar nach dem Ende des Kongresses (der Ende dieses Monats fortgesetzt
wird), soll eine vom Vorsitzenden des Regionalkomitees Warschau, Zbigniew Bujak, geleitete Delegation die BRD besuchen. Sie soll den Besuch der neuen Gewerkschaftsführung von „Solidarność" selbst, die auf dem Kongreß gewählt wird, vorbereiten.

Wichtig wird sein, jetzt umgehend daran zu gehen, von örtlicher Ebene aus Einladungen an die polnischen Gewerkschafter zu richten, zu Händen des DGB-Bundesvorstands, damit wenigstens an einigen Orten Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen durchgeführt werden können und die ganze merkwürdige „Diskretion", womit seitens des DGB-Bundesvorstands die Beziehungen zur neuen polnischen Gewerkschaftsbewegung umgeben worden ist, zu beenden.

Veranstaltungen

Freiburg
Diskussionsveranstaltung zum Thema „Elemente einer programmatischen Resolution" (KuK 8/81). Gaststätte „Zur Passage", Bismarckallee
Veranstaltungen
Freiburg
Diskussionsveranstaltung zum Thema „Elemente einer programmatischen Resolution" (KuK 8/81). Gaststätte „Zur Passage", Bismarckallee
Freitag, 18. September, 20.00 Uhr

Frankfurt
Diskussionsforum „Kommunismus und Klassenkampf". Thema: Triebkräfte des sowjetischen Sozialimperialismus, mit H.-G. Schmierer, Haus der Jugend, Deutschherrenufer.
Freitag, 25. September, 19.30 Uhr.

Stuttgart
Triebkräfte des sowjetischen Sozialimperialismus, mit H.-G. Schmierer, Gaststätte Zillertal, Stgt.-Bad Cannstatt, Wildunger Str. 39
Samstag, 19. September, 15.00 Uhr.

Münster
„Elemente einer programmatischen Resolution", Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW Münster, ABC-Schützenhof
Mittwoch, 23. September, 20.00 Uhr

Gefangene Frauen in Preungesheim bringen den „Durchblick" heraus – trotz Verbot

Liebe Leute,

anbei schicke ich Euch die Nr. 1 des „Durchblick", Knastzeitung aus Preungesheim, Frankfurt.

Den „Durchblick" gab es schon 1977 von Schülerinnen des Seminars für Politik hergestellt. Nach Versuchen der damaligen Anstaltsleitung E. v.Pilgrim, Einfluß auf die Zusammensetzung der Redaktion zu nehmen, wurde das Erscheinen eingestellt. Beim Hungerstreik im Juni 1979 forderten Frauen vom damaligen kommisarischen Anstaltsleiter erneut die Möglichkeit, eine Zeitung zu machen. Verhandlungen zogen sich über ein halbes Jahr hin, endeten aber mit der Zusage einer Zeitung unter der Voraussetzung, daß „Ehrenamtliche" in der Redaktion vertreten sind. S. Bernhardt, Anstaltsleiterin seit Januar 1980, war bereit, die Herausgabe der Zeitung zu übernehmen, wie dies bis dahin für alle hessischen Gefangenenzeitungen üblich war.

Obwohl die Nullnummer nicht im Sinne der Anstaltsleitung ausgefallen war, und diese auch einige Streichungen und Änderungen verfügte, also Zensur wie auch bei dieser Ausgabe, konnte sie im Juni 1980 erscheinen. Um so erstaunlicher war dann die Auflösung der Redaktion auf Weisung des Justizministeriums. Aus dem Schreiben von Ex-Anstaltsleiter Chr. Kuhlenkampf, der inzwischen ins Justizministerium zurückgekehrt ist: „... teile ich Ihnen mit, daß von einer weiteren Herausgabe der Gefangenenzeitung ‚Durchblick' abgesehen wird, weil die Null-Ausgabe in keiner Weise den an eine Gefangenzeitschrift zu stellenden Anforderungen entspricht und dem Vollzugsziel (§2 Strafvollzugsgesetz) zuwiderlief ..."

Nach einem offenen Diskussionsabend im Knast über die verbotene Nullnummer findet sich eine neue Gruppe von ca. 20 Frauen zusammen, die wieder eine Zeitung machen wollen. Nach langer Suche nach einem Herausgeber von außen, übernimmt schließlich die AGIS (Arbeitsgruppe Innere Sicherheit) der evangelischen Studentengemeide in Mainz die Herausgeberschaft.

Da wir von offizieller Seite keine Unterstützung bekommen, kann die weitere Herausgabe schließlich noch am mangelnden Geld scheitern. Da der „Durchblick" für die Frauen im Knast drinnen und auch mit denen, die draußen sind, eine wichtige Kommunikationsmöglichkeit darstellt, sind wir dringend auf Spenden für Druckkosten angewiesen. (Für diese Ausgabe allein über 800 DM.) Sollte also jemand/ frau in der Lage sein, uns mit einem kleinen (oder größeren) Betrag zu helfen, dann auf das Postscheckkonto Frankfurt

Konto-Nr. 232652-606

M. Arndt; Mainz
Stichwort: Durchblick

Wenn sonst wer Interesse an der Zeitung hat: gegen 2,50 DM in Briefmarken (für Knackis kostenlos) bei:

AGIS, Am Gonsenheimer Spieß 1
6500 Mainz 1

Einer der Artikel im „Durchblick" setzt sich mit den Forderungen der RAF-Gefangenen auseinander, ebenso wie mit den weitergehenden Forderungskatalogen der Gefangenen in der U-Haftanstalt Preungesheim und in Berlin-Moabit. Es heißt dann weiter:

„wir selbst – die gefangenen frauen in preungesheim – fordern u.a. in einem 20 punkte katalog:
– sofort und endlich WASSER und TOILETTEN in den zellen!
– die abschaffung der bunkerzellen, insbesondere der überwachungskamera und des rollkommandos!
– die abschaffung der hausstrafen; da insbesondere die abschaffung der kollektivbestrafung!
– die abschaffung der drogenzwangstherapie bei ausbildungswilligen!
alle gefangene kämpfen für selbstorganisation und selbstbestimmung – für abschaffung aller hochsicherheitstrakte. schlicht und einfach – für bessere haftbedingungen!"

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Westberliner CDU-Senat versucht reaktionäre Wende in der Familienpolitik

Kita-Gebühren von 400 Mark drohen / ÖTV übernimmt Organisation des Widerstands

crm. Westberlin. Insgesamt 55347 Plätze in Kindertagesstätten gibt es in Westberlin zur Zeit. Darunter zählen Krippenplätze für Kinder von 0-3 Jahren, Kindergartenplätze für Kinder von 3-5 Jahren und Hortplätze für Schulkinder bis ca. 10 Jahren. Von den insgesamt 780 Kindertagesstätten (Kitas) sind 349 landeseigen und 431 nichtlandeseigen, d.h. kirchlich oder privat. Dies sind erstaunliche Zahlen, wenn man die sich daraus ergebende Deckung des Bedarfs an Kitaplätzen im Verhältnis zu anderen Großstädten der BRD sieht. Insgesamt 27% aller Kinder vom Krippen- bis zum Hortalter wurden 1976 in Kindertagesstätten betreut. Plan des damaligen SPD-Senats war es sogar, die Versorgung bis zu diesem Jahr auf 36% zu heben.

Um diesen Entwicklungsplan gab es seiner Zeit größere Auseinandersetzungen, da in ihm ein einheitlicher Personalschlüssel für alle Westberliner Bezirke festgelegt wurde. Für die in Westberlin überwiegend den ganzen Tag von 6 - 18 Uhr geöffneten Gruppen, im Kindergarten mit 15 Kindern, wurden 1,46 Planstellen festgelegt, ein Hohn gegenüber der Forderung der Gewerkschaften, die 2 Erzieher pro Gruppe und eine Vertretungsreserve nach Bedarf fordern. Einziges Ergebnis der damaligen Auseinandersetzungen war, daß den Hortgruppen mit 20 Kindern statt 0,8 jetzt 1,0 Planstellen zustehen.

Immerhin war aber eine andere Konsequenz der sich aufgrund des neuen Personalschlüssels verschärfenden Situation in den Kitas, daß sich die SPD anläßlich der Abgeordnetenhauswahlen im März 1979 gezwungen sah, einen Teil ihres familienpolitischen Programms in die Tat umzusetzen: Sie senkte den Kostenbeitrag für eine Ganztagsbetreuung auf 40 DM, führte den sog. Nulltarif ein. Allerdings stellte sich nach dieser Kostensenkung, vorher waren gestaffelt bis zu 200 DM zu zahlen gewesen, erst der tatsächliche Bedarf an Kitaplätzen heraus. Innerhalb weniger Monate wuchs die Liste der Anmeldungen für einen Kitaplatz auf über 25000 an. Alle Familien, die sich bisher keinen Platz leisten konnten, versuchten nun, ihre Kinder unterzubringen.

Der Senat war so gezwungen, zum Problem der Wartelisten Stellung zu nehmen. Da immer breiter verlangt wurde, den Kindertagesstätten den Status von Bildungseinrichtungen zuzuerkennen und durch eine bessere personelle Ausstattung eine sinnvolle pädagogische Arbeit zu gewährleisten, lief der damalige SPD-Senat in ein offenes Messer, als er versuchte, die Wartelisten durch eine Vergrößerung der Gruppen um durchschnittlich 20% vom Tisch zu kriegen. Eine große Aktionseinheit zwischen Erziehern und Eltern fand ihren Höhepunkt in Streikaktionen von über 1000 Erziehern an drei Tagen im Dezember vergangenen Jahres. Die Überbelegungspläne waren damit vom Tisch, und sogar die Neuinvestitionen für Kita-Neubauten sollten aus den Sparplänen des Senats herausgenommen werden.

Ganz anders stellt sich die Situation unter dem seit etwas über 100 Tagen amtierenden CDU-Minderheitssenat dar. Schon im Wahlkampf hatte die CDU ihre Ideologie der sozialen Gießkanne und das Subsidiaritätsprinzip groß herausgekehrt. Ein Zuviel an staatlicher Leistung, hier: öffentlicher Erziehung, zerstöre die Familie, entfremde auf die Dauer die Kinder ihren Eltern etc. ... Nun sind die Pläne konkreter auf dem Tisch: Der „Nulltarif" wird nach dem Willen der CDU ab 1.1.82 wieder abgeschafft, Beiträge von 400 DM pro Kind und Monat sind im Gespräch, der Betrag liegt aber noch nicht genau fest. Erstmalig in der BRD soll nach CDU-Willen ein Erziehungsgeld an Elternteile gezahlt werden, die in den ersten zwei Jahren nach der Geburt eines Kindes auf eine Berufstätigkeit verzichten. Der Betrag soll bei etwa 400 DM liegen. Die Demagogie ist griffig: Viele Eltern, die sowieso schon lange überlegen, wie sie es machen sollen mit Arbeit *und* Familie, könnten sich von den Plänen was versprechen. Dadurch, daß die neuen, hohen Kitabeiträge wieder nach Einkommen gestaffelt sein sollen, tut sich eine Stimmung auf, die sagt, daß die reichen Fatzkes doch ruhig blechen sollen (wobei übersehen wird, daß z.B. 48000 DM Brutto-Familieneinkommen schnell zusammen sind), und unter den Erziehern wird teils gehofft, daß die hohen Beiträge die Kitas etwas ausdünnen, daß ein Teil des Stresses dadurch genommen wird.

Deshalb hat es auch etwas gedauert, bis sich der Widerstand gegen diese Senatspläne gesammelt hat. Etwa auf der Linie des nebenstehenden Flugblattes der ÖTV bereiten sich jetzt die Bezirkselternausschüsse der einzelnen Westberliner Bezirke auf eine Veranstaltung mit der zuständigen Senatorin Laurien am 22.9. vor. Als Kampfmaßnahmen sind vorbesprochen eine Telefonaktion bei der Frau Senatorin, die über mehrere Tage die entsprechende Dienststelle lahmlegen soll, und eine Kundgebung mit Eltern und Kindern am Tage der entsprechenden Abgeordnetenhaussitzung, auf der über die Pläne beschlossen werden soll.

Die Chancen für den Erfolg dieses Kampfes sind nicht aussichtslos. Auf jeden Fall wird die Bewegung im Parlament durch die Abgeordneten der Alternativen Liste zu Wort kommen, deren Bereich „Kinder" ein Flugblatt mit ähnlichem Inhalt wie das der ÖTV erstellt hat. Die SPD, speziell die Vorgängerin der jetzigen Senatorin, Anke Fuchs, wird die Möglichkeit haben, zu beweisen, daß ihre Wahlkampfaussagen für die Beibehaltung des Nulltarifs nicht nur Schall und Rauch waren, wiewohl Hans-Jochen Vogel schon feststellte, daß er nicht stur am Nulltarif festhalten müsse. Aber wie das so mit der SPD zur Zeit ist: Oben weiß nicht, was unten tut. Und so sollte sich Herr Vogel ein Beispiel nehmen an seinem Kreuzberger Jugendpolitiker. Der hat nämlich in der SPD-Druckerei die 9000 Einladungsflugblätter für die Veranstaltung der Bezirkselternausschüsse drucken lassen.

Aus einem Flugblatt der Abteilung Sozialarbeit der ÖTV Berlin

ÖTV

Für den Ausbau der Kindertagesstätten, für die Anhebung des Personalschlüssels, kein Erziehungsgeld!

Bis zu 400 DM soll ab 1.1.1982 ein Kindertagesstättenplatz pro Kind und Monat kosten, so sehen es die Pläne des Senats offenbar vor. Der Weizsäcker-Senat macht Ernst. Unter dem Vorwand des Sparens werden soziale Einrichtungen, werden gesellschaftliche Errungenschaften mit einem Federstrich beseitigt. (...)

Die Möglichkeit der öffentlichen Erziehung ist unverzichtbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens, sei es wegen ihres anerkannten Vorteils für die Entwicklung der Kinder (Anregungen außerhalb des Familienlebens, Kontakte zu gleichaltrigen Kindern), oder aber auch, weil die finanzielle Lage der Familien die Berufstätigkeit beider Elternteile erforderlich macht. Kindererziehung und das Führen des Haushalts zur Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft liegen nicht nur im individuellen Interesse, sondern sind gesellschaftlich notwendige Arbeiten, die daher auch öffentlich organisiert werden müssen.

Sparmaßnahmen auf diesem Gebiet stellen die Entwicklung der Mehrzahl der Kindern unserer Stadt infrage. Gleichzeitig bedeutet die Kürzung der Erziehungsmittel eine Diskriminierung der Frauen und Mütter:
Angesichts steigender Arbeitslosigkeit – vor allem auch unter den Frauen – stellen die Kürzungen einen infamen Angriff dar auf die Möglichkeit der Frauen, die Kinder haben, überhaupt berufstätig zu sein. Über die Gebührenerhöhungen wird sich für viele Frauen die Frage stellen, ob sie sich die öffentliche Erziehung überhaupt noch leisten können. Für manche Frauen wird sich die Erwerbstätigkeit kaum noch lohnen, angesichts der Differenz zwischen den miesen Frauenlöhnen und -gehältern und den Kosten der Berufstätigkeit (Kita-Gebühren, Fahrkosten, Bekleidung, teures Einkaufen ...)

Offensichtlich beabsichtigt der CDU-Senat, durch diese faktische Verhinderung, berufstätig zu sein, die Frauen wieder verstärkt in die Rolle der treusorgenden Hausfrau und Mutter und zurück in die Einengung von Ehe und Haushalt zu drängen, Rollen, aus denen sich viele Frauen gerade mit Mühe zu befreien beginnen.

Es muß den Frauen möglich sein, Kinder zu haben *und* berufstätig zu sein ...

Kein Erziehungsgeld!

Ein Erziehungsgeld, wie von der CDU-Regierung geplant, würde nicht einmal halbwegs ausreichen, die gesellschaftlich notwendige Hausarbeit und Kindererziehungsarbeit der Frauen zu vergüten.

Wäre dies der Fall, dann wäre genug Geld vorhanden, um auch die öffentliche Erziehung auszubauen! Außerdem bezweifeln wir die Ernsthaftigkeit dieser Versprechungen. Schon jetzt ist klar, daß es Erziehungsgeld erst frühestens 1 Jahr nach Abschaffung des „Nulltarifs" geben soll. Darüberhinaus jedoch lehnen wir ein Erziehungsgeld grundsätzlich ab. Durch die Vergabe eines Erziehungsgeldes werden die Frauen in besonders krasser Weise auf die Hausfrauenrolle festgelegt. Da Männer mehr Lohn oder Gehalt verdienen als Frauen, wird im Normalfall die Frau zuhause bleiben, die Kinder versorgen und den Haushalt führen. Die geschlechtsspezifische Arbeitseinteilung Frau = Ehe/Familie und Mann = Beruf wird auf diese Weise nicht aufgehoben, sondern vertieft. Diese Wirkung der Aufhebung des „Nulltarifs" und der Einführung von Erziehungsgeld ist zutiefst rückschrittlich und ist offensichtlich der Versuch, die gesellschaftliche Entwicklung um Jahrzehnte zurückzudrehen. Das lehnen wir entschieden ab. Und, daß mit solchen Maßnahmen die Finanzlücken des Berliner Haushalts gestopft werden könnten, ist mehr als fragwürdig. Denn erstens erfordert die Erhebung von nach Einkommen gestaffelten Kita-Gebühren einen weiteren Ausbau staatlicher Bürokratie, der bezahlt sein will, und zweitens wird, was auf der einen Seite den Kita-Benutzern abgenommmen wird, den Erziehungsgeldbeziehern wieder hingeblättert. Ganz abgesehen davon, daß Mehreinnahmen automatisch im Haushalt verschwinden und daher gar nicht mehr kontrolliert werden können. Statt die hundert Millionen DM Steuerrückstände gewerblicher Unternehmen einzutreiben, soll wieder einmal, in diesem Fall den Eltern in die Tasche gegriffen werden. Am härtesten treffen werden diese Pläne diejenigen, die schon jetzt jeden Pfennig umdrehen müssen, um über die Runden zu kommen, diejenigen, die beide berufstätig sind, aber beide so schlecht verdienen, daß einer allein die Familie nicht ernähren könnte. Auf diesem Hintergrund tritt die ÖTV dafür ein, den Kindertagesstätten endlich den Status von pädagogischen Bildungseinrichtungen zu geben, die *genau wie die Schulen* kostenlos für jeden zur Verfügung stehen müssen.

Resozialisierung in Raten!
Arbeitslosengeld beziehen kann, erhält er davon großzügigerweise 63 DM monatlich, das übrige zieht das Sozialamt
wird die erste Monatsmiete zuzüglich Kaution direkt an den Vermieter gezahlt.
scheidet sich eigentlich in keiner Art und Weise von den Knästen. Heimbe-
Immerhin war aber eine andere Konsequenz der sich aufgrund des neuen Personalschlüssels verschärfenden Situation in den Kitas, daß sich die SPD anläßlich der Abgeordnetenhauswahlen im März 1979 gezwungen sah, einen Teil ihres familienpolitischen Programms in die Tat umzusetzen: Sie senkte den Kostenbeitrag für eine Ganztagsbetreuung auf 40 DM, führte den sog. Nulltarif ein. Allerdings stellte sich nach dieser Kostensenkung, vorher waren gestaffelt bis zu 200 DM zu zahlen gewesen, erst der tatsächliche Bedarf an Kitaplätzen heraus. Innerhalb weniger Monate wuchs die Liste der Anmeldungen für einen Kitaplatz auf über 25000 an. Alle Familien, die sich bisher keinen Platz leisten konnten, versuchten nun, ihre Kinder unterzubringen.
Der Senat war so gezwungen, zum Problem der Wartelisten Stellung zu nehmen. Da immer breiter verlangt wurde, den Kindertagesstätten den Status von Bildungseinrichtungen zuzuerkennen und durch eine bessere personelle Ausstattung eine sinnvolle pädagogische Arbeit zu gewährleisten, lief der damalige SPD-Senat in ein of-
im Gespräch, der Betrag liegt aber noch nicht genau fest. Erstmalig in der BRD soll nach CDU-Willen ein Erziehungsgeld an Elternteile gezahlt werden, die in den ersten zwei Jahren nach der Geburt eines Kindes auf eine Berufstätigkeit verzichten. Der Betrag soll bei etwa 400 DM liegen. Die Demagogie ist griffig: Viele Eltern, die sowieso schon lange überlegen, wie sie es machen sollen mit Arbeit *und* Familie, könnten sich von den Plänen was versprechen. Dadurch, daß die neuen, hohen Kitabeiträge wieder nach Einkommen gestaffelt sein sollen, tut sich eine Stimmung auf, die sagt, daß die reichen Fatzkes doch ruhig blechen sollen (wobei übersehen wird, daß z.B. 48000 DM Brutto-Familieneinkommen schnell zusammen sind), und unter den Erziehern wird teils gehofft, daß die hohen Beiträge die Kitas etwas ausdünnen, daß ein Teil des Stresses dadurch genommen wird.
Deshalb hat es auch etwas gedauert, bis sich der Widerstand gegen diese Senatspläne gesammelt hat. Etwa auf der Linie des nebenstehenden Flugblattes der ÖTV bereiten sich jetzt die Bezirkselternausschüsse der einzelnen West-
ziehung ist unverzichtbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens, sei es wegen ihres anerkannten Vorteils für die Entwicklung der Kinder (Anregungen außerhalb des Familienlebens, Kontakte zu gleichaltrigen Kindern), oder aber auch, weil die finanzielle Lage der Familien die Berufstätigkeit beider Elternteile erforderlich macht. Kindererziehung und das Führen des Haushalts zur Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft liegen nicht nur im individuellen Interesse, sondern sind gesellschaftlich notwendige Arbeiten, die daher auch öffentlich organisiert werden müssen.
Sparmaßnahmen auf diesem Gebiet stellen die Entwicklung der Mehrzahl der Kindern unserer Stadt infrage. Gleichzeitig bedeutet die Kürzung der Erziehungsmittel eine Diskriminierung der Frauen und Mütter:
Angesichts steigender Arbeitslosigkeit – vor allem auch unter den Frauen – stellen die Kürzungen einen infamen Angriff dar auf die Möglichkeit der Frauen, die Kinder haben, überhaupt berufstätig zu sein. Über die Gebührenerhöhungen wird sich für viele Frauen die Frage stellen, ob sie sich die
der treusorgenden Hausfrau und Mutter und zurück in die Einengung von Ehe und Haushalt zu drängen, Rollen, aus denen sich viele Frauen gerade mit Mühe zu befreien beginnen.
Es muß den Frauen möglich sein, Kinder zu haben *und* berufstätig zu sein ...
Kein Erziehungsgeld!
Ein Erziehungsgeld, wie von der CDU-Regierung geplant, würde nicht einmal halbwegs ausreichen, die gesellschaftlich notwendige Hausarbeit und Kindererziehungsarbeit der Frauen zu vergüten.
Wäre dies der Fall, dann wäre genug Geld vorhanden, um auch die öffentliche Erziehung auszubauen! Außerdem bezweifeln wir die Ernsthaftigkeit dieser Versprechungen. Schon jetzt ist klar, daß es Erziehungsgeld erst frühestens 1 Jahr nach Abschaffung des „Nulltarifs" geben soll. Darüberhinaus jedoch lehnen wir ein Erziehungsgeld grundsätzlich ab. Durch die Vergabe eines Erziehungsgeldes werden die Frauen in besonders krasser Weise auf die Hausfrauenrolle festgelegt. Da Männer mehr Lohn oder Gehalt ver-
Denn erstens erfordert die Erhebung von nach Einkommen gestaffelten Kita-Gebühren einen weiteren Ausbau staatlicher Bürokratie, der bezahlt sein will, und zweitens wird, was auf der einen Seite den Kita-Benutzern abgenommmen wird, den Erziehungsgeldbeziehern wieder hingeblättert. Ganz abgesehen davon, daß Mehreinnahmen automatisch im Haushalt verschwinden und daher gar nicht mehr kontrolliert werden können. Statt die hundert Millionen DM Steuerrückstände gewerblicher Unternehmen einzutreiben, soll wieder einmal, in diesem Fall den Eltern in die Tasche gegriffen werden. Am härtesten treffen werden diese Pläne diejenigen, die schon jetzt jeden Pfennig umdrehen müssen, um über die Runden zu kommen, diejenigen, die beide berufstätig sind, aber beide so schlecht verdienen, daß einer allein die Familie nicht ernähren könnte. Auf diesem Hintergrund tritt die ÖTV dafür ein, den Kindertagesstätten endlich den Status von pädagogischen Bildungseinrichtungen zu geben, die *genau wie die Schulen* kostenlos für jeden zur Verfügung stehen müssen.

Resozialisierung in Raten!

Ein ehemaliger Nichtseßhafter über das „Wichernheim" in Heidelberg

Liebe Freunde,

aufgrund Eures Artikels über das „Berbertreffen" bzw. dem Interview mit dem Sozialarbeiter „Fundis", was ich sehr gut finde, erlaube ich mir als ehemaliger Nichtseßhafter und Heimbewohner des hiesigen „Wichernheim" Euch einen Bericht zuzusenden, mit der Bitte um baldige Veröffentlichung.

•

Das „Wichernheim", eine Einrichtung der evang. Kirche, das sich laut eigenem Prospekt als dreistufige Einrichtung zur Resozialisierung gefährdeter Männer bezeichnet, hat sich die Aufgabe gestellt, Nichtseßhafte, ehemalige Gefangene aus den Knästen und aus anderen Heimen Entlassene in das „normale" Leben zurückzuführen.

Die 1. Stufe dient dazu, die Leute zu beobachten, um festzustellen, ob sie für eine Resozialisierung geeignet sind. Trifft dies zu, erfolgt eine Übernahme in die 2. Stufe.

Von Anfang an können in die zweite Stufe Männer aufgenommen werden, die länger als drei Monate auf der Straße waren und ehemalige Gefangene, die länger als 8 Wochen in U-Haft oder „Strafhaft" waren. Sind die zu resozialisierenden Männer in die 2. Stufe aufgenommen, müssen sie an der Arbeitstherapie teilnehmen. Die Arbeitstherapie gliedert sich in verschiedene Bereiche auf. Die Werkstatt 1: Hier werden vorwiegend Metallteile der Firma Graubremse entgratet, d.h. die Leute sitzen 6 Stunden mit einer Feile an einem Tisch und beseitigen Unebenheiten der maschinellen Bandproduktion.

In der Werkstatt 2 werden die so begehrten Wiener Stuhlsitze geflochten, neu in alte Stühle, auch diese Tätigkeit dauert 6 Stunden am Tag. Diese Arbeit wird von den Heimbewohnern bevorzugt, da hier humanere Arbeitsbedingungen herrschen. Die Werkstatt 2 wird von einem tschechischen Expädagogen geleitet, der früher Hauptschüler unterrichtete, und seine Pädagogik bis dato noch nicht geändert hat.

Außerdem werden die Leute noch in der Küche gebraucht, um ihr eigenes Essen zu kochen, und einige sind noch für die Hausreinigung zuständig, damit es auch in allen Ecken und Enden blitzt und blinkt. Natürlich wird da, wo gearbeitet wird, auch Lohn ausgezahlt. Im „Wichernheim" bedeutet gute Arbeit – Lohn! Bezahlt wird nach folgenden Leistungsschema:

Pünktlichkeit:	
Sehr pünktlich	35 Punkte
Pünktlich	30 Punkte
Unpünktlich	25 Punkte
Leistungsgüte:	
Sehr zufriedenstellend	25 Punkte
Zufriedenstellend	20 Punkte
Durchschnittlich	15 Punkte
Arbeitstempo:	
Sehr schnell	15 Punkte
Schnell	10 Punkte
Langsam	5 Punkte
Maximum:	75 Punkte = 7,50 DM

Wenn ein Heimbewohner dazu noch Arbeitslosengeld beziehen kann, erhält er davon großzügigerweise 63 DM monatlich, das übrige zieht das Sozialamt ein, egal wie hoch der Rest ist. In Sachen Geldausgaben ist das Sozialamt Heidelberg überhaupt sehr pingelig. Andere Sozialämter tun wesentlich mehr für Nichtseßhafte, wie z.B. Stuttgart. Dort ist es üblich, daß ein Nichtseßhafter zweimal im Jahr einen Scheck von über 400 DM erhält, um sich neu einzukleiden. Das Sozialamt Heidelberg verweist in solchen Fällen auf den Frauenring e.V., wo es gebrauchte Kleider gibt, die zwangsläufig wesentlich billiger sind. Das Sozialamt Heidelberg sieht nicht ein, daß neue Kleidung gekauft wird, wenn es doch beim Frauenring von der gebrauchten Unterhose bis zu abgetragenen Schuhen alles gibt. Ob sich die Damen und Herren vom Sozialamt Heidelberg auch privat beim Frauenring einkleiden?

Nach ungefähr zwei bis drei Monaten wird dem Heimbewohner die 3. Stufe schmackhaft gemacht. Ist er in der ersten oder zweiten Stufe in 3-Bett-Zimmern untergebracht, so kann er in der 3. Stufe ein Einzelzimmer bekommen. Bedingung: Er muß ein festes Arbeitsverhältnis haben. Hat der Heimbewohner einen Arbeitsvertrag abgeschlossen, muß er sofort eine Lohnabtretung zugunsten des Wichernheimes mit seinem Arbeitgeber vereinbaren. Das Sozialamt Heidelberg kassiert 750 DM monatlich, nur über den Rest kann der Heimbewohner frei verfügen. Begründet wird die Lohnabtretung damit, daß sich die Leute noch in einem Aufbaustadium befinden und den Umgang mit Geld noch lernen müssen. Wenn sie nach konstantem 6monatigen Arbeiten aus dem „Wichernheim" ausziehen, bekommen sie großzügigerweise drei Eigenbeträge vom Sozialamt zurückerstattet = 2250 DM. Davon wird die erste Monatsmiete zuzüglich Kaution direkt an den Vermieter gezahlt.

Sollte sich jemand erst nach zwei Jahren entschließen auszuziehen, erhält er auch nur die letzten drei Eigenbeträge ausbezahlt. Natürlich zählt nur eine zusammenhängende Arbeitszeit von 6 Monaten. Wird die Arbeitsdauer unterbrochen, wie auch immer, fängt das Monatszählen von neuem an. Resozialisierung im Wichernheim unterscheidet sich eigentlich in keiner Art und Weise von den Knästen. Heimbewohner haben das Recht, ihren Besuch um 22 Uhr zu verabschieden, jeden Tag zwischen zwei Essen zu wählen, dem angebotenen oder gar keinem, jeden Tag die gleiche Marmelade auszuwählen, in ihrer Freizeit fernzusehen, um 24 Uhr zu Hause zu sein und freiwillig auf den Hausschlüssel zu verzichten.

Rolf Ficker

Kongreß ohne Teilnehmer
Die „Berber" trauten sich nicht

uwd. Stuttgart. Was der „1. Stuttgarter Berber-Kongreß" sein sollte, wurde er nicht: Ein bundesweites Treffen durch zahlenmäßige Demonstration der elenden Lage der Berber, der Nichtseßhaften. Ob er Initialzündung für örtliche Aktivitäten war, wird sich zeigen müssen. Die „Berber" erschienen nicht, nicht einmal die Stuttgarter Berber, die in den vergangenen Jahren schon mancherlei gemeinsame Schritte zur Verbesserung ihrer Lage unternommen haben. Die Gründe: Einschüchterung, Angst vor Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt – so der Veranstalter. Dies ist nicht von der Hand zu weisen: Die Stadtverwaltung Stuttgart drohte mit Streichung der in der BRD einmaligen Barzahlung von täglich 13 DM (was schon im Herbst 1980 geändert werden sollte), die IHK forderte mehr Polizeistreifen und regelmäßige Naßreinigung, die NPD versprach eine eigene Bürgerwehr und Gegenaktionen, Sozialämter und Polizei kündigten Druck und verstärkte Kontrollen an.

Meiner Meinung nach gibt es weitere Gründe: Durch die große Publizität im Vorfeld und das Erscheinen von Presse, Rundfunk und Fernsehen aus der ganzen BRD und dem Ausland war die Anonymität gerade derjenigen gefährdet, die „zurück" wollen bzw. gerade in Resozialisierungsmaßnahmen drinstecken. Und diese Maßnahmen sind regelmäßig mit Vereinzelung und individueller Unterwerfung verbunden, sollen sie erfolgreich sein. Die Aussicht, kollektiv etwas durchzusetzen, u.U. in Konfrontation, ist gering und wenig erprobt. Es besteht ja kein eigentliches Verhältnis wie von Produzenten zu der Verfügung über ihr Produkt, was schon den Ansatz kollektiv macht. Ein bundesdeutscher Kongreß würde sozusagen den „Bundes"-Berber voraussetzen, mit einer gewachsenen Identität, einem eigenen Selbstverständnis, einem gemeinsamen Willen.

Die Voraussetzungen, örtliche Aktivitäten zu entfalten, sind nicht aussichtslos. Ein Grund dafür ist sicherlich, daß Berber „seßhaft" sind: 4 von 10 kommen direkt aus Stuttgart und Umgebung, weitere 4 aus Baden-Württemberg, d.h. 8 von 10 sind mit den regionalen Verhältnissen vertraut, wollen auf Dauer am Ort bleiben. Zudem ist der Anteil an Arbeitern mit einem erlernten Beruf mit über 40% doch hoch.

Konflikt um Landbesetzungen in Brasilien

cof. Im nordbrasilianischen Bundesstaat Para haben landlose Bauern offenbar seit längerem Ländereien von Großgrundbesitzern zur Bebauung in Beschlag genommen, die sie gegen bewaffnete Rückforderungen verteidigen. Nach Angaben des brasilianischen Landarbeiterverbandes Contag wurden in den letzten Jahren eine Million Kleinbauern von Grundbesitzern und Agrarkonzernen, denen 78% der landwirtschaftlichen Nutzfläche gehören, von ihren Parzellen vertrieben. Teile der katholischen Kirche setzen sich für das Verteidigungsrecht der Campesinos ein. Am 31. August wurden zwei französische Missionare verhaftet – wegen Anstiftung zur Gewalt gegen Grundbesitzer und Polizei. Dreizehn Bauern befinden sich ebenfalls in Haft. Die brasilianische Regierung hat Truppen und Kampfhubschrauber in das Amazonasgebiet entsandt. Unter Beschuß geraten insbesondere die 1965 gegründeten fortschrittlichen kirchlichen Basisgemeinschaften. Sie schürten in verschiedenen Teilen des Landes Konflikte. „Priester und Nonnen mit sozialistischen Ideen" regten „ohne Billigung der Regierung" eine radikale Landreform an, wobei den örtlichen Behörden oft nichts anderes übrigbleibe, „als die Initiative zu legalisieren", schreibt das *Jornal do Brasil* letzten Sonntag.

VR China verurteilt Überfall Südafrikas auf Angola

chm. Das chinesische Außenministerium hat eine Erklärung veröffentlicht, die die Invasion Südafrikas gegen Angola verurteilt. In der Erklärung heißt es u.a.: „Dieser Akt der südafrikanischen Behörden bildet nicht nur eine offenkundige Aggression gegen Angola ..., sondern zielt auch darauf ab, die afrikanischen Länder und Völker an der Unterstützung des gerechten Kampfes des namibischen Volkes zu hindern und die Unabhängigkeit Namibias zu verhindern ... Wir werden nach wie vor Angola und die anderen Frontstaaten in ihrem gerechten Kampf gegen die bewaffnete Invasion Südafrikas und zum Schutz ihrer Souveränität und territorialen Integrität und das namibische Volk in seinem gerechten Kampf gegen die illegale Okkupation durch Südafrika und für Unabhängigkeit und Frieden entschieden unterstützen." (Peking Rundschau, 8.9.1981)

Annäherung Libyens an die SU

heh. Das provokative Flottenmanöver Reagans im Golf von Syrte, das am 19.8. im Abschuß zweier libyscher Kampfflugzeuge gipfelte, verstärkt die Annäherung Libyens an die UdSSR. Gaddafi, der noch vor einem Jahr die SU-Intervention in Afghanistan verur-

um hat eine Erklärung veröffentlicht, die die Invasion Südafrikas gegen Angola verurteilt. In der Erklärung heißt es u.a.: „Dieser Akt der südafrikanischen Behörden bildet nicht nur eine offenkundige Aggression gegen Angola ..., sondern zielt auch darauf ab, die afrikanischen Länder und Völker an der Unterstützung des gerechten Kampfes des namibischen Volkes zu hindern und die Unabhängigkeit Namibias zu verhindern ... Wir werden nach wie vor Angola und die anderen Frontstaaten in ihrem gerechten Kampf gegen die bewaffnete Invasion Südafrikas und zum Schutz ihrer Souveränität und territorialen Integrität und das namibische Volk in seinem gerechten Kampf gegen die illegale Okkupation durch Südafrika und für Unabhängigkeit und Frieden entschieden unterstützen." (Peking Rundschau, 8.9.1981)

Annäherung Libyens an die SU

heh. Das provokative Flottenmanöver Reagans im Golf von Syrte, das am 19.8. im Abschuß zweier libyscher Kampfflugzeuge gipfelte, verstärkt die Annäherung Libyens an die UdSSR. Gaddafi, der noch vor einem Jahr die SU-Intervention in Afghanistan verurteilte, dringt jetzt auf Abschluß eines Freundschafts- und Verteidigungsabkommens mit der SU und ließ durchblicken, der sowjetischen Mittelmeerflotte die Einrichtung von Treibstoff- und Munitionslagern und anderer logistischer Versorgungseinrichtungen zugestehen zu wollen. Der libysche Botschafter in Rom, der nicht ganz zu Unrecht im geplanten Cruise-Missiles-Depot im südsizilianischen Comiso eine dirkte Bedrohung Libyens sieht (vgl. KVZ Nr. 34, Seite 7), meinte auf einer Pressekonferenz, warum nicht eine entsprechende Basis des Warschauer Pakts auf libyschem Boden eingerichtet werden sollte. Gaddafi erklärte, bei einem neuerlichen (von Reagan für 1982 angekündigten) Angriff der 6. US-Flotte auf den Golf von Syrte würde Libyen nicht nur mit allen Mitteln die 6. Flotte angreifen, sondern auch die NATO-Basen in Sizilien, Kreta, Griechenland und in der Türkei bombardieren. Trotz enger Beziehungen zu Libyen ist Italien aufgrund seiner NATO-Zugehörigkeit nicht in der Lage, das libysche Sicherheitsbedürfnis zu unterstützen.

Demonstration gegen NATO-Manöver in Dänemark

bag.Aarhus. Der Beginn des diesjährigen NATO-Herbstmanövers Amber-Express in Dänemark wurde von zweitägigen Aktionen der dänischen Gewerkschafts- und Friedensbewegung gestört. Unter den Forderungen: Keine Stützpunkte und fremde Truppen, keine Truppen der USA in Dänemark, Nein zur Neutronenbombe und zu Atomwaffen, für Verhandlung, der Norden als atomwaffenfreie Zone, zogen am 15.9. gut 5000 Menschen auf Fahrrädern von Kopenhagen zum Flugplatz Värlöse, wo die militärischen Zeremonien zur Einleitung des Manövers stattfanden. Ein Teil der Demonstranten blieb über Nacht in einem „Friedenslager" am Flugplatz und setzte die Aktionen gegen das Manöver am nächsten Tag fort. 22000 Soldaten werden bei diesem Manöver eingesetzt, davon ca. 13000 aus dem Ausland. Einer der Schwerpunkte der Übung ist der Einsatz ausländischer Truppen in Dänemark, was nach Auffassung der Organisatoren der Demonstration im Widerspruch zur bisherigen Politik der dänischen Regierung steht, keine fremden Truppen auf dänischem Boden in Friedenszeiten zuzulassen.

Botschaft der SU in Kabul mit Raketen beschossen

kvz. Afghanische Freiheitskämpfer haben die in einem Kabuler Vorort gelegene sowjetische Botschaft mit Raketen beschossen. Das war nicht die erste Operation dieser Art, da vorher vor allem Wohnhäuser von russischen Offizieren unter Beschuß genommen worden waren. Der in der letzten Woche von der Karmalregierung erlassene Mobilmachungsbefehl, der die durch Desertionen dezimierte afghanische Armee wieder auffüllen soll, hat große Demonstrationen vor allem in Kabul hervorgerufen, bei denen zwei Studentinnen erschossen worden sind. Dieser Befehl hat auch die Fluchtbewegung aus dem Land verstärkt. – Nach Berichten der frazösischen Zeitung Le Monde ist es den Befreiungskämpfern

am nächsten Tag fort. 22000 Soldaten werden bei diesem Manöver eingesetzt, davon ca. 13000 aus dem Ausland. Einer der Schwerpunkte der Übung ist der Einsatz ausländischer Truppen in Dänemark, was nach Auffassung der Organisatoren der Demonstration im Widerspruch zur bisherigen Politik der dänischen Regierung steht, keine fremden Truppen auf dänischem Boden in Friedenszeiten zuzulassen.

Botschaft der SU in Kabul mit Raketen beschossen

kvz. Afghanische Freiheitskämpfer haben die in einem Kabuler Vorort gelegene sowjetische Botschaft mit Raketen beschossen. Das war nicht die erste Operation dieser Art, da vorher vor allem Wohnhäuser von russischen Offizieren unter Beschuß genommen worden waren. Der in der letzten Woche von der Karmalregierung erlassene Mobilmachungsbefehl, der die durch Desertionen dezimierte afghanische Armee wieder auffüllen soll, hat große Demonstrationen vor allem in Kabul hervorgerufen, bei denen zwei Studentinnen erschossen worden sind. Dieser Befehl hat auch die Fluchtbewegung aus dem Land verstärkt. – Nach Berichten der frazösischen Zeitung Le Monde ist es den Befreiungskämpfern mit internationaler Unterstützung gelungen, eine eigene Rundfunkstation auf afghanischem Territorium zu installieren. Drei Rundfunksender sind bisher angeschafft worden. „Radio Freies Kabul" hat seine Sendungen schon aufgenommen.

Aufmarsch der USA und ihrer Söldner in Zentralamerika

Winteroffensive gegen El Salvador und Nicaragua geplant / Auch Kuba?

chm. Auf ihre verbrecherische Art feiern die USA den zweiten Jahrestag der sandinistischen Revolution in Nicaragua: Marineinfanteristen – ihre Zahl ist angeblich sogar der gutinformierten FAZ unbekannt – sind im August auf einer Insel im Golf von Fonseca, der sowohl an Nicaragua als auch an El Salvador grenzt, gelandet. Die Raketenstellungen, die sie dort aufgebaut haben, decken ganz Zentralamerika ab. In dem honduranisch-salvadorianischen Grenzgebiet sind 21 US-Militärberater seit Anfang September stationiert, 40 Kampfhubschrauber, die gleichen wie in El Salvador, sind gleich mitgeliefert worden. In Honduras allein stehen 12000 nicaraguanische und exilkubanische Söldner und warten auf den Einsatzbefehl gegen Nicaragua. In der Zwischenzeit nehmen sie an den Einsätzen gegen die salvadorianische Befreiungsfront FMLN teil, die in der an Honduras grenzenden nordöstlichen Provinz Morazan ihre wichtigsten Stützpunkte hat. Im Grenzgebiet zwischen Honduras und Nicaragua finden z.Zt. amerikanische Landeübungen statt.

Neuer US-Botschafter im benachbarten Guatemala soll der in El Salvador erprobte Chapin sein. Vor seiner Abreise nach Guatemala hob er die Bedeutung der Ölfunde in der guatemaltekischen Provinz Petén hervor. Guatemala galt lange Zeit als stabilster Stützpunkt der USA – dort gibt es deswegen keine politischen Gefangenen, weil die herrschende Junta, lange bevor dies in El Salvador üblich wurde, keine machte, sondern direkt morden ließ. Aber seit etwa einem Jahr erstarkt dort die Guerillabewegung, Operationen werden in 19 von 20 Provinzen Guatemalas gemeldet.

Die vier im Land operierenden Guerillaorganisationen koordinieren seit 1979 verstärkt ihre Aktionen. Vor allem unter den Landarbeitern, in ihrer Mehrheit Indios, haben sie Unterstützung. Die Bauern selbst sind im CUC organisiert, dem Komitee für die Einheit der Bauern.

Mit Belize deutet sich für die USA ein weiterer Konfliktpunkt zwischen Guatemala und Mexiko an, von dem sie profitieren könnten. Die ehemalige britische Kolonie, die am 21. September unabhängig wird, wird sowohl von Mexiko wie auch von Guatemala beansprucht. Beide Staaten haben schon Truppen im Grenzgebiet massiert. Für die USA wäre es nicht schlecht, die alte Kolonialmacht Großbritannien aus Be-

Abreise nach Guatemala hob er die Bedeutung der Ölfunde in der guatemaltekischen Provinz Petén hervor. Guatemala galt lange Zeit als stabilster Stützpunkt der USA – dort gibt es deswegen keine politischen Gefangenen, weil die herrschende Junta, lange bevor dies in El Salvador üblich wurde, keine machte, sondern direkt morden ließ. Aber seit etwa einem Jahr erstarkt dort die Guerillabewegung, Operationen werden in 19 von 20 Provinzen Guatemalas gemeldet.

Die vier im Land operierenden Guerillaorganisationen koordinieren seit 1979 verstärkt ihre Aktionen. Vor allem unter den Landarbeitern, in ihrer Mehrheit Indios, haben sie Unterstützung. Die Bauern selbst sind im CUC organisiert, dem Komitee für die Einheit der Bauern.

Mit Belize deutet sich für die USA ein weiterer Konfliktpunkt zwischen Guatemala und Mexiko an, von dem sie profitieren könnten. Die ehemalige britische Kolonie, die am 21. September unabhängig wird, wird sowohl von Mexiko wie auch von Guatemala beansprucht. Beide Staaten haben schon Truppen im Grenzgebiet massiert. Für die USA wäre es nicht schlecht, die alte Kolonialmacht Großbritannien aus Be-lize zu vertreiben. Wenn dabei Mexiko und Guatemala in einen Krieg verwickelt würden, um so besser.

Der US-Imperialismus verfolgt mit seinem Aufmarsch in Zentralamerika kurzfristig zwei Ziele: 1. die Zerschlagung der revolutionären Bewegung in El Salvador und die Wiederherstellung einer Regierung der Konterrevolution in Nicaragua. (Die amerikanische Newsweek kolportiert „aus gutinformierten Kreisen" des US-Außenministeriums, daß Reagan als *der* Präsident in die Geschichte der Vereinigten Staaten eingehen wolle, der ,die Insel', gemeint ist Kuba, zurückerobert habe.)

Die zeitliche Planung der USA für die Offensive verläuft parallel: Sie soll in El Salvador im Oktober beginnen und auf Nicaragua ausgedehnt werden. Die Lage für die Junta in El Salvador wird immer prekärer. Will sie die für März angesetzten Wahlen gewinnen, muß sie einen entscheidenden Schlag gegen die FDR und ihren militärischen Arm, die FMLN, landen. Einige politische Parteien, die in der FDR zusammengeschlossen sind, so die Partei des FDR-Präsidenten Ungo, wollen kandidieren. Auch ist es nötig, die internationale Isolierung der Junta, die Hand in Hand mit der Anerkennung der FDR geht, zu beenden. Letzter Ausdruck dieser internationalen Anerkennung ist die gemeinsame Erklärung von Frankreich und Mexiko, die die französische Regierung auch der UN-Vollversammlung vorlegen will.

Mit der Offensive gegen Nicaragua meint die USA einen günstigen Zeitpunkt erwischt zu haben. Zwei Jahre nach der sandinistischen Revolution hat die Regierung in Managua den „wirtschaftlichen und sozialen Notstand" für die Dauer eines Jahres erklärt. Ein wichtiges Ziel dabei ist die Eindämmung der Kapitalflucht – bisher 600 Mio $, die die nicaraguanische Bourgeoisie in dem sicheren Schutz der US-Regierung nach Miami abtransportiert hat, ein Aderlaß, den Nicaragua nicht verkraften kann, zumal es auch unter fallenden Exportpreisen für sein Hauptprodukt Kaffee zu leiden hat. Nicht zu vergessen: Eine der ersten Maßnahmen der Reaganregierung war die Stornierung von 75 Mio $, die an die Regierung von Nicaragua zugesagt waren.

Über die Trainingslager der ehemaligen Nationalgardisten Somozas in Kalifornien ist schon häufiger berichtet worden. Bewaffnet werden sie von den USA, Großbritannien und Israel. Ihr Anführer, Maleano, Somozas Nachfolger für 43 Tage, erklärte, daß sie sich auch auf den Tag X im Winter vorbereiteten.



Anzeige:

Beim GUATEMALA-KOMITEE Münster können verschiedne Dia-Serien incl. ausführlichem Text bestellt werden. Zwei allgemeine Serien geben einen sehr detaillierten, bzw. recht ausführlichen Überblick über Guatemala insgesamt: Geographie, Geschichte, Wirtschaft, Arbeits- und Lebensbedingungen, politische Situation, Unterdrückung und Volkswiderstand, während die 3. Serie sich insbesondere der Indios und ihrer speziellen gesellschaftlichen Rolle annimmt.



Abladen von neugelieferten US-Hubschraubern in San Salvador

„Weltanschauung und philosophische Überzeugung kann man nicht anschuldigen"

Die Anklage beschuldigt uns nicht aufgrund unserer Absichten, Politik und Aktivitäten. Sie bringt als Beweis unserer Schuld unsere philosophische Überzeugung, Weltanschauung und die Art und Weise unserer Betrachtung.

Der §141 sieht nicht vor, denjenigen die Bildung von Vereinigungen bei Strafe zu verbieten, die eine bestimmte Weltanschauung und eine bestimmte Art und Weise der Betrachtung der Dinge haben.

Jeder muß wissen, was seine Aufgabe ist. Die Aufgabe eines Staatsanwaltes ist es nicht, zu erforschen, aus welcher Weltanschauung heraus oder aus welchem Blickwinkel die Menschen die Welt betrachten.

§19 unserer Verfassung sagt aus, daß „jeder ... die Freiheit der Überzeugung genießt" und §12 schreibt vor, daß nicht nach „philosophischen Glauben unterschieden" werden darf.

Die Menschenrechtskonvention, die die Türkei mitunterzeichnet und die die Große Nationalversammlung der Türkei bestätigt hat, untersagt Verurteilungen aufgrund von philosophischen Überzeugungen und Weltanschauungen. (...)

Wir wollen noch einige Beispiele dafür aufführen, wie die Staatsanwälte die Betrachtungsweise der Dinge, die Weltanschauung oder die Verwendung bestimmter Terminologien als Vergehen ansehen:

– „Die National-demokratische Revolution stellt den Marxismus dar" (Anklageschrift S. 79)
– „Die Demokratische Volksmacht ist eine marxistische Einrichtung und ein marxistischer Begriff" (Anklageschrift, S. 57)
– „Die Unterscheidung zwischen unterdrückten und unterdrückenden

Aus der Vernehmung des Vorsitzenden der TIKP Dogu Perinçek

Nationen ist von Lenin" (Anklageschrift, S. 56)
– „Die Drei-Welten-Theorie ist von Mao" (Anklageschrift, S. 55). (...)

Wenn man sich die Einstellung der Anschuldigung von wissenschaftlicher Betrachtungsweise und Terminologie zu eigen macht, wird das Recht beiseitegeschoben und die Sache ist nicht mehr vernünftig darzulegen. Mit dieser Einstellung ist es möglich, jeden anzuschuldigen. (...)

Es ist beschämend, im 20. Jahrhundert Menschen wegen der wissenschaftlichen Terminologie, die sie verwenden, einzusperren.

Die Staatsanwälte haben mit der Einteilung „Leute, die eine bestimmte Weltanschauung vertreten, sind verdächtig, sie müssen gezeichnet werden" diese Anklageschrift vorbereitet. Klar ausgedrückt, sind wir für sie, weil wir *verdächtig* und *gezeichnet* sind, auch schuldig! Es ist unanständig, daß gegen eine bestimmte Weltanschauung und eine philosophische Überzeugung prozessiert wird. Es ist sogar mehr als unanständig, Menschen aufgrund von Vermutungen in bezug auf ihre Weltanschauungen anzuschuldigen. (...)

Unsere Partei legt großen Wert darauf, spezifische Umstände und die Wirklichkeit der Türkei zu begreifen und entsprechende originelle und kreative Ansichten und Meinungen zu entwickeln.

Im Grunde wäre es auch falsch, den wissenschaftlichen Sozialismus anders zu begreifen und anzuwenden. Das ist unsere Meinung. Deswegen ist es völlig überflüssig, für unseren Prozeß philosophische Wörterbücher hinzuzuziehen oder den Prozeß mittels Verdacht und Annahmen zu führen, wie es die Staatsanwälte machen.

Die Gedanken zu verheimlichen, ist für uns die größte Entwürdigung. Revolutionäre verheimlichen nie ihre Ideen. Wir haben alles, was wir gedacht haben, offen und klar gesagt und niedergeschrieben. Das, was wir zu sagen haben, zu tarnen oder das Gegenteil von dem, was wir denken, zu sagen, begreifen wir als Ehrlosigkeit. Außerdem schrecken wir auch nicht vor der Darlegung der Wirklichkeit zurück, weil das womöglich der schönen Geliebten abträglich wäre. Deswegen ist es in diesem Prozeß sehr leicht, zu einem Urteil zu kommen. Es hat keinen Sinn, den Haken in der Sache zu suchen.

Unsere Forderung an das Gericht ist folgende: Führen Sie den Prozeß gegen uns auf Grund unserer Absichten, Politik und Praxis. (...)

Das Islamische Regime ist noch nicht reif

Religiöser Nebel und ausgeklügeltes System der Bestechung halten Khomeiny im Sattel / Der Widerstand ist uneins

han. ,,Die jüngsten Ereignisse seien ein Beweis für den Beginn einer neuen Phase des Kampfes. Am 9. September hätten die Volksmudschahedin gezeigt, daß sie ,in der Lage seien, für den Sturz des Khomeini-Regimes auch auf den Straßen zu demonstrieren'. Die Aktion sei der Anfang einer Begräbniszeremonie' für die reaktionäre Herrschaft des Revolutionsführers.'' So schrieb die FAZ am 12.9., ein Kommuniqué der Volksmoudjahedin zitierend.

Am 9. September war es in Teheran im Zusammenhang mit einer von den Moudjahedin organisierten Demonstration zu Straßenkämpfen gekommen, in deren Verlauf es mehrere Tote und auch Verhaftungen gab. Was daran ,,den Beginn einer neuen Phase'' ausmacht, und warum die der Anfang vom Ende des Khomeiny-Regimes sein soll, bleibt unklar: daß eine Organisation, die fast nach Belieben wichtigste Personen des Regimes auf direktem Wege in den Himmel befördern kann, auch Straßendemonstrationen zu organisieren in der Lage ist, erscheint nicht gerade sensationell.

Tatsächlich sind die politischen Kräfte, die gegen die neue Diktatur in Iran kämpfen, von einer Einheit noch weit entfernt.

Natürlich steht die Terrorkampagne, die die Moudjahedin als Antwort auf den Terror des Regimes entfacht haben, gegenwärtig im Zentrum der Aufmerksamkeit, sowohl im Iran, als auch im Ausland. In der Tat verdienen diese mit Mut, Einfallsreichtum und größter Präzision durchgeführten Anschläge, die übrigens weit zahlreicher sind, als es die hiesigen Nachrichten vermuten lassen, Hochachtung angesichts der brutalen Unterdrückung durch das Regime. Personen jedoch sind austauschbar und an der Universität von Qom gibt es tausende kleine Radjais, Bahonars usw.

Ein großes Problem scheint mir zu sein, daß selbst die Absetzung Bani Sadrs und die Errichtung der offenen Diktatur von den politischen Organisationen nicht zum Anlaß genommen wurde, in eine Auseinandersetzung über Programm und Taktik der Widerstandsbewegung einzutreten. Denn die meisten Organisationen und Kräfte, die heute das Khomeiny-Regime bekämpfen, waren früher (wenn auch in unterschiedlichem Maße) mit ihm verbündet; um eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation im Iran und wie es dazu kommen konnte, wird man schwerlich herumkommen.

Die Meinung unter den iranischen Massen ist gespalten

In gewisser Weise war die Atmosphäre bei der Beisetzung Radjais und Bahonars vor zwei Wochen symbolisch für die gegenwärtige Stimmung unter den

Präzision durchgeführten Anschläge, die übrigens weit zahlreicher sind, als es die hiesigen Nachrichten vermuten lassen, Hochachtung angesichts der brutalen Unterdrückung durch das Regime. Personen jedoch sind austauschbar und an der Universität von Qom gibt es tausende kleine Radjais, Bahonars usw.

Ein großes Problem scheint mir zu sein, daß selbst die Absetzung Bani Sadrs und die Errichtung der offenen Diktatur von den politischen Organisationen nicht zum Anlaß genommen wurde, in eine Auseinandersetzung über Programm und Taktik der Widerstandsbewegung einzutreten. Denn die meisten Organisationen und Kräfte, die heute das Khomeiny-Regime bekämpfen, waren früher (wenn auch in unterschiedlichem Maße) mit ihm verbündet; um eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation im Iran und wie es dazu kommen konnte, wird man schwerlich herumkommen.

Die Meinung unter den iranischen Massen ist gespalten

In gewisser Weise war die Atmosphäre bei der Beisetzung Radjais und Bahonars vor zwei Wochen symbolisch für die gegenwärtige Stimmung unter den

iranischen Massen: trauernde Menschen vorwiegend aus den südlichen Stadtteilen Teherans und den umliegenden Dörfern, normales Leben und klammheimliche Freude meist in den nördlichen Stadtbezirken. Warum viele Menschen mittlerweile gegen die Islamische Republik sind, scheint dem Betrachter hier aufgrund der täglichen Meldungen über Unterdrückung und Hinrichtungen einleuchtend. Darüber, warum noch zahlreiche Menschen hinter den Regime stehen und wie viele überhaupt, herrscht Unklarheit, aber auch Meinungsverschiedenheit. Wenn man z.B. von den 14 Millionen Stimmen ausgeht, die Radjai bei den letzten Präsidentschaftswahlen erhalten haben soll, ist das eindeutig zu hoch gegriffen. Dies war für das Regime ein Mußergebnis, denn der zuvor abgesetzte Bani Sadr hatte 11 Millionen Stimmen bekommen und daß *mußte* überboten werden. Wege, das Ergebnis zu manipulieren, gibt es viele. Kürzlich berichtete ein gerade aus Teheran zurückgekehrter Iraner, daß seinem Vater, einem Lebensmittelhändler, nach der Stimmabgabe bei der letzten Präsidentschaftswahl ein Vermerk darüber in den Paß eingetragen wurde. Diesen Paß braucht er z.B. auch, um über das Revolutionskomitee Waren für sein Geschäft beziehen zu können.

Eine weitere Methode ist gerade uns aus der Geschichte noch bekannt: das Blockwartsystem. Überall, wo ein oder mehrere ,Hezbollahis' (Anhänger der IRP) wohnen, sind sie lt. Anweisung Khomeinys verpflichtet, die ,Konterrevolutionäre' bis in deren Wohnungen hinein zu kontrollieren. Wer einen solchen ,Mann Gottes' in seinem Hause wohnen hat, wird kaum umhin können, zum Wahllokal zu gehen. Tut er es nicht, setzt ein feines System von Bespitzelung und Schikane ein. Auf dem Lande, wo die Bastionen des Regimes ohnehin noch fester stehen, ist diese Art von Kontrolle wohl überflüssig – der Geistliche sagt in der Freitagspredigt genau, was ein ordentlicher Knecht Gottes zu wählen hat, und damit's keiner vergißt, kann man gleich im Anschluß an das Gebet wählen gehen. In gewisser Weise wird die Landbevölkerung vom Regime als Reserve benutzt, die immer dann in die Städte geholt wird, wenn gezeigt werden soll, wie geschlossen das Volk hinter der Regierung steht. An solchen Tagen ist es in Teheran z.B. zwecklos, auf einen Bus zu warten. Alle städtischen Busse sind im Einsatz, die Dorfbewohner in die Stadt und wieder zurückzukarren.

Das Regime lockt auch mit materiellen Vorteilen

Neben diesem Druck, der ziemlich ungeniert ausgeübt wird und dem man ja auch schwer entgehen kann (Ausreisegenehmigungen werden, von Ausnahmen abgesehen, nicht erteilt), wirkt jedoch auch der materielle Nutzen, den man haben kann, wenn es einem gelingt, einen Posten zu bekommen. Pasdar (Revolutionswächter) zu werden, ist bei den astronomischen Arbeitslosenzahlen ein lukratives Ziel. Mit dem Lohn von 4000 Tuman kann man eine Familie ernähren. Einen Posten in der Verwaltung kann eigentlich nur erhalten, wer Mitlgied der IRP ist oder von ihr empfohlen wird. Seitdem der Außenhandel fast völlig verstaatlicht ist, die meisten Grundnahrungsmittel rationiert und nur mit Bezugsscheinen zu bekommen sind, spielen die Revolutionskomitees und die Räte in den Stadtbezirken eine wichtige Rolle bei der Verteilung der Waren. Seitdem existiert auch ein umfangreicher Schwarzmarkt. Die Revolutionskomitees, die weitgehend exekutive Funktionen ausüben, obwohl sie in der Verfassung gar nicht vorgesehen sind, befinden sich voll in der Hand der IRP und als Mitglied oder Angestellter eines solchen Komitees kommt man leichter in den Genuß eines Extra-Kilos Reis, Zucker, Mehl usw. Freunde, die kürzlich Iran besuchten, berichteten, daß es eigentlich nichts gibt, was man bei solchen Leuten von den Komitees nicht kaufen könne (sogar Whisky und andere Alkoholika) – alles zu knallharten Preisen natürlich. Unter dieser Art Handelspolitik, und es hat schon den Anschein als handele es sich um eine Politik des Regimes und nicht um eine aus dem Chaos geborene Notlösung, leiden sowohl die tratitionellen Basarhändler als auch viele der übrigen Händler, was deren zunehmende Opposition gegen die Islamische Republik erklärt.

Es soll hier nicht behauptet werden, daß es sich nur um einen Fall von Bestechung handelt, wenn das Regime Khomeinys von bedeutenden Teilen der Iraner unterstützt wird, aber dieses skizzierte System des materiellen Vorteils für viele, die das Regime unterstützten, existiert und entfaltet seine Wirkung. Anders als durch solche Methoden könnte das Regime seine Anhängerschaft, die zum größten Teil aus den Mostazafin der Städte und Bauern besteht, wahrscheinlich gar nicht bei der Stange halten, ist doch die wirtschaftliche Lage Irans zweieinhalb Jahre nach der Revolution ziemlich hoffnungslos.

Etwas anders verhält es sich mit der Unterstützung großer Teile der Landbevölkerung für die Islamische Republik. Immerhin haben die meisten nach dem Sturz des Schah-Regimes ein Stück Land erhalten, sei es durch Enteignung von Großgrundbesitz, sei es durch Besetzung. Der Landhunger der Bauern und ehemaligen Pächter ist damit fürs erste gestillt und die zersplitterte Kleinproduktion reicht zur Ernährung der Familie aus. Nicht ausreichend jedoch ist sie zur Versorgung der Städte; so müssen Reis, Getreide, Fleisch usw. in großen Mengen eingeführt werden.

Das hervorstechende Element der Verbindung zwischen Massen und Führung der Islamischen Republik bildet nach wie vor der schiitische Islam. Wesentlicher Bestandteil des Schiismus ist der weltliche und religiöse Führungsauftrag (Imamat) und die Führungsbefugnis eines ,gerechten islamischen Schriftgelehrten'. Der Imam (gegenwärtig Khomeiny) erscheint praktisch als der ,Stellvertreter' des ,verschwundenen 12. Imams', der nach schiitischen Vorstellungen als Messias in die Welt zurückkehren wird, um sie zu erlösen. Diese religiösen Dogmen, im Volk tief verwurzelt und verfassungsmäßig verankert, geben in der Vorstellung vieler Iraner dem gegenwärtigen Regime den Status einer gottgewollten Herrschaft. Daneben darf man nicht vergessen, daß die IRP und Khomeiny nach wie vor den Nimbus der Zertrümmerer des verhaßten Schah-Regimes genießen, und von diesem Nimbus werden sie noch für einige Zeit zehren können, zumindest bei den Teilen der Massen, denen es jetzt auch nicht elender geht als unter dem Schah. Die Opposition um die Moudjahedin und Bani Sadr hat es m.E. nach auch deshalb nicht leicht, weil sie von islamischen Grundsätzen aus praktisch gegen die ,offiziellen Autoritäten' zu Felde ziehen müssen und dabei leicht in den Geruch des ,Ketzertums' kommen.

Die Frage, wie lange sich das gegenwärtige Regime in Iran noch halten kann, ist wirklich schwer zu beantworten. Daß es sich bei den gegenwärtigen Kämpfen um den ,Anfang einer Begräbniszeremonie' handelt, kann bezweifelt werden.

,,Der Geist der Solidarität ist unteilbar'' (F. Mitterrand)

Eine neue französische Außenpolitik?

cof. Welche Rolle wird Mitterrands Frankreich in Afrika spielen? Tritt der Gendarm zurück? – Bange Fragen im bürgerlichen Blätterwald. Dahinter steckt die Sorge, eine Abkehr von der Politik, die ,,Giscard, der Afrikaner'' in den Fußstapfen seiner Vorgänger de Gaulle und Pompidou verfolgte, könne zur Destabilisierung auf dem afrikanischen Kontinent führen, sprich: die bislang durch militärische Präsenz und Eingreifbereitschaft Frankreichs ,,beschützten'' Staaten der sowjetischen Infiltration ausliefern, wobei Hinweise auf Libyens Gaddafi oder kubanische Söldner nie fehlen.

Ohne Zweifel: Die neue französische Regierung hat ein kompliziertes Erbe angetreten. Da sind nicht nur die immer noch spürbaren Folgen des Alge-

men. Frankreich bezieht einen großen Teil wichtiger Rohstoffe aus den ehemaligen Kolonien, die auch als Absatzmärkte eine Rolle spielen. Der überwiegende Teil der französischen Entwicklungshilfe fließt hierhin (60%), und die Währung von neun afrikanischen Ländern ist an den Franc gekoppelt.

Während sich nun ein Günter Krabbe von der Frankfurter Allgemeinen um die Preisgabe dieser ,,Gleichgewichtigkeit zwischen militärischer und wirtschaftlicher Kooperation'', wie er diese eher neo-kolonialistische Abhängigkeit nennt, sorgt, sehen andere Beobachter zwar neue Formen, aber keine Änderungen in den Grundlinien ,,sozialistischer Außenpolitik'' im Vergleich zu der einer Giscard-Regierung. Wieder andere stellen eine ,,Akzent-

schon etwas abgeschwächt: ,,Frankreich wird sich um eine vorbildliche Haltung bemühen, um den Weg aufzuzeigen, der zur Achtung der grundlegenden Prinzipien des internationalen Lebens führt. Es wird mit Bestimmtheit das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit, die Souveränität und die Sicherheit der Staaten sowie das Recht auf Entwicklung unterstreichen.'' Ausdrücklich erwähnt werden: das Selbstbestimmungsrecht Afghanistans; daß Polen seine Probleme selbst lösen muß, ohne jede fremde Einmischung; daß eine ausgehandelte Lösung im Nahen Osten die legitimen Interessen aller Staaten der Region, darunter Israels, und ihr Recht, in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben, berücksichtigen und den Palästinensern das wirkliche Recht

wie z.B. vom Rheinischen Merkur befürchtet, aus der gemeinsamen Front der westlichen Länder ausgeschert zugunsten einer Akzeptierung der Kubaner und Russen in Angola, sondern hat sich – aus formalen Gründen – in der UNO der Stimme enthalten. Unterstützung findet aber das von der OAU vorgeschlagene Referendum in der Westsahara, und bevor Außenminister Cheysson mit dem marokkanischen König Hassan II. zusammentraf, hatte er in Algier eine Delegation der Polisario empfangen.

Leichte Schatten überdecken nach wie vor die französisch-algerischen Beziehungen – trotz des Lobes der freundschaftlichen Verbundenheit. Die in Algier versprochenen Verbesserungen der Rechte der ausländischen Arbeiter in Frankreich wurden, zumin-

ist bei den astronomischen Arbeitslosenzahlen ein lukratives Ziel. Mit dem

händler als auch viele der übrigen Händler, was deren zunehmende Op-

Fleisch usw. in großen Mengen eingeführt werden.

gräbniszeremonie' handelt, kann bezweifelt werden.

,,Der Geist der Solidarität ist unteilbar'' (F. Mitterrand)

Eine neue französische Außenpolitik?

cof. Welche Rolle wird Mitterrands Frankreich in Afrika spielen? Tritt der Gendarm zurück? – Bange Fragen im bürgerlichen Blätterwald. Dahinter steckt die Sorge, eine Abkehr von der Politik, die ,,Giscard, der Afrikaner'' in den Fußstapfen seiner Vorgänger de Gaulle und Pompidou verfolgte, könne zur Destabilisierung auf dem afrikanischen Kontinent führen, sprich: die bislang durch militärische Präsenz und Eingreifbereitschaft Frankreichs ,,beschützten'' Staaten der sowjetischen Infiltration ausliefern, wobei Hinweise auf Libyens Gaddafi oder kubanische Söldner nie fehlen.

Ohne Zweifel: Die neue französische Regierung hat ein kompliziertes Erbe angetreten. Da sind nicht nur die immer noch spürbaren Folgen des Algerienkrieges, der weit über eine Million Algerier das Leben kostete und der mit ungefähr ebensovielen aus der ehemaligen Kolonie zurückgekehrten Franzosen, den pieds-noirs (Schwarzfüßen) auf der einen und fast 900000 algerischen Arbeitern, davon ein großer Teil illegal, auf der anderen Seite auch die französische Innenpolitik vor einige Probleme stellt. Schwerer noch wiegt das enge Geflecht von Militärhilfeabkommen und Beistandspakten mit über 20 Staaten im französich-sprechenden Afrika (einschließlich ehemals belgischer Kolonialgebiete) sowie die Stationierung von etwa 6 – 7000 Angehörigen der französischen Streitkräfte – vor 2 Jahren waren es sogar runde 14000. Eine Politik, die vor militärischen Interventionen französischer Truppen und Fremdenlegionäre nicht zurückschreckte – so 1978 in der Provinz Shaba der Republik Zaire, in Mauretanien gegen die Frente Polisario, im Tschad und im folgenden Jahr in Tunesien und in der Zentralafrikanischen Republik – entsprach nicht zuletzt den Interessen der USA an einer Arbeitsteilung in der westlichen Vorherrschaft. So beschreibt der frühere US-Außenminister Kissinger die Außenpolitik des ,,großartigen und fähigen'' Giscard d'Estaing als ernsthaft und konsequent, stetiger und vernünftiger als die Politik der USA, ,,wenn auch ihre Taktiken gelegentlich entnervend waren''.

Schließlich leben heute noch ca. 300000 Franzosen in diesen Ländern, 20000 bekleiden direkt verschiedenste Posten in der Verwaltung bis hin zu den höchsten Kommandostellen, 50000 stellen die kaufmännischen und technischen Kader französischer Firmen. Frankreich bezieht einen großen Teil wichtiger Rohstoffe aus den ehemaligen Kolonien, die auch als Absatzmärkte eine Rolle spielen. Der überwiegende Teil der französischen Entwicklungshilfe fließt hierhin (60%), und die Währung von neun afrikanischen Ländern ist an den Franc gekoppelt.

Während sich nun ein Günter Krabbe von der Frankfurter Allgemeinen um die Preisgabe dieser ,,Gleichgewichtigkeit zwischen militärischer und wirtschaftlicher Kooperation'', wie er diese eher neo-kolonialistische Abhängigkeit nennt, sorgt, sehen andere Beobachter zwar neue Formen, aber keine Änderungen in den Grundlinien ,,sozialistischer Außenpolitik'' im Vergleich zu der einer Giscard-Regierung. Wieder andere stellen eine ,,Akzentverschiebung zugunsten der Dritten Welt'' fest. Wie erklären sich diese Widersprüche? Schlicht aus den Absichtserklärungen vor und nach dem Regierungsantritt der Parti Socialiste einerseits und den vagen Resultaten der gleichwohl ausgedehnten Reisen und Sondierungsgespräche der zuständigen Minister andererseits. Über eine gewisse Kluft täuschen auch leidenschaftliche Appelle Mitterrands an den ,,Geist internationaler Verantwortung'' auf der UN-Konferenz der am wenigsten entwickelten Länder, die gerade in Paris zu Ende ging, nicht hinweg.

Was man sehen kann, ist erstmal das ,,Sozialistische Projekt'', Parteiprogramm für ,,das Frankreich der 80er Jahre''. ,,Unser Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit beruht auf der Solidarität der ausgebeuteten Klassen und auf der Suche nach Frieden ... Solidarisch mit den sozialen Kämpfen in Europa und den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt, liegt die Priorität des Sozialistischen Projekts auf dem Kampf für die Menschenrechte und der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung ... Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn die Polarisierung der Welt in die beiden Blöcke überwunden wird ... Sicher kann die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts, indem es den Status quo und manchmal auch ein zerbrechliches Gleichgewicht infrage stellt, neue Probleme aufwerfen. Frankreich wird sich um ihre Lösung bemühen. Das saharauische Volk wie das Volk von Eritrea, das Volk von Palästina wie das kurdische Volk haben, neben anderen, ein Existenzrecht ...'', heißt es dort. In der Regierungserklärung von Premier Mauroy findet sich diese Position schon etwas abgeschwächt: ,,Frankreich wird sich um eine vorbildliche Haltung bemühen, um den Weg aufzuzeigen, der zur Achtung der grundlegenden Prinzipien des internationalen Lebens führt. Es wird mit Bestimmtheit das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit, die Souveränität und die Sicherheit der Staaten sowie das Recht auf Entwicklung unterstreichen.'' Ausdrücklich erwähnt werden: das Selbstbestimmungsrecht Afghanistans; daß Polen seine Probleme selbst lösen muß, ohne jede fremde Einmischung; daß eine ausgehandelte Lösung im Nahen Osten die legitimen Interessen aller Staaten der Region, darunter Israels, und ihr Recht, in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben, berücksichtigen und den Palästinensern das wirkliche Recht auf eine Heimat zuerkennen muß.

Zweideutig bleiben die Ausführungen von Außenminister Cheysson auf die Frage von *Le Monde* über seine Afrikapolitik: ,,Afrika ist der Kontinent, der uns am nächsten ist – geographisch, sprachlich, kulturell. Also eine Loslösung – nein, sicherlich nicht! Aber Afrika besteht nicht nur aus Ländern, mit denen Frankreich privilegierte Beziehungen unterhält – die natürlich aufrechterhalten werden ...'' Befragt, ob er von vornherein jede militärische Intervention ausschließe, antwortet der Minister im Mai d.J.: ,,Nochmals: Wir sind durch die eingegangenen Verpflichtungen gebunden. Wenn also morgen etwas geschähe, würden wir unsere Verpflichtungen einhalten, das ist klar. Ist allerdings die Wahrung der Sicherheit, der Entwicklung in den Ländern, die an uns gebunden sind, durch die gewählten Konzeptionen auf die bestmögliche Weise gesichert? Ich bitte um etwas Zeit zum Nachdenken, um mich darüber zu äußern.''

Inzwischen ist *einiges* geschehen – wie *handelt* die Regierung? Angekündigt wird, beispielsweise gegenüber Gabun, ein neues Abkommen über die Truppenstationierung, das den Einsatz der Franzosen auf die Abwehr von Bedrohungen der äußeren Sicherheit beschränken soll. Beim undurchsichtigen Militärputsch in der Zentralafrikanischen Republik, der den von Frankreich vor zwei Jahren anstelle des Kaisers Bokassa eingesetzten Präsidenten Dacko absetzte, blieben die rd. 4500 französischen Soldaten in den Kasernen. Doch die Staatskasse wird weiterhin von Frankreich aufgefüllt. In der Namibia-Frage ist Frankreich nicht, wie z.B. vom Rheinischen Merkur befürchtet, aus der gemeinsamen Front der westlichen Länder ausgeschert zugunsten einer Akzeptierung der Kubaner und Russen in Angola, sondern hat sich – aus formalen Gründen – in der UNO der Stimme enthalten. Unterstützung findet aber das von der OAU vorgeschlagene Referendum in der Westsahara, und bevor Außenminister Cheysson mit dem marokkanischen König Hassan II. zusammentraf, hatte er in Algier eine Delegation der Polisario empfangen.

Leichte Schatten überdecken nach wie vor die französisch-algerischen Beziehungen – trotz des Lobes der freundschaftlichen Verbundenheit. Die in Algier versprochenen Verbesserungen der Rechte der ausländischen Arbeiter in Frankreich wurden, zumindest was das Wahlrecht betrifft, in Paris zurückgenommen. Ausländer sollen nun doch nicht schon bei den Kommunalwahlen 1983 wählen dürfen. Die Frage des Preises für algerisches Erdgas, der von seiten Algeriens an den Erdölpreis gebundenen werden soll, blieb offen. Differenzen auch über den Nahen Osten: Cheysson sieht in dem Camp-David-Abkommen einen Fortschritt, was von den arabischen Ländern nicht geteilt wird. Frankreich erkennt die PLO nur als ,,eine'', nicht als ,,die'' legitime Vertretung des palästinensischen Volkes an, was auch nach dem Treffen Cheyssons mit Arafat nicht korrigiert wurde.

Eine verbindliche, wenn auch langfristige, Zusage gibt es allerdings im Hinblick auf die Entwicklungshilfe. 0,15% des Bruttosozialprodukts will Frankreich bis 1985 den am wenigsten entwickelten Ländern zur Verfügung stellen; bis 1988 soll das Entwicklungshilfebudget das von der UNO geforderte Volumen von 0,7% erreicht haben – damit will man zugleich in der EG ein Zeichen setzen. ,,Die Unterstützung einer Entwicklung, die die gesamte Dritte Welt einschließt, erscheint mir als Schlüssel unserer gemeinsamen Entwicklung. Sie ist eine Notwendigkeit für uns. Der Dritten Welt zu helfen, heißt, sich selbst zu helfen, um aus der Krise herauszukommen'', hat Mitterrand auf der UN-Konferenz in Paris erklärt. Schöne Worte für einen aufgewärmten Neokolonialismus? Ich meine, das muß es keineswegs heißen. Man wird die Außenpolitik der sozialistischen Regierung – bis jetzt weder Fisch noch Vogel – eben an ihren konkreten Schritten messen müssen.

Ok Tedi: Was bleibt, wenn das Kupfer weg ist?

Probleme der Entwicklungsstrategie in der Dritten Welt
Das papuanische Bergbauprojekt


Kupfertagebergbau von Bougainville


Kokosnuß und Kokosnußprodukte sind nach dem Kupfererz die wichtigsten Exportartikel Papua-Neuguineas

mat. Für die Bundesrepublik Deutschland ist Ok Tedi nur ein weiteres Element in der Strategie der Rohstoffsicherung für die späten achtziger Jahr. Für Papua-Neuguinea ist es heute schon das größte Bauprojekt des Landes. Wenn Ok Tedi fertig ist, wird es zu einem Eckpfeiler des Staatshaushalts werden. Für die BRD liegt der Vorteil auf der Hand: Nachdem westdeutsche Kapitalisten ein Jahrzehnt lang zu den Hauptabnehmern des Kupfers aus Bougainville, einem der größten Tagebaubetriebe der Erde, gehörten, sind sie jetzt zu 20% Eigentümer von Papua-Neuguineas zweitem großen Tagebauprojekt. Dieser Artikel will versuchen darzustellen, wie sich das Projekt Ok Tedi aus dem Blickwinkel eines armen Landes der Dritten Welt darstellt. Ok Tedi steht dabei beispielhaft für eine Strategie, deren Probleme sich in allen Ländern der Dritten Welt stellen, die versuchen, ihren Reichtum an Mineralien für den Aufbau des Landes nutzbar zu machen.

Diese Strategie existiert in mannigfaltigen Variationen. Im günstigsten Fall, der nicht der häufigste ist, läßt sie sich so beschreiben: Stärkung des landwirtschaftlichen Sektors zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung und Reduzierung der Importe, darauf aufbauend Entwicklung einer Klein- und Mittelindustrie; Schaffung der dafür notwendigen Mittel durch Verkauf von Rohstoffen, Erschließung der Rohstoffe durch ausländisches Kapital, weil die nationalen Mittel und der Stand der Technik im Land eine andere Lösung nicht zulassen.

Ok Tedi ist ein ausgedehntes Kupfer- und Goldvorkommen im zentralen Bergland im Westen des Landes am Oberlauf des Fly River, der strecken-

will versuchen darzustellen, wie sich das Projekt Ok Tedi aus dem Blickwinkel eines armen Landes der Dritten Welt darstellt. Ok Tedi steht dabei beispielhaft für eine Strategie, deren Probleme sich in allen Ländern der Dritten Welt stellen, die versuchen, ihren Reichtum an Mineralien für den Aufbau des Landes nutzbar zu machen.

Diese Strategie existiert in mannigfaltigen Variationen. Im günstigsten Fall, der nicht der häufigste ist, läßt sie sich so beschreiben: Stärkung des landwirtschaftlichen Sektors zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung und Reduzierung der Importe, darauf aufbauend Entwicklung einer Klein- und Mittelindustrie; Schaffung der dafür notwendigen Mittel durch Verkauf von Rohstoffen, Erschließung der Rohstoffe durch ausländisches Kapital, weil die nationalen Mittel und der Stand der Technik im Land eine andere Lösung nicht zulassen.

Ok Tedi ist ein ausgedehntes Kupfer- und Goldvorkommen im zentralen Bergland im Westen des Landes am Oberlauf des Fly River, der strecken-

weise die Grenze zu Indonesiens östlichster Provinz West-Irian bildet. Straßen gibt es dort kaum, und die wenigen, die es gibt, sind nur mit dem Jeep zu befahren, und auch das meist nur in der Trockenzeit. Das Projekt Ok Tedi umfaßt die Erschließung der Vorkommen einschließlich Straßenbau, streckenweiser Schiffbarmachung des Fly River und Anlage eines Exporthafens. Für den Bau der neuen Bergarbeiterstadt mit allen notwendigen Dienstleistungs-Einrichtungen ist das Ok-Tedi-Konsortium zuständig. Die in zwei weiteren Städten erforderlichen zusätzlichen Einrichtungen müssen von der Regierung geschaffen werden. Der Vertrag, der dem Projekt zugrunde liegt, hat weitgehende Ähnlichkeit mit dem Abkommen, das zur Gründung von Bougainville Copper führte. Papua-Neuguineas Einnahmen aus Kupfer- und Goldabbau in Bougainville beliefen sich 1980 auf 154 Mio. australische Dollar oder 20% des Staatshaushalts. Ein Blick auf Bougainville ist deshalb lehrreich für die Beurteilung von Ok Tedis Zukunft.

Erfahrungen aus Bougainville

1964 hatte Conzinc Riotinto of Australia (CRA), Tochter der britischen Riotinto Zinc (RTZ), mit der Suche nach Kupfer begonnen; 1972 begann die Produktion. Papua-Neuguinea wurde damals noch von Australien verwaltet. Nachdem das Abkommen mit CRA 1974 in Vorbereitung der nationalen Unabhängigkeit neu verhandelt worden war, hält CRA heute 53,6%, die Regierung hält 20,2%, weitere 26,2% sind „Streubesitz" meist australischer Gesellschaften. 4200 Arbeiter und Angestellte sind in Bougainville beschäftigt, 3450 davon Papuaner. Weitere 600 der 12700 Einwohner der nahen Stadt Arawa sind im öffentlichen Dienst beschäftigt. Die Lebensdauer des Bergwerks wird auf weitere 20 Jahre geschätzt, doch ist CRA im Besitz weiterer sieben Prospektionslizenzen in der Umgebung, die noch nicht wahrgenommen worden sind.

Der Nettogewinn von Bougainville Copper für 1979 betrug 83,9 Mio. Kina (1 Kina = 100 Toea = 3,4 DM nach gegenwärtigem Stand). Gesunkene Weltmarktpreise, abnehmender Metallanteil im Erz und eine Aufwertung des Kina ergaben 1980 einen Nettogewinn von nur 71,5 Mio. Kina, bei erhöhter Produktion. 90% davon wurden als Dividende ausgezahlt, 8 Toea je 1-Kina-Aktie, dazu weitere 4 Toea aus dem Gewinn des Vorjahres, wo die Dividende bereits 30 Toea je Aktie betragen hatte. Wie man sieht, erhalten die Imperialisten nicht nur Rohstoffe, sie ma-

Kina ergaben 1980 einen Nettogewinn von nur 71,5 Mio. Kina, bei erhöhter Produktion. 90% davon wurden als Dividende ausgezahlt, 8 Toea je 1-Kina-Aktie, dazu weitere 4 Toea aus dem Gewinn des Vorjahres, wo die Dividende bereits 30 Toea je Aktie betragen hatte. Wie man sieht, erhalten die Imperialisten nicht nur Rohstoffe, sie ma-

chen dabei auch erklecklichen Profit. Wie sieht die Rechnung für Papua-Neuguinea aus? Für 1980 ergibt sich folgendes 16,2 Mio. Kina Gewinnanteil auf die eigene Kapitalbeteiligung, 9,2 Mio. aus Steuern auf Dividenden (15% auf Zahlungen an Ausländer), 4,2 Mio. Abbaulizenz, 51,2 Mio. aus Steuern auf Gewinn (sie sind beim Nettogewinn bereits abgezogen), 7,4 Mio. aus Steuern auf Löhne und Gehälter, insgesamt also 87,6 Mio. Kina. Das ist ein für die Dritte Welt außerordentlich gutes Verhältnis, und in der Tat ist das von der Regierung erreichte Abkommen eines der besten, das in der Dritten Welt bisher abgeschlossen worden ist. 1979 war das Ergebnis noch besser, weil die hohen Kupferpreise zu besonders hohen Profiten geführt hatten, die ab einer bestimmten Höhe mit einer „Supersteuer" belegt werden.

Auch bei der Verwendung der Einnahmen verfolgt die Regierung sinnvolle Ziele, Strukturprogramme zur Förderung der Landwirtschaft für Eigenbedarf, der Kaffee-, Kakao- und Palmölproduktion sowie Programme zur Entwicklung eigener Energiequellen wie Ersetzung von Feuerholz und Haushaltsbenzin durch Holzkohle, Ersetzung von Treibstoffimporten durch Produktion aus landwirtschaftlichen Abfällen werden von ihr vorangetrieben. Das Problem liegt weniger in der richtigen Definition von Programmen

Palmölproduktion sowie Programme zur Entwicklung eigener Energiequellen wie Ersetzung von Feuerholz und Haushaltsbenzin durch Holzkohle, Ersetzung von Treibstoffimporten durch Produktion aus landwirtschaftlichen Abfällen werden von ihr vorangetrieben. Das Problem liegt weniger in der richtigen Definition von Programmen

als in der richtigen Regionalpolitik. Die Produzenten des Reichtums und die unmittelbaren Nutznießer der Entwicklungsprogramme sind nicht dieselben. Den größten Fortschritt beim Aufbau einer von den Dorfgemeinschaften getragenen Kaffeeproduktion zum Beispiel haben die verkehrsmäßig bereits gut erschlossenen zentralen Provinzen des Hochlandes zu verzeichnen, deren Produktion in wachsendem Maß zu den Exporteinnahmen beiträgt. Auf Bougainville, das vom Kernland durch die 300 km breite Salomonsee getrennt ist, ist davon wenig zu spüren. Alle Güter des täglichen Bedarfs für Arawas Läden werden importiert, überwiegend aus Australien, und in den Dörfern der Umgebung stagniert die Entwicklung. 4 Mio. Kina erhält die Provinzregierung aus den Einnahmen der Regierung von Bougainville, dazu weitere 8 Mio. aus dem allgemeinen Haushalt. Für eine Provinz, in der die grundlegendsten Infrastrukturen wie Straßen und regelmäßige Verbindungen zu den kleineren Inseln noch geschaffen werden müssen, ist das nicht viel. Veränderungen hat es gegeben, aber sie sind nicht alle positiv. In Pok Pok, einem Fischerdorf auf einem Atoll nur wenige Kilomter von Arawa, besteht die Hälfte der Häuser heute aus – importiertem – Bauholz und Wellblech. Die einzige Wasserleitung ist nicht ausreichend, die zwei Toiletten des Dorfes führen direkt ins Meer. Nahrungsmittel werden zunehmend importiert. In mehreren Häusern gibt es Gasöfen, Benzinkühlschränke, elektrisches Licht, Radio und Dieselgeneratoren; benutzt werden die Gegenstände, sobald Bargeld für Treibstoff im Haus ist. Die meisten jungen Leute arbeiten für Firmen oder im öffentlichen Dienst, die eigene Landwirtschaft verfällt.

Probleme des nationalen Aufbaus

Man muß diese Probleme im Zusammenhang des nationalen Aufbaus sehen, der oft andere Prioritäten setzt als die eines einzelnen Dorfes. Viele Länder der Dritten Welt arbeiten noch an der Schaffung eines einheitlichen Na-

nicht viel. Veränderungen hat es gegeben, aber sie sind nicht alle positiv. In Pok Pok, einem Fischerdorf auf einem Atoll nur wenige Kilomter von Arawa, besteht die Hälfte der Häuser heute aus – importiertem – Bauholz und Wellblech. Die einzige Wasserleitung ist nicht ausreichend, die zwei Toiletten des Dorfes führen direkt ins Meer. Nahrungsmittel werden zunehmend importiert. In mehreren Häusern gibt es Gasöfen, Benzinkühlschränke, elektrisches Licht, Radio und Dieselgeneratoren; benutzt werden die Gegenstände, sobald Bargeld für Treibstoff im Haus ist. Die meisten jungen Leute arbeiten für Firmen oder im öffentlichen Dienst, die eigene Landwirtschaft verfällt.

Probleme des nationalen Aufbaus

Man muß diese Probleme im Zusammenhang des nationalen Aufbaus sehen, der oft andere Prioritäten setzt als die eines einzelnen Dorfes. Viele Länder der Dritten Welt arbeiten noch an der Schaffung eines einheitlichen Na-

tionalstaats, und die Probleme Papua-Neuguineas, eines Landes mit 700 Stämmen und ebenso vielen sprachlichen und kulturellen Einheiten, sind vielleicht besonders groß, aber nicht prinzipiell andersartig. Zentrale Planung und eine tatkräftige nationale Regierung sind dabei eine Notwendigkeit. Sie eröffnen aber auch die Möglichkeit für wachsende innere Widersprüche, und der Erfolg der nationalen Wirtschaftspolitik hängt oft davon ab, ob es gelingt, diese Widersprüche nicht zu unlösbaren Widersprüchen werden zu lassen, die den Hauptwiderspruch zwischen der Nation und dem Imperialismus in den Hintergrund drängen. Praktisch entscheidet sich das meist daran, ob die Regierung mehr auf zentralistische Leitung vertraut, oder ob sie ihre Rolle in Hilfestellung für die Förderung der Initiative der Massen sieht, und auch dabei gibt es Unterschiede in der Behandlung der einzelnen Regionen. Der Erfolg der wirtschaftlichen Entwicklung der zentralen Hochlandprovinzen Papua-Neuguineas ist unter anderem auf das ausgewogene Verhältnis zwischen der Initiative der Dörfer und Förderung durch die Regierung gegründet. In Bougainville ist die Lage deutlich schlechter. Erste Anzeichen sprechen dafür, daß sie sich in Ok Tedi nicht besser entwickeln wird.

Die Probleme, denen sich Ok Tedi gegenübersieht, sind in den vergangenen Monaten von verschiedener Seite benannt worden. Eine Studie für das Bergbau- und Energieministerium, angefertigt von drei Professoren aus Australien, den USA und der eigenen Universität, kritisiert unter anderem die Regelungen über die Aufteilung der Gewinne. Es sei nicht einzusehen, sagt sie, daß die Gesellschaft – zu je 30% im Besitz der australischen BHP und der US-amerikanischen Amoco, 20% im Besitz Papua-Neuguineas, je 7,5% Metallgesellschaft und Degussa und 5% Besitz der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit – bei hohen Metallpreisen einen größeren Gewinnanteil einsteckt als bei niedrigen Preisen (vergleiche Abbildung). Tatsächlich ist das eine unnötige Konzession, die durch schärfere „Supersteuer"-Regelung hätte vermieden werden können. Die konkreten Probleme liegen aber heute woanders. Ähnlich wie bei Bougainville ist nicht sichergestellt, daß Bergbau in Ok Tedi außer zu beträchtlichen Einnahmen für die Zentralregierung auch zu einer Förderung der Wirtschaftsentwicklung der betroffenen Provinz führt. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben den Bewohnern der Dörfer den Wert ihres Landes ins Bewußtsein gebracht, und sie antworten auf eine Entwicklung, die an ihnen vorbeizugehen droht, mit wachsenden finanziellen Kompensationsansprüchen. Der Ruf nach Schaffung einer eigenen Provinz Ok Tedi ist bereits laut geworden.

Es gibt auch konstruktive Vorschläge. Der Präsident des Wohlfahrtsverbandes der Region hat die Regierung aufgefordert, Straßenanschlüsse für die Dörfer der Umgebung zu schaffen, damit sie die Bergarbeiter mit Frischgemüse versorgen können. Bisher sehen die Pläne vor allem Nahrungsmittelimporte aus Australien vor. Damit würde Ok Tedi eine weitere Enklave ausländischer Tätigkeit in einem entwicklungsbedürftigen Land werden.

Noch ist die Entscheidung nicht ge-

stellt, daß Bergbau in Ok Tedi außer zu beträchtlichen Einnahmen für die Zentralregierung auch zu einer Förderung der Wirtschaftsentwicklung der betroffenen Provinz führt. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben den Bewohnern der Dörfer den Wert ihres Landes ins Bewußtsein gebracht, und sie antworten auf eine Entwicklung, die an ihnen vorbeizugehen droht, mit wachsenden finanziellen Kompensationsansprüchen. Der Ruf nach Schaffung einer eigenen Provinz Ok Tedi ist bereits laut geworden.

Es gibt auch konstruktive Vorschläge. Der Präsident des Wohlfahrtsverbandes der Region hat die Regierung aufgefordert, Straßenanschlüsse für die Dörfer der Umgebung zu schaffen, damit sie die Bergarbeiter mit Frischgemüse versorgen können. Bisher sehen die Pläne vor allem Nahrungsmittelimporte aus Australien vor. Damit würde Ok Tedi eine weitere Enklave ausländischer Tätigkeit in einem entwicklungsbedürftigen Land werden.

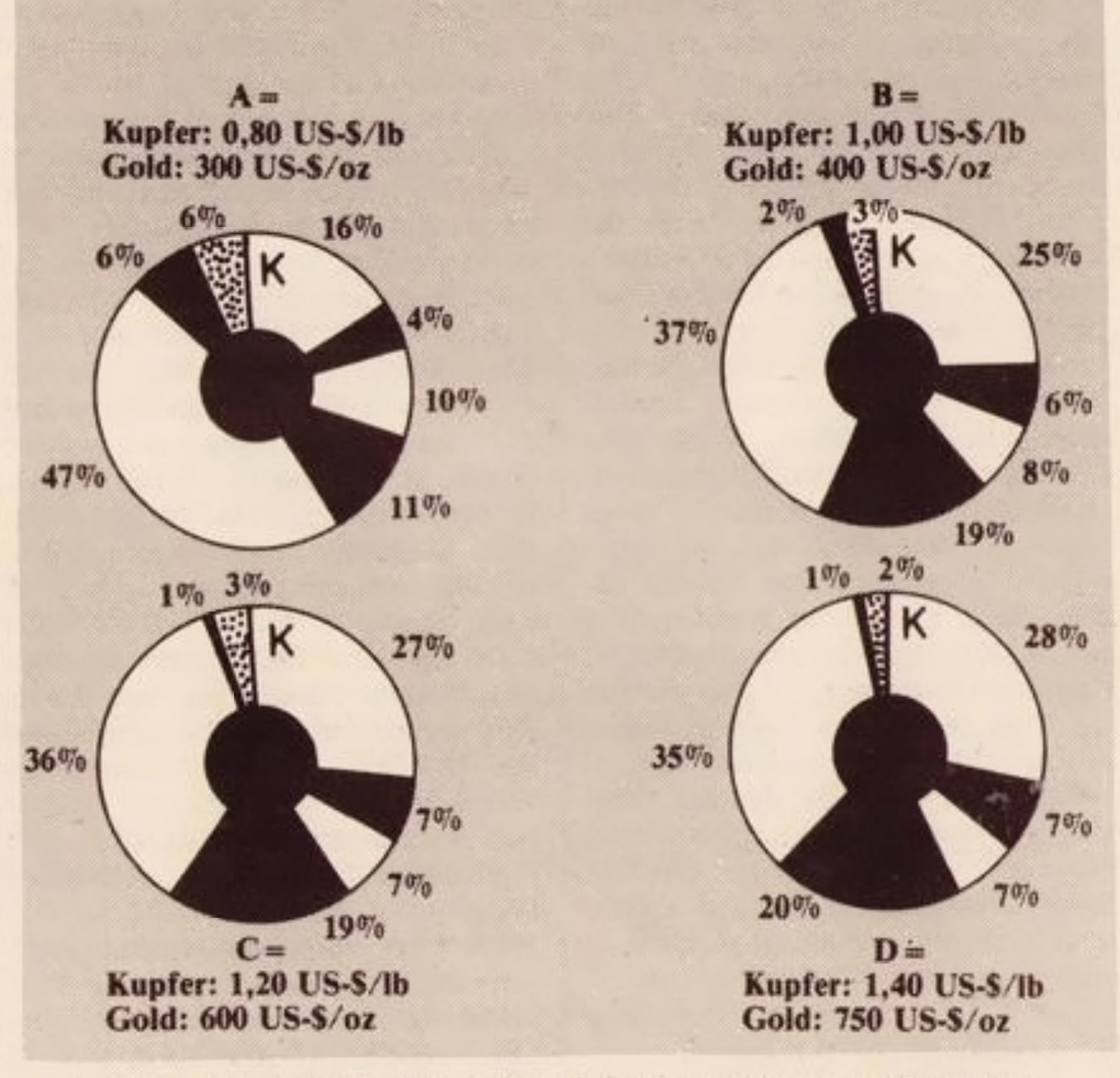
Noch ist die Entscheidung nicht ge-

fallen. Erste Zeichen sprechen eine deutliche Sprache. Eine papuanische Straßenbaufirma mußte vor wenigen Wochen Konkurs anmelden, weil sie sich bei der Kalkulation eines festen Kilometerpreises für die Zufahrtsstraßen nach Ok Tedi verkalkuliert hatte und das Konsortium nicht bereit war, den Vertrag den schwierigen Bedingungen des Geländes anzupassen. Dem ausländischen Kapital ist nur daran gelegen, zügig an die Rohstoffe heranzukommen. Schwierigkeiten mit der örtlichen Bevölkerung kümmern es nur, wenn sie zu Verzögerungen bei der Ausbeute führen. Dabei hat es aus dem Vertrag noch das Druckmittel in der Hand, daß die Regierung finanziell für alle Verzögerungen aufkommen muß. Langfristig kann sich dieser Teil des Abkommens als ein wahres Einfallstor für Einmischungen aller Art erweisen, und das bei einem Abkommen, das das Ergebnis äußerst zäh geführter Verhandlungen und in der Dritten Welt noch relativ beispielhaft ist! Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der imperialistischen Länder in Zeiten einer allgemeinen Wirtschaftskrise mögen groß sein; die Schwierigkeiten der Dritten Welt sind im Vergleich dazu gewaltig. Unter stetigem Druck äußerer Einmischung müssen sie nicht nur ihre Wirtschaft auf eine gesunde Grundlage stellen, sondern dabei auch den Aufbau gesunder Nationalstaaten voranbringen. Je mehr Druck die arbeitenden Massen in den imperialistischen Ländern auf ihre Regierungen ausüben, um sie zu wirklicher Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt zu zwingen, desto eher können die Bemühungen der Dritten Welt erfolgreich sein.

Aufteilung der Einnahmen aus Ok Tedi bei verschiedenen Metallpreisen, unter den Bedingungen vom Januar 1980

A = Kupfer: 0,80 US-$/lb Gold: 300 US-$/oz
B = Kupfer: 1,00 US-$/lb Gold: 400 US-$/oz

Aufteilung der Einnahmen aus Ok Tedi bei verschiedenen Metallpreisen, unter den Bedingungen vom Januar 1980



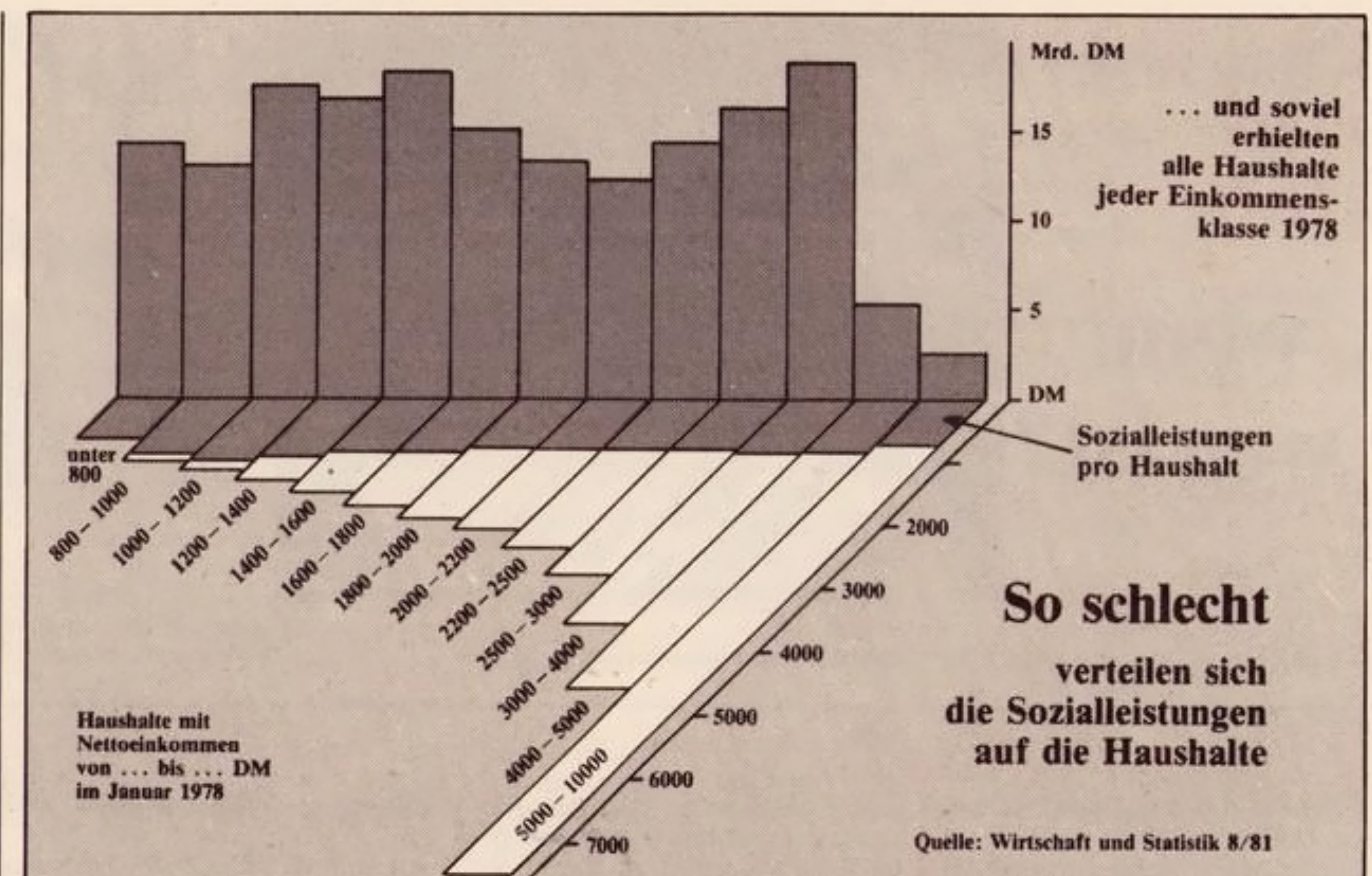
Im Uhrzeigersinn: K = Konsortium (Nettogewinn), außer Regierungsanteil. Schwarz = Regierungsanteil am Nettogewinn. Weiß = Steuern auf Dividende. Schwarz = Steuer auf „Superprofite". Weiß = Steuer auf Gewinn. Schwarz = Abgaben für Dienstleistungen. Punktiert = Abbaulizenz

Um die Macht geht es noch nicht

frb. Frankreichs Regierung hat ihre Verstaatlichungspläne präzisiert, entscheiden will sie am 23. September. Dann geht das Gesetz in die Nationalversammlung. Die Muttergesellschaften von fünf großen Industriekonzernen sind darunter. Bei den Flugzeug- und Rüstungskonzernen Dassault und Matra soll eine staatliche Mehrheitsbeteiligung angestrebt werden. Die Stahlkonzerne Sacilor und Usinor waren faktisch bereits unter Giscard d'Estaing verstaatlicht worden. Außerdem werden 38 Banken in Staatsbesitz übernommen, so daß künftig 95% des Kreditwesens in staatlicher Hand sind. Flankierend hierzu werden Vermögen über 3 Mio. Franc (rd. 1,3 Mio. DM) mit 0,5 bis 1,5% besteuert. Hiervon werden etwa 200000 Haushalte betroffen sein oder 2% der Steuerzahler.

Es ist kein Wunder, daß die Maßnahmen bei den Vorkämpfern des Privateigentums Aufregung hervorrufen. „Es geht um die Neuverteilung der Macht in Staat und Gesellschaft und sonst gar nichts", schreibt Tankmar von Münchhausen (vM) in der Frankfurter Allgemeinen. Und da via Nationalversammlung nichts zu erreichen sei, ruft er nach „wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Reaktionen des Auslands", um „Mitterrand bei seinem Marsch in eine sozialistische Zukunft noch bremsen zu können".

Tatsächlich tut man gut daran, das Ergebnis der Verstaatlichungen weit tiefer zu hängen. Sicherlich, die Nationalisierung des Bankwesens könnte die Kapitalisten weitgehend schwächen. Aber nicht unter den absehbaren Umständen. Die Banken sollen operieren wie zuvor. „Das Bankwesen wird pluralistisch bleiben. Jeder Unternehmer bleibt frei in der Wahl seines Bankiers", sagt Premier Mauroy. Ausländische Banken bleiben unangetastet, die Grenzen offen. Der Erpressung durch Abzug von Kapital sind Tür und Tor geöffnet. Und auch für die Industriekonzerne ändert sich lediglich der Eigentümer. Das Positivste wird noch sein, daß die Gewerkschaften in den betroffenen Betrieben etwas mehr Spielraum bekommen.



Während die ärmsten Haushalte nahezu vollständig auf Zahlungen aus öffentlichen Haushalten oder von Versicherungen angewiesen sind, erhalten selbst Haushalte mit hohen Einkommen fast ebensoviel an Sozialleistungen. Vor allem das Kindergeld spielt hier eine Rolle. Haushalte, die im Januar 1978 ein Nettoeinkommen von mehr als 3000 DM hatten, erhielten übers Jahr über 24 Mrd. DM per Transferzahlung.

Die Woche im Rückblick

Das westdeutsche Bruttosozialprodukt – der umfassendste statistische Ausdruck der wirtschaftlichen Leistung – ist im ersten Halbjahr 1981 gegenüber dem Vorjahr um real 1,3 Prozent gesunken. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität sank dadurch ebenfalls um 0,4%. Der private Verbrauch nahm um 1% ab, ebensoviel wie die Anlageinvestitionen. In Bauten wurde 3,8% weniger investiert. – **Eine Belebung der Produktion** erwartet die Industrie erst Ende des Jahres. Dies geht aus einer Umfrage des IFO-Instituts hervor. Bei der letzten Umfrage hatten die Unternehmen mit einem Umschwung Mitte des Jahres gerechnet. Jetzt haben sie auch den Produktionseinbruch tiefer eingeschätzt als damals. – **Die Reinigungskosten für das KKW Harrisburg** werden vom Gouverneur des Staates Pennsylvania auf weitere 760 Mio. $ geschätzt. Höchstens 44% davon soll nach seinem Vorschlag der Betreiber bezahlen. Für die Arbeiten wird eine Dauer von 6 Jahren veranschlagt. – **Einen Aufnahmestopp für deutsche Kernbrennstäbe** hat die französische Regierung verfügt. Sie kommt damit der Forderung von Kernkraftgegnern nach, die einen Zug mit verbrauchten Brennelementen auf der Fahrt nach La Hague gestoppt hatten. Im Oktober soll die Nationalversammlung weiter entscheiden. – **Die Kürzung des Wohngeldes** wird vor allem Rentner treffen. Für Personen, die weder Sozialversicherungsbeiträge noch Steuern zahlen, wird künftig bei der Berechnung ein höheres Einkommen angesetzt. ⅔ der Wohngeldempfänger sind Rentner, weitere 10% sind Sozialhilfeempfänger. – **US-Präsident Reagan** will die über die kommenden drei Jahre notwendigen Kürzungen in seinem Militärhaushalt auf 13 Mrd. $ begrenzen. Insgesamt sollen die bisherigen Ausgabenplanungen um 70 Mrd. $ reduziert werden, weil sich die Haushaltsplanung als zunehmend unrealistisch herausstellt. Die Kürzungen im Militärhaushalt werden 1982 weniger als 1% betragen. – **Die Entwicklungshilfe für die 31 ärmsten Länder der Welt** soll sich bis 1985 im Vergleich zu den letzten fünf Jahren „voraussichtlich" verdoppeln. Mit diesem Kompromiß ist in Paris die UNO-Konferenz zu diesem Thema zu Ende gegangen. Derzeit erhalten die 31 Länder jährlich etwa 6 Mrd. $ Hilfe. Die USA haben einen Teil ihrer Gelder gesperrt und eine Erhöhung in den kommenden Jahren abgelehnt. Den Entwicklungsländern sei am besten damit gedient, wenn die amerikanische Wirtschaft ihre eigenen Schwierigkeiten lösen könnte.

Mieterverein wirft Wohnungsbaugesellschaft Betrug vor

kvz. Die Hamburger Mieterorganisation „Mieter helfen Mietern" hat der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Saga Betrug an Mietern vorgeworfen. Immer häufiger hatte die Gesellschaft in letzter Zeit die Beseitigung offensichtlicher Mängel mit dem Hinweis auf die angespannte Lage ihres Instandhaltungsetats abgelehnt. In einem internen Rundschreiben hatte nun die Rechtsabteilung des Unternehmens darauf hingewiesen, daß dies ungeschickt sei, da die Mieter damit die Möglichkeit hätten, ihre Ansprüche gerichtlich durchzusetzen. Die Schreiben sollten künftig so verfaßt sein, „daß sie im Zweifel nicht als Weigerung, Mängel zu beseitigen, ausgelegt werden können". Am zweckmäßigsten sei es, „die Ausführungen der Arbeiten mit einer nicht allzu kurzen Begründung zu verzögern".

Thyssen ergattert Subventionen

rof. Die Drohung von Thyssen, bei der niederländischen Konzerntochter „NEDSTAAL" aufgrund der Strompreise die Elektrostahlbasis zu schließen, hat den gewünschten Erfolg gezeitigt. Der scheidende Wirtschaftsminister Ardenne hat Unterstützung mit 37 Mio. Gulden zugesagt. 20 Mio. sind Investitionssubvention und 17 Mio. steuert das Umweltministerium hinzu, um die Umweltauflagen für die Investitionen selbst zu finanzieren. Der Strompreis ist laut Ardenne pro Kilowattstunde 7 Cent höher, als Thyssen ihn in der BRD bezieht. Auch die Überprüfung des Stromlieferpreises wurde bereits versprochen.

Sozialplan gefährdet

rof. Der Betriebsrat von FORD-Amsterdam befürchtet, daß der für die von Entlassung bedrohten Beschäftigten existierende Sozialplan nicht finanziert werden kann. Dies geht aus der Jahresbilanz 1980 hervor. In einer Presseerklärung bezeichnet der Betriebsrat dies als „fortlaufende Strategie der Direktion", die „eine öffentliche Meinung schaffen will, daß die finanzielle Lage des Werkes in Amsterdam so schlecht ist, daß eine Schließung unvermeidlich erscheint". Der Prozeß ist am 1. Oktober in Amsterdam.

Finanzierungspoker um fortgeschrittene Reaktorlinien
Nicht nur gefährlich, auch teuer / Teil 1
wif. Der große Streit um die weitere Finanzierung der Prototypen der beiden Reaktorlinien „Schneller Brüter" SNR 300 in Kalkar und des Hochtemperaturreaktors (HTR) THTR 300 in Uentrop bei Schmehausen entbrannte
Mrd. DM geschätzt (bis 1985). Ähnlich beim THTR: 1971 noch 0,71 Mrd., 1983 2,36 Mrd. DM (inzwischen 1985 3 Mrd.). Die Steigerung soll sich zusammensetzen aus: Preisgleitung (vertragliche Vereinbarung) +375 Mio.,
stand, die die Verwendung von metallischem Natururan ermöglichte. Ebenso wurde statt einem Stahlgußdruckbehälter ein sogenannter Spannbetonbehälter verwendet mit einer metallischen Innenhaut (Liner). Der Wirkungsgrad dieser Reaktoren lag noch relativ niedrig, zwischen 19 und 30%, bei einer Gasaustrittstemperatur bis über 400°C. Elf Reaktoren diesen Typs wurden schließlich im ersten britischen Energieprogramm (5000 MW-Programm) gebaut. Abgelöst wurde der MAGNOX dann durch die AGR (fortgeschrittene gasgekühlte Reaktoren) ab
1980 waren 4 AGRs in Betrieb. 2 AGRs sollten 1981 in Betrieb gehen (Dungness B, 2 × 625 MW); bemerkenswert ist, daß sie bereits 1965 in Auftrag gegeben wurden. Die Bauzeit der anderen lag bereits bei ca. 9 Jahren. In Frankreich sind 6 gasgekühlte Magnox-Reaktoren in Betrieb (1969 nach der Ära De Gaulles wurde die Magnox-Linie aufgeben zugunsten der amerikanischen Leichtwasserreaktoren). In Spanien und Japan sind je 1 gasgekühlter Reaktor in Betrieb.
Während Calder Hall aus 4×50 MW-Reaktoren bestand, war die
geht auf eine Studie der UKAEA (1956) zurück. (UKAEA: britische Atomenergiebehörde, die Forschung und Entwicklung des Atomenergieprogramms trägt). 1959 kommt es dann zu einem internationalen Forschungsabkommen, das zum Bau des Forschungsreaktors „Dragon" führte (Winfrith in Südengland). An ihm sollte die prinzipielle Möglichkeit der HTR-Technik erprobt werden, insbesondere neue Brennelementtechnik und Komponentenbau (z.B. gasgelagerte Gebläse). Im gleichen Jahr fünf Monate später setzen die westdeut-
Tatsächlich tut man gut daran, das Ergebnis der Verstaatlichungen weit tiefer zu hängen. Sicherlich, die Nationalisierung des Bankwesens könnte die Kapitalisten weitgehend schwächen. Aber nicht unter den absehbaren Umständen. Die Banken sollen operieren wie zuvor. „Das Bankwesen wird pluralistisch bleiben. Jeder Unternehmer bleibt frei in der Wahl seines Bankiers", sagt Premier Mauroy. Ausländische Banken bleiben unangetastet, die Grenzen offen. Der Erpressung durch Abzug von Kapital sind Tür und Tor geöffnet. Und auch für die Industriekonzerne ändert sich lediglich der Eigentümer. Das Positivste wird noch sein, daß die Gewerkschaften in den betroffenen Betrieben etwas mehr Spielraum bekommen.
ist im ersten Halbjahr 1981 gegenüber dem Vorjahr um real 1,3 Prozent gesunken. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität sank dadurch ebenfalls um 0,4%. Der private Verbrauch nahm um 1% ab, ebensoviel wie die Anlageinvestitionen. In Bauten wurde 3,8% weniger investiert. – Eine Belebung der Produktion erwartet die Industrie erst Ende des Jahres. Dies geht aus einer Umfrage des IFO-Instituts hervor. Bei der letzten Umfrage hatten die Unternehmen mit einem Umschwung Mitte des Jahres gerechnet. Jetzt haben sie auch den Produktionseinbruch tiefer eingeschätzt als damals. – Die Reinigungskosten für das KKW Harrisburg werden vom Gouverneur des Staates Pennsylvania auf weitere 760 Mio. $ geschätzt. Höchstens 44% davon soll nach seinem Vorschlag der
deutsche Kernbrennstäbe hat die französische Regierung verfügt. Sie kommt damit der Forderung von Kernkraftgegnern nach, die einen Zug mit verbrauchten Brennelementen auf der Fahrt nach La Hague gestoppt hatten. Im Oktober soll die Nationalversamm-
Die Woche im Rückblick
lung weiter entscheiden. – Die Kürzung des Wohngeldes wird vor allem Rentner treffen. Für Personen, die weder Sozialversicherungsbeiträge noch Steuern zahlen, wird künftig bei der Berechnung ein höheres Einkommen angesetzt. ⅔ der Wohngeldempfänger sind Rentner, weitere 10% sind Sozialhilfeempfänger. – US-Präsident Rea-
grenzen. Insgesamt sollen die bisherigen Ausgabenplanungen um 70 Mrd. $ reduziert werden, weil sich die Haushaltsplanung als zunehmend unrealistisch herausstellt. Die Kürzungen im Militärhaushalt werden 1982 weniger als 1% betragen. – Die Entwicklungshilfe für die 31 ärmsten Länder der Welt soll sich bis 1985 im Vergleich zu den letzten fünf Jahren „voraussichtlich" verdoppeln. Mit diesem Kompromiß ist in Paris die UNO-Konferenz zu diesem Thema zu Ende gegangen. Derzeit erhalten die 31 Länder jährlich etwa 6 Mrd. $ Hilfe. Die USA haben einen Teil ihrer Gelder gesperrt und eine Erhöhung in den kommenden Jahren abgelehnt. Den Entwicklungsländern sei am besten damit gedient, wenn die amerikanische Wirtschaft ihre eigenen Schwierigkeiten lösen könnte.
ihn in der BRD bezieht. Auch die Überprüfung des Stromlieferpreises wurde bereits versprochen.
Sozialplan gefährdet
rof. Der Betriebsrat von FORD-Amsterdam befürchtet, daß der für die von Entlassung bedrohten Beschäftigten existierende Sozialplan nicht finanziert werden kann. Dies geht aus der Jahresbilanz 1980 hervor. In einer Presseerklärung bezeichnet der Betriebsrat dies als „fortlaufende Strategie der Direktion", die „eine öffentliche Meinung schaffen will, daß die finanzielle Lage des Werkes in Amsterdam so schlecht ist, daß eine Schließung unvermeidlich erscheint". Der Prozeß ist am 1. Oktober in Amsterdam.

Finanzierungspoker um fortgeschrittene Reaktorlinien

Nicht nur gefährlich, auch teuer / Teil 1

wif. Der große Streit um die weitere Finanzierung der Prototypen der beiden Reaktorlinien „Schneller Brüter" SNR 300 in Kalkar und des Hochtemperaturreaktors (HTR) THTR 300 in Uentrop bei Schmehausen entbrannte durch die angespannte Haushaltslage bereits Ende 1980 bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 1981. Forschungsminister Bülow verlangt von den beteiligten Energieversorgungsunternehmen (EVUs) eine höhere Eigenbeteiligung (die Hersteller lehnten weitgehend ab), die jetzt bei ca. 20% (THTR) und ca. 10% (SNR) liegt. Bund und Länder verpflichteten sich zu so hohen Beiträgen, weil es sich um sogenannte Prototypen (Vorläufer) handelt.

Geplant war Ende der 60er Jahre, daß bereits jetzt der Einstieg in die großtechnologische Nutzung erfolgen sollte (s. Teil 2 zum HTR). Daraus leiten die EVUs ihren Vorwurf an die Regierung ab, sie habe Schuld an der Verzögerung und damit an der Finanzmisere. Bülow zurück: Die Industrie müsse erst unter Beweis stellen (durch höhere Beteiligung), daß sie überhaupt noch Interesse an den Reaktorlinien habe. Im Herbst 1981 läuft das Pokerspiel auf Touren. Die RWE und KWU (Kraftwerksunion, größter Reaktorhersteller in der BRD, 100%ige Tochter der Siemens AG) waren zur Zahlung von 41 Mio. DM bereit, wo 600 Mio. gefordert waren. Außerdem wollen sie von der Regierung eine Inbetriebnahmegarantie für den Schnellen Brüter in Kalkar. Die Länderminister haben jetzt entschieden, daß die fehlenden Millionen über eine Strompreiserhöhung erfolgen kann (Atompfennig).

In der Tat ist die Kostensteigerung enorm. Während der SNR 1972 zu Baubeginn noch 1,6 Mrd. DM kosten sollte, werden heute die Kosten auf 5 Mrd. DM geschätzt (bis 1985). Ähnlich beim THTR: 1971 noch 0,71 Mrd., 1983 2,36 Mrd. DM (inzwischen 1985 3 Mrd.). Die Steigerung soll sich zusammensetzen aus: Preisgleitung (vertragliche Vereinbarung) +375 Mio., Bauherreneigenleistungen +305 Mio. und Mehrkosten beim Herstellerkonsortium THTR 911 Mio. (BBC/HRB/NUKEM). Die letzten beiden Posten werden der Terminverzögerung und der Anpassung an den Stand der Wissenschaft und Technik zugerechnet.

Beide Reaktorlinien waren bereits Bestandteil des 1. Atomprogramms 1957 („Eltviller Programm") und gelten seither als Sicherung der Kernenergiezukunft. Der „Schnelle Brüter" soll dabei die Uranreserven um das 60fache besser nutzen, als die herkömmlichen Leichtwasserreaktoren. Dem HTR wurde eine Stromerzeugungsproduktion mit höherem Wirkungsgrad nachgesagt (u.a. mit Fernwärme gekoppelt) sowie vor allem die Möglichkeit, Prozeßwärme (Dampf mit Temperaturen bis zu 950°C) bereitzustellen für Kohlevergasung und -verflüssigung sowie für die Grundstoffgüterindustrie (Chemie, Stahl). Längst mußten allerdings die Zielmarken herabgesetzt werden. Im folgenden wird nur die HTR-Linie weiterbetrachtet werden.

Zur Geschichte

Das erste zivile Atomkraftwerk der Welt wurde 1955 in Calder Hall in Großbritannien in Betrieb genommen. Es war ein gasgekühlter Reaktor vom MAGNOX-Typ. Es handelte sich um einen graphitmoderierten (Neutronen werden durch Graphit gebremst), mit Kohlendioxidgas (CO_2) gekühltem Kernreaktor im Gegensatz zu den Leichtwasser- oder Schwerwasserreaktoren. Neu war auch, daß die Brennelementhülle aus einer Magnox-Legierung (Magnesium-Legierung) bestand, die die Verwendung von metallischem Natururan ermöglichte. Ebenso wurde statt einem Stahlgußdruckbehälter ein sogenannter Spannbetonbehälter verwendet mit einer metallischen Innenhaut (Liner). Der Wirkungsgrad dieser Reaktoren lag noch relativ niedrig, zwischen 19 und 30%, bei einer Gasaustrittstemperatur bis über 400°C. Elf Reaktoren diesen Typs wurden schließlich im ersten britischen Energieprogramm (5000 MW-Programm) gebaut. Abgelöst wurde der MAGNOX dann durch die AGR (fortgeschrittene gasgekühlte Reaktoren) ab 1964 im zweiten britischen 5000 MW-Programm (später 8000 MW). Sie wurden für eine wirtschaftlichere Arbeitsweise entwickelt. Nun wurde eine Stahllegierung als Brennelementhülle verwendet und angereichertes Urandioxid (2,5%), womit sich prinzipiell höhere Gastemperaturen erzielen ließen. Damit konnte der Wirkungsgrad auf ca. 40% erhöht werden (bei 660°C Gasaustrittstemperatur). Es wurde ins Auge gefaßt, mit Öl- und Kohlekraftwerken gleichzuziehen. Kostensenkend war ebenfalls, daß das Volumen des Reaktorkerns auf ein Viertel reduziert werden konnte (kleinere Spannbetonbehälter). Dadurch erhöhte sich allerdings die sogenannte Leistungsdichte von 0,8 MW/m^3 auf ca. 2,8 MW/m^3, was größere technische Schwierigkeiten mit sich bringt.

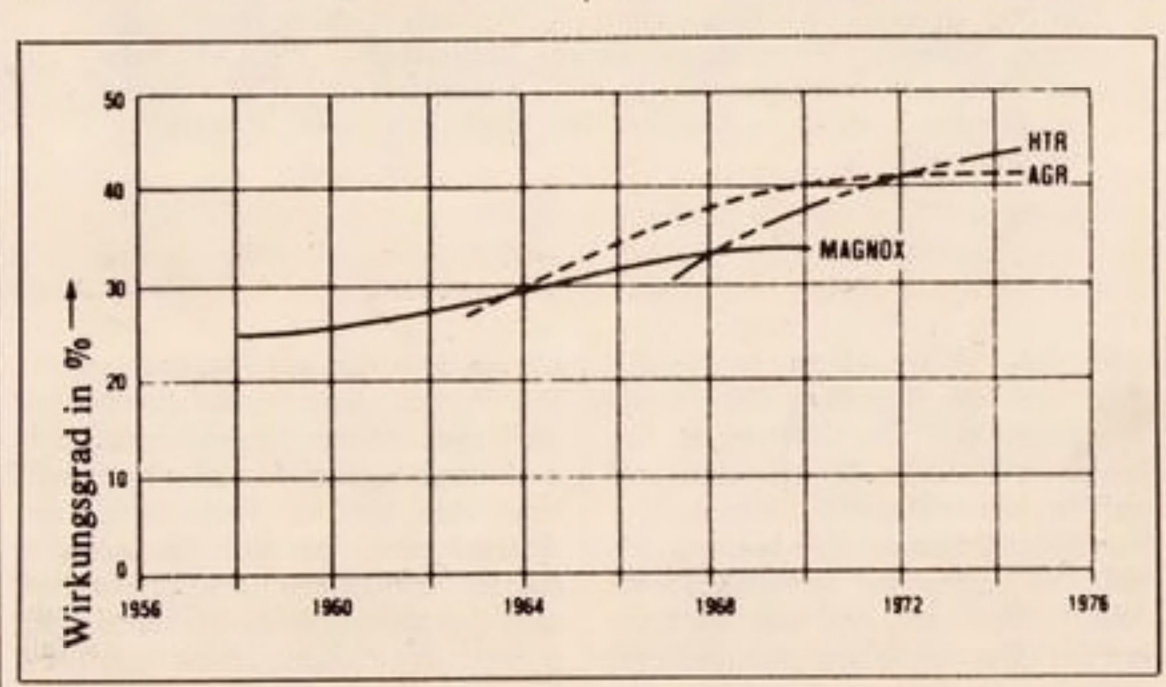
1980 waren 4 AGRs in Betrieb. 2 AGRs sollten 1981 in Betrieb gehen (Dungness B, 2 × 625 MW); bemerkenswert ist, daß sie bereits 1965 in Auftrag gegeben wurden. Die Bauzeit der anderen lag bereits bei ca. 9 Jahren. In Frankreich sind 6 gasgekühlte Magnox-Reaktoren in Betrieb (1969 nach der Ära De Gaulles wurde die Magnox-Linie aufgeben zugunsten der amerikanischen Leichtwasserreaktoren). In Spanien und Japan sind je 1 gasgekühlter Reaktor in Betrieb.

Während Calder Hall aus 4×50 MW-Reaktoren bestand, war die Grenze der MAGNOX-Linie bei 2×590 MW erreicht. Während für Calder Hall die Erzeugerkosten mit 1 Penny/kWh angegeben wurden (1969), kommt man bei Wylfa (MAGNOX) auf 0,29 p/kWh. Für die AGR-Serie kam man dann weiter auf 0,22 p/kWh. Allerdings hatte man sich wohl damals überschätzt. Ende April 1981 legte die Elektrizitätswirtschaft dem britischen Parlament eine Studie vor, nachdem ein Druckwasserreaktor mit 10–15% niedriger Investitionen verbunden ist. Eine britische Monopolkommission spricht auch von einem finanziellen Fiasko des derzeitigen Programms.

Die Entwicklung der Hochtemperaturreaktoren begann schon sehr früh praktisch parallel zu den MAGNOX bzw. AGR's. Die erste Untersuchung geht auf eine Studie der UKAEA (1956) zurück. (UKAEA: britische Atomenergiebehörde, die Forschung und Entwicklung des Atomenergieprogramms trägt). 1959 kommt es dann zu einem internationalen Forschungsabkommen, das zum Bau des Forschungsreaktors „Dragon" führte (Winfrith in Südengland). An ihm sollte die prinzipielle Möglichkeit der HTR-Technik erprobt werden, insbesondere neue Brennelementtechnik und Komponentenbau (z.B. gasgelagerte Gebläse). Im gleichen Jahr fünf Monate später setzen die westdeutschen Forscher bzw. die Firma BBK (BBC-Krupp Reaktorenbau GmbH) nach. Sie erhielten von der AVR (Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor Zusammenschluß bzw. Konsortium von 16 Elektrizitätsversorgungsunternehmen) den Auftrag, auf dem Gelände der KFA in Jülich ein 15 MW Kugelhaufenreaktor zu bauen. Die USA begannen erst 1962 mit dem Bau ihres HTR „Peach Bottom" mit 40 MW. 1964 nahm der „Dragon" schließlich seinen Betrieb auf, 1966 der AVR und Peach Bottom. Bei allen drei Reaktoren wurde nun Helium als Kühlmittel statt CO_2 verwendet, weil CO_2 für höhere Temperaturen ungeeignet ist (Korrosion, chemischer Zerfall, Grenze bei AGR ca. 650°C).

Damit konnten nun theoretisch Gastemperaturen bis 1000°C erreicht werden, was einen Wirkungsgrad über 40% möglich macht und zudem neue Möglichkeiten eröffnet, wie z.B. Prozeßwärme zu erzeugen für die Kohlevergasung. Beide Wege wurden dann auch durch Förderung durch das BMFT als Forschungsprojekte seit Mitte der 80er Jahre verfolgt. HHT (HTR mit Heliumturbine – Gasturbine) als Stromerzeuger mit hohem Wirkungsgrad und Fernwärmeauskoppelung und PNP (Projekt nukleare Prozeßwärme) zur Kohlevergasung etc. HHT wurde nun Mitte des Jahres gestoppt, weil es zahlreiche technische Probleme gab.

(wird fortgesetzt)



Entwicklung des Anlagenwirkungsgrades bei gasgekühlten Reaktoren

Literatur: D. Bedenig, „Gasgekühlter HTR", Thiemig-Verlag
G. Karweina, Der Mega-Watt-Clan, Stern-Buch

Gegensätzliche Interessen blockieren den RGW

Sowjetunion fordert engere Plankoordinierung, Ungarn will stattdessen konvertible Währungen

krk. Seit der letzten, der 35. Ratstagung, ist es in den osteuropäischen Ländern still geworden um den RGW. Auch wenn es an Worten nicht fehlte, mit denen die osteuropäischen Parteichefs bei verschiedenen Anlässen den Vorschlag Breschnews vom letzten KPdSU-Parteitag begrüßten, eine Spitzenberatung der RGW-Mitgliedsstaaten einzuberufen, steht bis heute weder Zeitpunkt noch Thema der Beratung fest. Ziel dieses Treffens sollte es werden, die Integration der RGW-Mitglieder auf eine höhere Stufe zu heben und ihnen neue Verpflichtungen bei gemeinsamen Investitionsvorhaben im Bereich der Rohstoff-Förderung und Verarbeitung aufzuerlegen. Vermutlich hatte die sowjetische Führung vor, auf der Ratstagung, die auf den Parteitag der KPdSU folgte, die Grundlagen für das Treffen zu schaffen und dort nur noch die Protokolle in größtem Einvernehmen unterzeichnen zu lassen.

Die 35. Ratstagung

Was die Ratstagung gezeigt hat, war jedoch, daß es zur Zeit keine Grundlage für ein Spitzentreffen gibt. Der RGW in seiner heutigen Form steht vor prinzipiellen, wie auch durch die einzelnen nationalen Interessen bestimmten Problemen, die nicht ohne schwerwiegende Veränderungen sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen System der Ostblockländer zu lösen sein werden. Nicht mal bei den europäischen Mitgliedsstaaten handelt es sich um einen monolithischen, von der SU beherrschten Block, und die Differenzen sowohl in prinzipieller als auch in nationaler Hinsicht sind seit der krisenhaften Entwicklung der Weltwirtschaft im Anwachsen. Es haben sich zwei grundlegend verschiedene Wege der Lösung der Probleme, die daraus entspringen, herauskristallisiert, die auch die Wege der Lösung der eigenen „hausgemachten" Wirtschaftskrisen sein sollen.

Das Kommunique der 35. Ratstagung widerspiegelt eine Patt-Situation zwischen diesen beiden Wegen und den sie repräsentierenden Kräften. Weder die Kräfte, die Forderungen in der Richtung Umwandlung des RGW in ei-

Die 35. Ratstagung

Was die Ratstagung gezeigt hat, war jedoch, daß es zur Zeit keine Grundlage für ein Spitzentreffen gibt. Der RGW in seiner heutigen Form steht vor prinzipiellen, wie auch durch die einzelnen nationalen Interessen bestimmten Problemen, die nicht ohne schwerwiegende Veränderungen sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen System der Ostblockländer zu lösen sein werden. Nicht mal bei den europäischen Mitgliedsstaaten handelt es sich um einen monolithischen, von der SU beherrschten Block, und die Differenzen sowohl in prinzipieller als auch in nationaler Hinsicht sind seit der krisenhaften Entwicklung der Weltwirtschaft im Anwachsen. Es haben sich zwei grundlegend verschiedene Wege der Lösung der Probleme, die daraus entspringen, herauskristallisiert, die auch die Wege der Lösung der eigenen „hausgemachten" Wirtschaftskrisen sein sollen.

Das Kommunique der 35. Ratstagung widerspiegelt eine Patt-Situation zwischen diesen beiden Wegen und den sie repräsentierenden Kräften. Weder die Kräfte, die Forderungen in der Richtung Umwandlung des RGW in ei-
nen dem Weltmarkt gegenüber verhältnismäßig offenen Interessenbund aufstellten, noch diejenigen (hier ist in erster Linie die Sowjetunion gemeint), die eine Ausdehnung der zentralen, institutionellen Eingriffe und Regulierungen vorhatten, konnten sich durchsetzen.

Die wichtigsten Protagonisten der beiden Richtungen waren der ungarische Ministerpräsident Lázár und der sowjetische Regierungschef Tichonow. Neben einigen für Ungarn entscheidenden nationalen Interessen trug Lázár die Forderung vor, die wirtschaftlichen, finanziellen und Preismechanismen des RGW weiterzuentwickeln, die Rolle des Transferrubels und des Kreditwesen zu stärken. Er hielt eine Organisations- und Finanzreform im RGW für dringend notwendig, als Bedingung der weiteren Integrationsentwicklung. Der Vorschlag Tichonows war, die administrative Koordinierung der nationalen Pläne, der gesamten Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder voranzutreiben, und die Koordination und Zusammenarbeit dieses Typs auf die Ebene der Ministerien und Betriebe auszudehnen, d.h. auch auf dieser Ebene dem RGW bzw. seinen Leitungsorganen einen direktren Ein- und Zugriff zu sichern. Von einer Organisations- und Finanzreform enthielt das Kommunique kein Wort, aber auch die Koordination auf Ministerien- und Betriebsebene wurde nur – dies ausdrücklich betont – in Fällen begründeter ökonomischer Notwendigkeiten für sinnvoll erachtet. Ein ausdrücklicher Sieg der Ungarn dürfte sein, daß im Kommunique festgehalten wird, z.Zt. sei die Schaffung von neuen Institutionen nicht notwendig, da die bestehenden auch nicht richtig ausgenutzt würden, womit der Ausbau des Instrumentariums der Eingriffe in die einzelnen nationalen Wirtschaften fürs erste abgewehrt sein dürfte.

Preise und Geld

Die Hauptbeschwerde der Ungarn richtet sich gegen die Preisbildungspraxis des RGW, und damit in erster Linie gegen die gegenwärtige Funktion des Transfer-Rubel: der „Währung", in der sämtliche Finanztransaktionen des RGW abgewickelt werden, eine künstlich geschaffene Leitwährung, deren Paritäten allen anderen Währungen gegenüber mehr oder minder willkürlich festgelegt werden. Die Klage der Ungarn, nachzulesen in „Osteuropa-Wirtschaft", ist ziemlich deutlich: Der Transfer-Rubel ermögliche zwar die multilaterale Abrechnung, sei aber *nicht frei konvertierbar*. „So ist der Warenaustausch auf naturaler Grundlage organisiert und die Hauptprinzipien der Regulierung bilden die Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik, die Abkommen über Kooperation und Spezialisierung sowie die durch quantitative und wertmäßige Kontingente bilateral ausgeglichenen Außenhandelsabkommen."

Die Preise des RGW sind kurzum nicht Ausdruck von Werten. Bei der gegenwärtig vorherrschenden Methode der Preisfindung findet kein wirklicher und zuverlässiger Vergleich der in den Waren enthaltenen durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit statt. Um die Methode der Preisfindung gab es von Anfang an Auseinandersetzungen. Bis 1958 sind sie ungehemmt willkürlich festgelegt worden. Auf der Bukarester Ratstagung 1958 kam das erste mal die Forderung nach Angleichung der Preise an die jeweils gültigen Weltmarktpreise auf. Das Ergebnis war die sogenannte Bukarester Formel, wonach die Angleichung „bereinigt von spekulativen Faktoren und konjunkturellen Einflüssen" geschehen sollte. Daher nahm man die Durchschnittspreise von längeren Zeiträumen zur Grundlage. Die Bukarester Formel war jedoch nur eine Art Empfehlung und hatte keinerlei verbindlichen Charakter. Die Preise wurden weiterhin in strikt bilateralen Verhandlungen ausgehandelt. Im Zeit-

dinierung der nationalen Wirtschaftspolitik, die Abkommen über Kooperation und Spezialisierung sowie die durch quantitative und wertmäßige Kontingente bilateral ausgeglichenen Außenhandelsabkommen."

Die Preise des RGW sind kurzum nicht Ausdruck von Werten. Bei der gegenwärtig vorherrschenden Methode der Preisfindung findet kein wirklicher und zuverlässiger Vergleich der in den Waren enthaltenen durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit statt. Um die Methode der Preisfindung gab es von Anfang an Auseinandersetzungen. Bis 1958 sind sie ungehemmt willkürlich festgelegt worden. Auf der Bukarester Ratstagung 1958 kam das erste mal die Forderung nach Angleichung der Preise an die jeweils gültigen Weltmarktpreise auf. Das Ergebnis war die sogenannte Bukarester Formel, wonach die Angleichung „bereinigt von spekulativen Faktoren und konjunkturellen Einflüssen" geschehen sollte. Daher nahm man die Durchschnittspreise von längeren Zeiträumen zur Grundlage. Die Bukarester Formel war jedoch nur eine Art Empfehlung und hatte keinerlei verbindlichen Charakter. Die Preise wurden weiterhin in strikt bilateralen Verhandlungen ausgehandelt. Im Zeit-
raum der Gültigkeit dieser Formel mußte die SU einen gewissen Verfall ihrer terms of trade gegenüber den wichtigen Maschinenlieferanten DDR und CSSR hinnehmen, denn erstens mußten die bis 1958 brutal ungerechten Preise z.T. stark revidiert werden, zweitens aber fand auf dem Weltmarkt eine Preissteigerung für Rohstoffe statt, und die SU war auch zu dieser Zeit hauptsächlich Rohstofflieferant.

Die nächste Revision fand 1975 statt, die Einführung der sogenannten Moskauer Formel. Sie sieht eine Angleichung der Preise an die Weltmarktpreise in weit kürzeren Zeiträumen vor und entspricht vollständig dem Interesse der SU als Rohstofflieferant. Denn selbst wenn sie unter dem Preis verkauft, den die großen westlichen Monopole heute fordern, so liegt sie weit über dem Preis der Förderländer. Die kleinen Ostblockländer, Maschinen- und Fertigwarenlieferanten, können jedoch für ihre Waren kaum den Weltmarktpreis fordern, denn die gelieferten Güter liegen, was die Qualität und den technischen Stand betrifft, in ihrem Großteil unterhalb des Weltniveaus, wofür die vergleichbaren Weltmarktpreise gefordert werden könnten. Das Ergebnis der Reform war entsprechend eine drastische Verschlechterung der terms of trade fast aller Ostblockländer der SU gegenüber und ihre Verschuldung. Es sind gerade die großen Maschinenlieferanten DDR und CSSR, die den höchsten Schuldenberg der SU gegenüber angehäuft haben.

Die Moskauer Formel hat aber mit der Bukarester gemeinsam, daß die Preise nur für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte einigermaßen exakt bestimmbar sind. Bei allen industriellen Fertigwaren kann es sich nur



Ein Altantik-Supertrawler aus einer Rostocker Werft, für die sowjetische Flotte bestimmt. Die Werften der DDR und Polens arbeiten fast ausschließlich für den Bedarf der UdSSR, die so die Kapazitäten für den Kriegsschiffbau frei hat.

um vage Vergleiche handeln. Daher ziehen es die Länder vor, in den Verhandlungen ihre Inlandspreise zum Maßstab zu nehmen, was die höhere Produktivität des einzelnen Produzenten nicht nur nicht honoriert, sondern sie dafür geradezu zu bestrafen scheint, wird doch dann nicht die im Weltmaßstab durchschnittlich notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit als Maß der Dinge genommen. Wie aber auch immer die Verhandlungen im einzelnen verlaufen: Bei der Anwendung solcher gekünstelter Methoden ist der Willkür Tür und Tor geöffnet, und der Gewinner ist immer der politisch *stärkere*, der seine *willkürliche Preisvor*stellung durchzusetzen vermag. Außer es handelt sich um Waren (im RGW als „harte" Waren bezeichnet), die auch auf dem Weltmarkt gefragt sind. In dem Moment übernimmt die Ökonomie wieder die Macht, und der so objektivierte Weltmarktpreis muß gezahlt werden.

Im Netz der Kooperation und Spezialisierung

Aber gerade die Kooperations- und Spezialisierungsabkommen sorgen dafür, daß es nicht allzu häufig dazu kommt. Denn der Hauptabnehmer der spezialisierten Produkte (die oftmals nur Teile von irgend etwas sind, was schließlich in der SU zu einem Ganzen zusammengebaut wird) ist die Sowjetunion. Die so entstehenden Produktionsstrukturen sind von dem stofflichen Gegenstand der Produktion her einseitig auf die Bedürfnisse der SU,

scheint, wird doch dann nicht die im Weltmaßstab durchschnittlich notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit als Maß der Dinge genommen. Wie aber auch immer die Verhandlungen im einzelnen verlaufen: Bei der Anwendung solcher gekünstelter Methoden ist der Willkür Tür und Tor geöffnet, und der Gewinner ist immer der politisch *stärkere*, der seine *willkürliche Preisvor*stellung durchzusetzen vermag. Außer es handelt sich um Waren (im RGW als „harte" Waren bezeichnet), die auch auf dem Weltmarkt gefragt sind. In dem Moment übernimmt die Ökonomie wieder die Macht, und der so objektivierte Weltmarktpreis muß gezahlt werden.

Im Netz der Kooperation und Spezialisierung

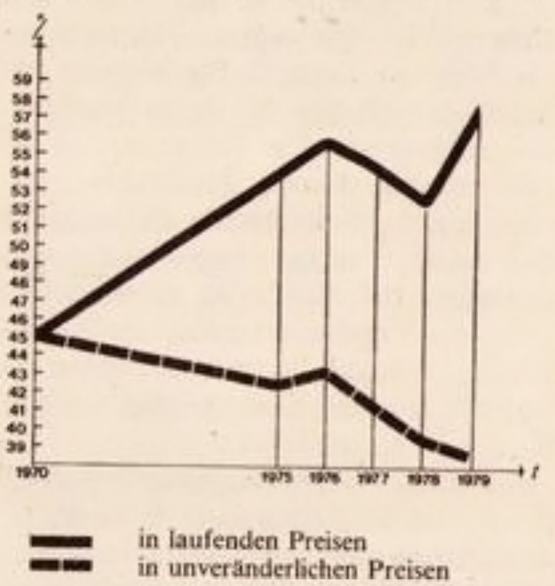
Aber gerade die Kooperations- und Spezialisierungsabkommen sorgen dafür, daß es nicht allzu häufig dazu kommt. Denn der Hauptabnehmer der spezialisierten Produkte (die oftmals nur Teile von irgend etwas sind, was schließlich in der SU zu einem Ganzen zusammengebaut wird) ist die Sowjetunion. Die so entstehenden Produktionsstrukturen sind von dem stofflichen Gegenstand der Produktion her einseitig auf die Bedürfnisse der SU,

Abb. 1 Anteil von Maschinen und Anlagen am Export der UdSSR (in Prozent)



in unveränderlichen Preisen
in laufenden Preisen

Abb. 3 Anteil von Brennstoff-, Energie- und Rohstoffwaren (ohne Nahrungsmittel-Rohstoffe) am Export der UdSSR (in Prozent)



in laufenden Preisen
in unveränderlichen Preisen

bestenfalls des RGW ausgerichtet und entsprechen oft den nationalen Bedürfnissen nicht. In vielen Fällen müssen dann dringend benötigte Produkte, die im Grunde auch zu Hause hergestellt werden könnten, aus einem anderen RGW-Land und schlimmstenfalls im Westen besorgt werden, wodurch gegenseitige Eingebundenheit und Verschuldung wachsen. Auf dem derart gestalteten Markt verwandeln sich die kleineren RGW-Mitglieder buchstäblich in Satelliten der SU.

Die Beschränktheit des Preisbildungs- und Finanzsystems wiederspiegelt die Beschränktheit des Austausches selbst. In diesem Sinne ist es nicht einmal richtig, den Begriff *Markt* zu verwenden. Denn von freiem Austausch kann auf diesem „Markt" keine Rede sein. Erstens müssen die gegenseitigen Handelsbilanzen ausgeglichen sein. Zwar können drei- oder vierseitige Vereinbarungen mit einbezogen werden, und so über Drittländer die Bilanzen ausgeglichen werden, aber die Grundlage bleibt Ware gegen Ware. Die Transaktion Ware gegen Geld ist zweitrangig, gerade weil Überschüsse nicht aus dem RGW herausgezogen werden können – handelt es sich doch durchweg um nicht konvertierbare Währungen. Außer dem Fall, daß die Zahlung in Devisen erfolgte, was aber ein – wenn auch immer häufiger stattfindender – Sonderfall ist. Zweitens ist die Freiheit des Austausches beschränkt, weil sowohl in Qualität als auch in Quantität gekauft werden muß, was da ist. Und dies wird bei der beschränkten Zahl der Mitglieder und ihrem verhältnismäßig gleichen Entwicklungs- und Produktionsniveau, bei gleichzeitiger, verlockender Existenz der Angebote auf dem Weltmarkt, aber ungleich immer vielfältiger werdenden Bedürfnissen der Mitglieder, mit Recht als unerträglich empfunden.

sches selbst. In diesem Sinne ist es nicht einmal richtig, den Begriff *Markt* zu verwenden. Denn von freiem Austausch kann auf diesem „Markt" keine Rede sein. Erstens müssen die gegenseitigen Handelsbilanzen ausgeglichen sein. Zwar können drei- oder vierseitige Vereinbarungen mit einbezogen werden, und so über Drittländer die Bilanzen ausgeglichen werden, aber die Grundlage bleibt Ware gegen Ware. Die Transaktion Ware gegen Geld ist zweitrangig, gerade weil Überschüsse nicht aus dem RGW herausgezogen werden können – handelt es sich doch durchweg um nicht konvertierbare Währungen. Außer dem Fall, daß die Zahlung in Devisen erfolgte, was aber ein – wenn auch immer häufiger stattfindender – Sonderfall ist. Zweitens ist die Freiheit des Austausches beschränkt, weil sowohl in Qualität als auch in Quantität gekauft werden muß, was da ist. Und dies wird bei der beschränkten Zahl der Mitglieder und ihrem verhältnismäßig gleichen Entwicklungs- und Produktionsniveau, bei gleichzeitiger, verlockender Existenz der Angebote auf dem Weltmarkt, aber ungleich immer vielfältiger werdenden Bedürfnissen der Mitglieder, mit Recht als unerträglich empfunden.

Die Schaubilder links zeigen - graphisch etwas undeutlich - eine genau entgegengesetzte Tendenz beim Maschinen- bzw. Roh- und Brennstoffexport der UdSSR.

Import der UdSSR von Maschinen und Ausrüstungen, aufgeschlüsselt nach den einzelnen RGW-Ländern

	1971—1974	1976—1979	1971—1974	1976—1979
	in Millionen Rubel		in Prozent	
Insgesamt	14 013	30 785	100,0	100,0
darunter:				
DDR	4 839	9 057	34,5	29,4
Tschechoslowakei	2 779	6 082	19,8	19,8
Polen	2 178	5 205	15,5	16,9
Bulgarien	1 897	5 218	13,5	16,9
Ungarn	1 790	4 294	12,8	14,0
Rumänien	528	928	3,8	3,0

Quelle: Aussenhandel, UdSSR 1981, Nr. 3 und 6

Sprengkräfte ...

Solange im Inneren der einzelnen RGW-Länder verhältnismäßig gleichartige Wirtschaftssysteme, nämlich die staatlich gelenkte Wirtschaftsdiktaturen, vorherrschten, gab es eine formelle Entsprechung zwischen dem inneren und dem äußeren Lenkungssystem (RGW). Sobald jedoch starke Reformbestrebungen in Richtung Warenproduktion auftreten (so in Ungarn), wird der RGW vollends zum Zwangskorsett. Der sich im Inneren langsam herausbildende freie Kapital- und Arbeitsmarkt gerät in einen unlösbaren Widerspruch mit den administrativ willkürlichen Strukturen des RGW. Denn wie soll ein Betrieb, der seine Produktionsstruktur, wie in Ungarn, selbst bestimmen kann, zur Annahme von für ihn unrentablen RGW-Verpflichtungen gebracht werden? Dies ist nur eine der vielen auftauchenden Fragen. Sie wird in Ungarn heute darüber gelöst, daß ein Fonds für den Ausgleich von Verlusten RGW-geschädigter Betriebe geschaffen wurde. (Die DDR ist da ein anderes Extrem. Die dortige Partei- und Staatsführung beschreitet – nicht unbedingt freiwillig – den Weg der weiteren wirtschaftlichen Machtkonzentration beim Staatsapparat und den Ausbau der administrativen Kontrolle, z.B. über die forcierte Kombinatsbildung, zur Lösung der immer stärker werdenden Krisenerscheinungen.)

... aber auch Sicherheiten

Es ist jedoch nicht so, daß unter diesen Umständen von Ungarn z.B. der Austritt oder dergleichen angestrebt würde. Denn die Einschränkungen, die der RGW bedeutet, waren bis heute auch nur haltbar, weil sie auf der anderen Seite zugleich auch Vorteile für die Mitglieder erbringen. Dazu nochmal die Ungarn: Es ist „... der stabile und zugleich dynamische Markt der übrigen RGW-Mitgliedsländer, der es Ungarn ermöglichte, unter Nutzbarmachung der internationalen Arbeitsteilung auch für den westlichen Markt wettbewerbsfähige Produkte zu entwickeln. Die Teilnahme an der sozialistischen ökonomischen Integration ist daher eine Voraussetzung der selektiven Industrieentwicklung (und) ... der internationalen Wettbewerbsfähigkeit; sie bedeutet jedoch keinerlei Isolierung ... Darauf beruht die Wettbewerbsfähigkeit solcher ungarischer Industriezweige wie z.B. der Omnibusbau ..."

Da es sich bei den RGW-Ländern mit Ausnahme der SU und vielleicht Polens durchweg um Länder mit einem kleinen inneren Markt handelt, der bei ihrem Entwicklungsgrad kaum ausgereicht hätte für die Entwicklung der

... aber auch Sicherheiten

Es ist jedoch nicht so, daß unter diesen Umständen von Ungarn z.B. der Austritt oder dergleichen angestrebt würde. Denn die Einschränkungen, die der RGW bedeutet, waren bis heute auch nur haltbar, weil sie auf der anderen Seite zugleich auch Vorteile für die Mitglieder erbringen. Dazu nochmal die Ungarn: Es ist „... der stabile und zugleich dynamische Markt der übrigen RGW-Mitgliedsländer, der es Ungarn ermöglichte, unter Nutzbarmachung der internationalen Arbeitsteilung auch für den westlichen Markt wettbewerbsfähige Produkte zu entwickeln. Die Teilnahme an der sozialistischen ökonomischen Integration ist daher eine Voraussetzung der selektiven Industrieentwicklung (und) ... der internationalen Wettbewerbsfähigkeit; sie bedeutet jedoch keinerlei Isolierung ... Darauf beruht die Wettbewerbsfähigkeit solcher ungarischer Industriezweige wie z.B. der Omnibusbau ..."

Da es sich bei den RGW-Ländern mit Ausnahme der SU und vielleicht Polens durchweg um Länder mit einem kleinen inneren Markt handelt, der bei ihrem Entwicklungsgrad kaum ausgereicht hätte für die Entwicklung der
Produktion in einem so großen Maßstab, der erst eine hohe Rationalität und Produktivität ermöglicht, hat ihnen der RGW auch Entwicklungsmöglichkeiten geboten, ohne sie sogleich dem rauhen Wind des Weltmarktes auszusetzen. Auf dieser Grundlage sind auch die Bemühungen Jugoslawiens zu einer engeren Kooperation mit dem RGW zu sehen.

Das ist der gegenwärtige Stand der Dinge. Die Richtung der polnischen Wirtschaftsreform läßt vermuten, daß Polen, so bald es zu einer Konsolidierung seiner Wirtschaft kommt, mit ähnlichen Forderungn wie Ungarn auftreten wird. Zwar aus anderen Gründen, aber auch Rumänien strebt eine Entwicklung des RGW in dieser Richtung an. Von einer Blockbildung zu reden, wäre sicherlich verfrüht. Da die ganz entgegengesetzten Vorstellungen über die Zukunft gegenwärtig zu einer fast vollständigen Blockade führen, müssen sich in absehbarer Zeit zumindest gewisse Bewegungsformen dieser Widersprüche herausbilden. Eine Schwächung der sowjetischen Machtmonopole wäre das allemal.



New York. 3000 Mitglieder der Gewerkschaft der Fluglotsen, die gegenwärtig in einem schweren Streik stehen, führten den Marsch von 100000 an, die am amerikanischen ,,Tag der Arbeit", dem 7. September, ihre traditionelle Parade hielten. Die Demonstration stand im Zeichen einer deutlichen Kampfansage der Gewerkschaften an Reagans Wirtschaftsprogramm. Reagan selbst zog es daher vor, der Veranstaltung ganz fern zu bleiben.

Vorbereitung der Friedensdemonstration am 10. Oktober

edd.Hamburg. Nach Angabe des Organisationskomitees für Aktion Sühnezeichen rufen 126 Untergliederungen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften zur Demonstration nach Bonn auf. Großen Anteil hat dabei die IG Druck und Papier, die im DGB Bundesvorstand gegen den Beschluß gestimmt hatte. Der Ortsverein und die Jugendgruppe Köln der IG Druck und Papier haben im OK zusammen mit anderen abgesprochen, auf der Demonstration einen zentralen Gewerkschafterblock zu bilden. Als Treffpunkt ist Bonn St. Josephshöhe für den Gewerkschafterblock vorgesehen. Dies ist vom Organisationskomitee freigehalten. Ebenfalls kommen Sonderzüge am Bahnhof Bonn Beul an, mit denen auch Gewerkschafter fahren. Hier wird es aber unmöglich sein, da alleine 75 Sonderzüge erwartet werden, einen Block Gewerkschafter zu organisieren. So fahren der DGB Kreis Bielefeld mit 95 Bussen die St. Josephshöhe an, ebenso der AKL Hamburg, die IG Druck Hamburg und andere. Aufgerufen haben in Hamburg: HBV, IG Druck und Papier, sowie deren Jugendgruppen und Ausschüsse, die DGB Jugend. 200 Betriebsräte und Vertrauensleute haben begonnen, für eine Anzeige in der Hamburger Morgenpost für eine Atomwaffenfreie Zone (Aufruf Sühnezeichen) in den Gewerkschaften Geld und Unterschriften zu sammeln. Die IG Druck Jugend ruft in einem Flugblatt auf, mit dem Tenor gegen die Mittelstreckenraketen. Da die IGM offiziell nicht aufruft, die Vertreterversammlung dies aber kritisiert hat, wird über den offiziellen IGM-Verteiler ein Flugblatt des OJA als METALL Jugend Hamburgs ver-

Bundesvorstand gegen den Beschluß gestimmt hatte. Der Ortsverein und die Jugendgruppe Köln der IG Druck und Papier haben im OK zusammen mit anderen abgesprochen, auf der Demonstration einen zentralen Gewerkschafterblock zu bilden. Als Treffpunkt ist Bonn St. Josephshöhe für den Gewerkschafterblock vorgesehen. Dies ist vom Organisationskomitee freigehalten. Ebenfalls kommen Sonderzüge am Bahnhof Bonn Beul an, mit denen auch Gewerkschafter fahren. Hier wird es aber unmöglich sein, da alleine 75 Sonderzüge erwartet werden, einen Block Gewerkschafter zu organisieren. So fahren der DGB Kreis Bielefeld mit 95 Bussen die St. Josephshöhe an, ebenso der AKL Hamburg, die IG Druck Hamburg und andere. Aufgerufen haben in Hamburg: HBV, IG Druck und Papier, sowie deren Jugendgruppen und Ausschüsse, die DGB Jugend. 200 Betriebsräte und Vertrauensleute haben begonnen, für eine Anzeige in der Hamburger Morgenpost für eine Atomwaffenfreie Zone (Aufruf Sühnezeichen) in den Gewerkschaften Geld und Unterschriften zu sammeln. Die IG Druck Jugend ruft in einem Flugblatt auf, mit dem Tenor gegen die Mittelstreckenraketen. Da die IGM offiziell nicht aufruft, die Vertreterversammlung dies aber kritisiert hat, wird über den offiziellen IGM-Verteiler ein Flugblatt des OJA als METALL Jugend Hamburgs ver-
breitet unter den Forderungen: Atomwaffenfreie Zone, Keine Mittelstreckenraketen in Europa, Verbot und Vernichtung aller ABC Waffen! Auch hier wird nach Bonn St. Josephshöhe mobilisiert, um in einem zentralen Gewerkschafterblock zum Ausdruck zu bringen, daß die Arbeiterbewegung ein entscheidender Teil der Friedensbewegung ist.

PanAm fordert Lohnverzicht

kvz. Zu einem freiwilligen Verzicht auf das 13. Monatsgehalt, das Urlaubsgeld für 1982 und eine Gehaltserhöhung bis Ende des nächsten Jahres hat die amerikanische Fluggesellschaft PanAm ihre 1500 Beschäftigten in einem Schreiben aufgefordert.

205 Gewerkschafter in Südafrika verhaftet

mfl. Im südafrikanischen Homeland Ciskai sind 205 schwarze Gewerkschafter verhaftet worden. Sie hatten an einer Kundgebung in East London teilgenommen, auf der die gewaltsame Ersetzung der weißen Minderheitsregierung gefordert wurde. Als Verhaftungsgrund wurde die Verhinderung aufrührerischer Versammlungen angegeben. Sie können drei Monate ohne Verfahren festgehalten werden. Die verhafteten Gewerkschafter sind Mitglieder der südafrikanischen Vereinigten Arbeitergewerkschaft und der Gewerkschaft der Arbeiter in der Nahrungsmittel- und Dosenindustrie. Einige Firmen in East London haben die Freilassung gefordert, weil sich diverse Fachkräfte darunter befinden, die in den Betrieben benötigt werden.

Belgische Regierung für 4-Tage-Woche mit 10 Stunden-Tag

rof. Um die Produktivität in den Betrieben zu heben und neue Arbeitsplätze zu schaffen, hat der belgische Minister für Arbeit de Wulf einen Gesetzesentwurf bekanntgemacht, den die Regierung in Kürze in das Parlament einbringen will. Im Wortlaut: ,,1. Die Arbeitswoche von 4 Tagen kann eingeführt werden, in vier Tagen muß dann so lange gearbeitet werden wie jetzt in 5 Tagen, der Arbeitstag also 9 bis 10 Stunden dauern ... 2. Nur der Basislohn, und nicht mehr der Überlohn soll für Überstunden gezahlt werden ... der Überlohn wird umgerechnet auf Arbeitsstunden und muß als Ruhetage oder zusammenhängender Urlaub genommen werden. 3. das Dreischichtsystem in Unternehmungen, die auch des nachts und am Wochenende arbeiten, kann in ein 5-Schichtsystem erweitert werden." Verschiedene Branchen haben diesen Gesetzentwurf gefordert, um die Auslastung der Maschinenkapazitäten zu optminieren. Arbeitsminister de Wulf erwartet von den Betrieben, die regelmäßig Überstunden arbeiten lassen, durch die neue Regelung verstärktes Anwerben neuer Arbeitskräfte. Dem Minister schweben dabei unbefristete Arbeitsverträge vor, mit staatlichem Lohnzuschuß an die Kapitalisten, bis zu fünfjähriger Dauer.

Hungerstreik gegen Werksschließungen bei Enka

kvz. Mit einer symbolischen Besetzung des Werkstores von Enka in Kassel demonstrierten Betriebsangehörige gegen die beabsichtigte Schließung des Werkes, wovon 840 Beschäftigte betroffen

beitswoche von 4 Tagen kann eingeführt werden, in vier Tagen muß dann so lange gearbeitet werden wie jetzt in 5 Tagen, der Arbeitstag also 9 bis 10 Stunden dauern ... 2. Nur der Basislohn, und nicht mehr der Überlohn soll für Überstunden gezahlt werden ... der Überlohn wird umgerechnet auf Arbeitsstunden und muß als Ruhetage oder zusammenhängender Urlaub genommen werden. 3. das Dreischichtsystem in Unternehmungen, die auch des nachts und am Wochenende arbeiten, kann in ein 5-Schichtsystem erweitert werden." Verschiedene Branchen haben diesen Gesetzentwurf gefordert, um die Auslastung der Maschinenkapazitäten zu optminieren. Arbeitsminister de Wulf erwartet von den Betrieben, die regelmäßig Überstunden arbeiten lassen, durch die neue Regelung verstärktes Anwerben neuer Arbeitskräfte. Dem Minister schweben dabei unbefristete Arbeitsverträge vor, mit staatlichem Lohnzuschuß an die Kapitalisten, bis zu fünfjähriger Dauer.

Hungerstreik gegen Werksschließungen bei Enka

kvz. Mit einer symbolischen Besetzung des Werkstores von Enka in Kassel demonstrierten Betriebsangehörige gegen die beabsichtigte Schließung des Werkes, wovon 840 Beschäftigte betroffen
wären. Der Betriebsratsvorsitzende und ein Vertrauensmann führen einen Hungerstreik gegen die Schließung durch. Zwei weitere Betriebsangehörige wollen sich dem Hungerstreik anschließen. Bei einer Unterschriftensammlung zur Erhaltung des Werkes wurden bisher 35000 Unterschriften gesammelt.

Forderungskatalog bolivianischer Gewerkschafter

kvz. Fünf führende Mitglieder des seit dem Staatsstreich vom Juli 1980 verbotenen und im Untergrund arbeitenden bolivianischen Gewerkschaftsbundes COB haben jetzt eine Plattform mit zehn Minimalforderungen an die Junta aufgestellt. Bei diesen Forderungen handelt es sich um uneingeschränkte Generalamnestie, Achtung der gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte, Achtung der Menschenrechte, Pressefreiheit, Aufhebung aller restriktiven Maßnahmen, Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Arbeiter, Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Wiedereinstellung der aus politischen oder gewerkschaftlichen Gründen entlassenen Arbeiter, Achtung der Autonomie der Universitäten, Schutz der Bodenschätze des Landes, Einhaltung der Verfassung. Auch die Minenarbeiter fordern Zugeständnisse der Junta. In einer Erklärung, die von den Arbeitern der größten Kupfermine des Landes herausgegeben wurde, werden vor allem die Anerkennung der Gewerkschaften sowie die Freilassung der inhaftierten Gewerkschaftsführer und Amnestie für Gewerkschafter, die im Exil leben, gefordert. Außerdem verlangen die Arbeiter eine regelmäßige Anpassung ihrer Löhne an die Lebenshaltungskosten.

Britischer Gewerkschaftskongreß

Linker Flügel des TUC setzte sich bei den Abstimmungen durch

mfl. Begonnen hatte der Gewerkschaftskongreß des britischen Gewerkschaftsverbandes TUC in Blackpool mit scharfen Angriffen auf die Thatcher-Regierung. Vorgeworfen wurden ihr eine katastrophale Wirtschaftspolitik, die die Arbeitslosigkeit des Landes gezielt verschärfe. Einer der wenigen Punkte, wozu eine völlig ungeteilte Meinung bestand. Beschlossen wurde auf dem Kongreß, jede Debatte mit der Regierung über freiwillige Lohnsenkungen strikt abzulehnen. In Hinblick auf eine eventuelle Labour-Regierung sollen aber die wirtschaftlichen Möglichkeiten abgewogen und die Lohnbewegung und ihre Wirkung auf Preise analysiert werden. Auseinandersetzungen gab es um die Frage der freien Aushandlung der Löhne. Der rechte Flügel trat für Lohnleitlinien und andere Maßnahmen zur Lohnkontrolle ein. Eine Zusage zur freiwilligen Lohnsenkung wollte die Mehrheit aber auch einer Labour-Regierung nicht geben.

In einer Resolution zur Wirtschaftspolitik sprachen sich die Delegierten für die Schaffung von Arbeitsplätzen mit einer Erhöhung des Kreditspielraums der Banken, selektive Importbeschränkungen und die Verstaatlichung von Teilen der britischen Industrie sowie die Erhöhung der finanziellen Unterstützung für staatliche Betriebe aus. Im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms wurde die gesetzliche Beschränkung der Jahresarbeitszeit gefordert. Das sei aber nie durchzusetzen, wenn nicht gleichzeitig etwas gegen die Überstunden unternommen werde. Auch 6 Wochen Urlaub (ohne Samstage) wurden gefordert. Weiter wurde Stellung bezogen gegen den Abbau der Sozialleistungen und für die Erhöhung der Renten und Ausweitung der sozialen Dienste.

Keinesfalls dürfe eine Senkung der Ausbildungsausgaben hingenommen werden, sondern kostenlose umfassende Ausbildung vom Kindergarten bis zur Universität und die Verdrängung der Privatschulen wäre nötig. Die Lehrergewerkschaft hob hervor, daß dies nicht allein Aufgabe der Lehrer, sondern Angelegenheit aller sei. Und die Bergarbeitergewerkschaft erinnerte gerade an die historische Bedeutung der Frage einer vernünftigen Ausbildung.

Die Mehrheit sprach sich auch für einen Verzicht auf Atombewaffnung und eine einseitige Abrüstung Großbritanniens aus. Dieser Beschluß bedeutet eine grundlegende Änderung der bisherigen Position der britischen Gewerkschaften und wurde mit der verschärften internationalen Lage und dem Wettrüsten der Supermächte begründet. Großbritannien müsse bei dem Bemühen um eine Verminderung der Kriegsgefahr einen Anfang machen. Anträge, den Atomwaffenverzicht sowie den Abbau der amerikanischen Stützpunkte in Großbritannien von der internationalen Abrüstungsbereitschaft abhängig zu machen, gingen unter.

Wie zu erwarten war, wurde auch für den Austritt aus der EG ohne vorheriges Referendum gestimmt. Der Finanzbeitrag zur EG sei zu hoch, die gemeinsame Argrarpolitik habe sich als Katastrophe für die Landwirtschaft Großbritanniens erwiesen. Ein Austritt sei nötig, wenn die künftige Labour-Regierung ihre wirtschaftlichen Reformen verwirklichen will. Eine Volksabstimmung verzögere das nur. Der Teil der Delegierten, der für die Volksabstimmung war, warf den anderen vor, Angst vor der Stimme des Volkes zu haben.

Einhellig wurden die in einem Diskussionspapier der Regierung debattierten Einschränkungen der Gewerkschaftsrechte verurteilt. Vorgeschlagen war in diesem Papier: die Einschränkung von Solidaritätsaktionen bei Streiks, rascherer Polizeizugriff gegen ,,ungesetzlich" Streikende, leichtere gerichtliche Verfolgung bei Sachbeschädigung während eines Arbeitskampfes, alle Streiks sollen vom Ausgang geheimer Wahlen abhängig gemacht werden; in den Bereichen ,,lebenswichtiger Industrien" sollen Streiks ganz verboten werden; das Prinzip der Pflichtmitgliedschaft in einer Gewerkschaft (closed shop) soll weiter eingeschränkt werden.

Die auf dem TUC-Kongreß ausgetragenenen Machtkämpfe wurden überwiegend zugunsten des linken Flügels entschieden. Das hat auch Bedeutung für den Ausgang der Wahl des Vorstandes der Labour Party am 27.9., da hier die Gewerkschaften eine entscheidende Stimme haben. Während die Wiederwahl Michael Foots zum Vorsitzenden als gesichert gilt, geht es jetzt darum, ob ein Vertreter des linken oder des rechten Flügels den Platz des Stellvertreters einnimmt.



Mit Liedern und Sekt feiern die Heinze-Frauen ihren Sieg vor dem Bundesarbeitsgericht. Bringt er rechtlich auch nicht viel Neues, so ist es politisch gesehen natürlich ein Sieg mehr. Schon der Prozeß selbst hat viele Frauen ermutigt zu klagen. Die große Unterstützung, die die Heinze-Frauen erhielten, und schließlich ihr Sieg vor dem BAG wird noch viel mehr Frauen ermuntern und einige Kapitalisten gefügiger machen. Verschiedene Gewerkschaften haben schon ihre Betriebsräte aufgefordert, alle Lohnlisten zu überprüfen. Im Falle

terstützung für staatliche Betriebe aus. Im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms wurde die gesetzliche Beschränkung der Jahresarbeitszeit gefordert. Das sei aber nie durchzusetzen, wenn nicht gleichzeitig etwas gegen die Überstunden unternommen werde. Auch 6 Wochen Urlaub (ohne

schaft abhängig zu machen, gingen unter.

Wie zu erwarten war, wurde auch für den Austritt aus der EG ohne vorheriges Referendum gestimmt. Der Finanzbeitrag zur EG sei zu hoch, die gemeinsame Argrarpolitik habe sich als Katastrophe für die Landwirtschaft

tung für den Ausgang der Wahl des Vorstandes der Labour Party am 27.9., da hier die Gewerkschaften eine entscheidende Stimme haben. Während die Wiederwahl Michael Foots zum Vorsitzenden als gesichert gilt, geht es jetzt darum, ob ein Vertreter des linken oder des rechten Flügels den Platz des Stellvertreters einnimmt.



Mit Liedern und Sekt feiern die Heinze-Frauen ihren Sieg vor dem Bundesarbeitsgericht. Bringt er rechtlich auch nicht viel Neues, so ist es politisch gesehen natürlich ein Sieg mehr. Schon der Prozeß selbst hat viele Frauen ermutigt zu klagen. Die große Unterstützung, die die Heinze-Frauen erhielten, und schließlich ihr Sieg vor dem BAG wird noch viel mehr Frauen ermuntern und einige Kapitalisten gefügiger machen. Verschiedene Gewerkschaften haben schon ihre Betriebsräte aufgefordert, alle Lohnlisten zu überprüfen. Im Falle
unterschiedlicher Bezahlung soll die Möglichkeit gerichtlicher Schritte geprüft werden. Die Ausgangsbasis der noch klagenden Frauen hat sich dadurch nur verbessert.

Kein Grundsatzurteil – aber trotzdem ein Erfolg!

Rechtliche Bedeutung des Heinze-Urteils

mfl. Der Sieg der Heinze-Frauen ist rechtlich ziemlich eng auf den speziellen Fall zugeschnitten und kaum auf andere Fälle übertragbar. Heinze hatte die höheren Zulagen für Männer als Erschwerniszulage für deren Nachtarbeit ausgegeben. Die Tatsache, daß bei Heinze auch Frauen Nachtarbeit leisten, ohne entsprechende Zulage, und daß sie im Vertrag ohne Angabe von Gründen auftaucht, hat sie dem Gericht als Erschwerniszulage unglaubwürdig gemacht. In der Presseinformation des Bundesarbeitsgerichts heißt es dazu:

,,a) Der Senat hat in seiner Entscheidung vom 11. September 1974 erklärt, dem Arbeitgeber sei es nicht verwehrt, für tatsächlich geleistete Nachtarbeit übertarifliche Zuschläge zu zahlen, weil mit dieser Arbeit besondere Erschwernisse verbunden sind ...

b) Dies kann die Zulagen an die in Nachtschicht oder im Wechsel zwischen Früh- und Nachtschicht tätigen männlichen Arbeitnehmer im vorliegenden Fall deshalb nicht rechtfertigen, weil auch die in der sogenannten Spätschicht voll beschäftigten Klägerinnen zwischen 20.00 Uhr und 3.15 Uhr Nachtarbeit leisten, jedoch nur eine Zulage von 1,04 bzw. 0,42 DM erhalten ... Bei dieser Sachlage kann die Beklagte nicht mit Erfolg geltend machen, die Erschwernisse der Nachtarbeit rechtfertigten es, den Männern überhaupt oder höhere Zulagen als den Frauen zu gewähren. Hinzu kommt, daß die in Spätschicht teilzeitbeschäftigten Frauen ebenfalls noch von 20.00 Uhr bis 22.50 Uhr Nachtarbeit leisten; sie erhalten bis auf eine Klägerin überhaupt keine übertariflichen Zulagen ...

d) ... In den Anstellungsverträgen ist die Zulage ohne Angabe des Zwecks aufgeführt. Sie ist als Teil des Stundenlohns ausgewiesen. Dieser Stundenlohn ... bildet auch die Grundlage für die Bemessung des tariflichen Nachtzuschlags. Schließlich ist vereinbart, die Zulage mit Tariflohnerhöhungen verrechnen zu können. All das spricht gleichfalls dagegen, daß mit der Zulage andere als die nach den tariflichen Eingruppierungsmerkmalen zu leistenden Arbeiten abgegolten werden sollten."

Günstig ist, daß in dem Heinze-Urteil die unterschiedliche Höhe der Zulagen bei Männern, die einzelvertraglich vereinbart worden waren, als Erwägungsgrund abgelehnt wird. Ausgegangen wurde hier davon, daß die Zulagen der Männer, trotz unterschiedlicher Höhe, in ihrer Gesamtheit höher sind als die der Frauen. Damit werden Vertuschungsversuche der Kapitalisten vereitelt, mit denen sie den Eindruck erwecken wollen, die Höhenunterschiede der Zulagen richteten sich nicht nach dem unterschiedlichen Geschlecht, sondern nach anderen objektiven Gesichtspunkten.

Auch weiterhin umstritten bleibt die sogenannte Arbeitsmarktzulage, die Männern gezahlt wird, weil sie sonst für bestimmte Arbeiten nicht zu bekommen seien. In dieser Frage wird von dem Urteil in dem Prozeß der 52 Schickedanz-Frauen erst eine Klärung erwartet. Nachträglich eingebrachte Begründungen für Ungleichbehandlungen werden nach dem jetzigen Urteil jedenfalls nicht mehr anerkannt.

11. Bundeskonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff:

„Tarifpolitisches Aktionsprogramm“ im Mittelpunkt

Die Anträge zum Gewerkschaftstag / Erfolge im Tarifkampf / Umstrittene Methoden zur Steigerung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades

acm. „Vor Streiks, mit denen wahrscheinlich wieder im Karosseriebau zu rechnen ist, werden wir nicht zurückschrecken“, kündigte der Geschäftsführer der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) in Bremen, H. Deister, in der letzten Woche an. Denn mit der Kündigung der Tarifverträge für die Handwerksbereiche Tischler, Raumausstatter sowie Fahrzeug- und Karosseriebauer wird die GHK in Bremen die Lohnrunde 81/82 mit als erstes eröffnen. Und somit steht auch der am 4. Oktober in Travemünde beginnende 11. ordentliche Gewerkschaftstag der GHK schon ganz im Zeichen des kommenden Tarifkampfes. Das in der „Holzarbeiterzeitung“ jetzt veröffentlichte Antragsmaterial an den Gewerkschaftstag hat denn auch einen Mittelpunkt in der Form des „Tarifpolitischen Aktionsprogramms“, daß der Hauptvorstand in Fortsetzung dessen von 1977 wieder vorgelegt hat.

Und gerade die Tarifpolitik ist es, die in der Praxis der GHK eine bedeutende Rolle spielt, die gerade auch diese Gewerkschaft – als eine den kleineren (147000 Mitglieder) – als relativ radikal und erfolgreich kennzeichnet. In den „Arbeitsergebnissen 1977–80“ hat der Hauptvorstand somit in seiner Rechenschaftslegung über das letzte „Tarifpolitische Aktionsprogramm“ auch im wesentlichen Erfolge verbucht. Als positive Errungenschaften werden enge Zusammenarbeit zwischen Tarifkommission und Vertrauensleutekörpern festgehalten sowie die aktive Einbeziehung der GHK-Mitglieder in die Tarifauseinandersetzung. Und vor allem: „Seit dem Leverkusener Gewerkschaftstag (1977) haben die Kolleginnen und Kollegen der Holzwirtschaft in jedem Jahr in Streikabstimmungen und Arbeitskämpfen bewiesen, daß hinter den Tarifforderungen der GHK die Entschlossenheit der Mitglieder steht, die berechtigten Forderungen notfalls auch unter dem Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel durchzusetzen.“ Fast in allen Tarifbereichen und -bezirken haben in den Jahren 1978–80 Streiks stattgefunden oder konnten schon durch Streikabstimmungen die Kapitalisten zu Tarifabschlüssen gezwungen werden. In der folgenden Tabelle des Hauptvorstandes sind die Erfolge sichtbar, auch wenn wie der Hauptvorstand selber einräumt, durch Steuererhöhungen manches wieder verloren ging.

Jahr	durchschnittliche Steigerung der GHK-Tarifl. u. -gehälter	Preissteigerungen
1977	6,2%	3,6%
1978	6,3%	2,5%
1979	5,5%	4,1%
1980	7,2%	5,3–5,5%

Bei der Arbeitszeitverkürzung geht die GHK von der Wochenarbeitszeitverkürzung aus, hat aber, wie der Hauptvorstand schreibt: „... im Interesse einer vorrangigen Arbeitszeitverkürzung der besonders belasteten Schichtarbeiter, die Wochenarbeitszeitverkürzung für alle Arbeitnehmer zurückgestellt. Gleichzeitig gelang es, für die Arbeitnehmer im Drei-Schicht-Betrieb eine bezahlte tägliche Pause von 30 Minuten durchzusetzen, bei einer Begrenzung der Schichtarbeit auf acht Stunden. Das bedeutet effektiv eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 37,5 Stunden. Zusätzlich haben diese Arbeitnehmer an dreischichtigen Arbeitsplätzen ab 1981 für jeweils 30 Nachtschichten Anspruch auf eine bezahlte Freischicht“.

Das jetzt vom Hauptvorstand vorgelegte Aktionsprogramm stellt eine Fortsetzung der bisherigen Richtung dar: Konzentration auf „Sicherung und Verbesserung der Realeinkommen“, „gemeinsame Tarifpolitik für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende“ mit der „Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit“ und dem Kampf um die Arbeitsbedingungen (Pausenregelungen für Schichtarbeiter usw.). Einzelne Ziele werden gesondert angegeben: Dreizehntes Monatseinkommen, sechs Wochen Jahresurlaub und zusätzliches Urlaubsgeld, Kurzarbeitsausgleich, verlängerte Kündigungsfristen, Anerkennung der Vertrauensleute und letztlich die Verteidigung der Tarifautonomie. Von der Anlage her hat das Programm Ähnlichkeit mit dem Aktionsprogramm der IG Druck und Papier.

Begleitet wird das „tarifpolitische Aktionsprogramm“ durch vielfältige Anträge zur Änderung der Arbeitszeitordnung – mit dem Forderungsschwerpunkt 40-Stunden-Woche, Abbau von Schicht- und Nachtarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit für Nacht- und Schichtarbeiter und Einschränkung der Überstunden –, und die gesonderten Anträge zum Kampf um die 35-Stunden-Woche. Wobei hier die Einsicht vorliegt, daß Erfolge nur durch koordinierte Aktionen der DGB-Gewerkschaften erzielt werden können. Auch in dieser Frage hatte sich die IG Druck und Papier in den letzten Monaten schon öfters geäußert und vertritt desgleichen in ihrer Strategie im Kampf um die 35-Stunden-Woche.

Eine weitgehend negative Richtung stellen die Bestrebungen zur Änderung des Tarifvertragsgesetzes dar, die in mehreren Anträgen formuliert sind, Dadurch soll es möglich werden, daß Gewerkschaftsmitglieder in den Genuß von Sonderabschlüssen kommen können, die unorganisierte Arbeiter nicht erhalten. Diese alte und bekannte Richtung in der Arbeiterbewegung treibt hier immer noch ihr Unwesen mit Bezug auf die Stärkung der Gewerkschaften. Das aber gerade der Spaltung der Arbeiterklasse Tür und Tor geöffnet werden, daß den Kapitalisten geradezu die Möglichkeit eröffnet wird, Organisierte und Unorganisierte bei Löhnen usw. voneinander abzukoppeln – das wird nicht in die Erwägungen einbezogen. Der beste Antrag zur „Stärkung der Organisation“ (Bezirkstag Nordrhein-Westfalen) versucht demgegenüber die Probleme wenigsten zu erfassen. In dem Antrag wird auf die 16%ige Steigerung der Mitgliedschaft in den letzten vier Jahren verwiesen und für die Zukunft eine Strukturuntersuchung der Holzwirtschaft mit einer Kampagne und dem Ziel der 50%igen Organisierung aller Beschäftigten angestrebt. Im Moment, so der Antrag, sei der Organisationsgrad – bezogen auf die betriebsratsfähigen Betriebe – mit 27,7% zu niedrig. Das dieses Problem im Kern aber nicht durch die Aufsplitterung von Tarifabschlüssen für organisierte und nichtorganisierte zu lösen ist, diese Einsicht muß sich die GHK erst noch entwickeln.

Einen zweiten Schwerpunkt der Diskussion auf dem Gewerkschaftstag wird die Auseinandersetzung um Friedenspolitik und Friedensbewegung bilden. Während der Hauptvorstand in seinem Antrag relativ allgemein geblieben ist und die Entspannungspolitik als fortzusetzende behandelt, laufen die meisten Anträge der Bezirkstage in die Richtung der Ablehnung der Mittelstreckenraketenstationierung und legen ihr Hauptgewicht auf die Verurteilung der Politik des US-Imperialismus. Daneben sind in einigen Anträgen Forderungen nach „Kürzung des Rüstungshaushaltes“, „Einstellung des Rüstungsexportes“, Alternativproduktionen zur Rüstungsproduktion, Zurücknahme des Fregattenbauprogramms, „Abschaffung der Gewissensprüfung“, „Gegen Kasernierung von Wehrdienstverweigerern“, „Gegen Verlängerung von Zivil- und Wehrdienst“ sowie gegen den Frauen-Militärdienst enthalten. Insoweit sind diese Anträge auch auf dem Stand der momentanen Bewegung, enthalten aber wenig an neuen Gedanken und Richtungen. Bislang gibt es *keinen* Antrag zur Unterstützung der kämpfenden Völker, dagegen wird zur „Hilfe für Vietnam“ aufgefordert. Der Konfliktstoff um die internationale politische Lageentwicklung scheint somit schon vom Gewerkschaftstag verbannt und politische Fortschritte in dieser Richtung nicht zu erwarten, vielleicht abgesehen davon, daß der Gwerkschaftstag wohl ein recht deutliches Votum für die Teilnahme der Gewerkschaftsjugend am 10. Oktober setzen wird.



„Das Bild vom Einziehen der Nosagfedern täuscht: Kaum eine Arbeit ist so extrem einseitig und führt so schnell zu einer Überbeanspruchung der Gelenke und kleiner Muskelgruppen. An Kraft sind immerhin bis zu fünf Kilopond notwendig, um – trotz der Hebelwirkung – eine Feder einzuziehen und das 360 mal am Tag“ („Holzarbeiterzeitung“).

„Gewerkschafter für TuWat TuWat für Gewerkschafter“

IG Druck und Papier unterstützt den Aufruf:
Ein Stundenlohn für El Salvador

Der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung in El Salvador hat allein in den letzten Monaten über 10000

monstration z.B. gegen die mindestens 30%ige Arbeitslosigkeit. Im Interesse der wenigen reichen Großgrund- und

teidigung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) fordert die „volle Solidarität mit dem Kampf der demokratischen und revolutionären Kräfte“ in El Salvador.
Wir schließen uns diesen Forderungen an.

kvz. Unter diesem Motto haben Ge- zen“. Veranstaltungen jeweils in der

radikal und erfolgreich kennzeichnet. In den „Arbeitsergebnissen 1977–80“ hat der Hauptvorstand somit in seiner Rechenschaftslegung über das letzte „Tarifpolitische Aktionsprogramm“ auch im wesentlichen Erfolge verbucht. Als positive Errungenschaften werden enge Zusammenarbeit zwischen Tarifkommission und Vertrauensleutekörpern festgehalten sowie die aktive Einbeziehung der GHK-Mitglieder in die Tarifauseinandersetzung. Und vor allem: „Seit dem Leverkusener Gewerkschaftstag (1977) haben die Kolleginnen und Kollegen der Holzwirtschaft in jedem Jahr in Streikabstimmungen und Arbeitskämpfen bewiesen, daß hinter den Tarifforderungen der GHK die Entschlossenheit der Mitglieder steht, die berechtigten Forderungen notfalls auch unter dem Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel

für alle Arbeitnehmer zurückgestellt. Gleichzeitig gelang es, für die Arbeitnehmer im Drei-Schicht-Betrieb eine bezahlte tägliche Pause von 30 Minuten durchzusetzen, bei einer Begrenzung der Schichtarbeit auf acht Stunden. Das bedeutet effektiv eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 37,5 Stunden. Zusätzlich haben diese Arbeitnehmer an dreischichtigen Arbeitsplätzen ab 1981 für jeweils 30 Nachtschichten Anspruch auf eine bezahlte Freischicht“.
Das jetzt vom Hauptvorstand vorgelegte Aktionsprogramm stellt eine Fortsetzung der bisherigen Richtung dar: Konzentration auf „Sicherung und Verbesserung der Realeinkommen“, „gemeinsame Tarifpolitik für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende“ mit der „Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit“ und dem

letzten Monaten schon öfters geäußert und vertritt desgleichen in ihrer Strategie im Kampf um die 35-Stunden-Woche.
Eine weitgehend negative Richtung stellen die Bestrebungen zur Änderung des Tarifvertragsgesetzes dar, die in mehreren Anträgen formuliert sind, Dadurch soll es möglich werden, daß Gewerkschaftsmitglieder in den Genuß von Sonderabschlüssen kommen können, die unorganisierte Arbeiter nicht erhalten. Diese alte und bekannte Richtung in der Arbeiterbewegung treibt hier immer noch ihr Unwesen mit Bezug auf die Stärkung der Gewerkschaften. Das aber gerade der Spaltung der Arbeiterklasse Tür und Tor geöffnet werden, daß den Kapitalisten geradezu die Möglichkeit eröffnet wird, Organisierte und Unorganisierte bei Löhnen usw. voneinander abzu-

Ziel der 50%igen Organisierung aller Beschäftigten angestrebt. Im Moment, so der Antrag, sei der Organisationsgrad – bezogen auf die betriebsratsfähigen Betriebe – mit 27,7% zu niedrig. Das dieses Problem im Kern aber nicht durch die Aufsplitterung von Tarifabschlüssen für organisierte und nichtorganisierte zu lösen ist, diese Einsicht muß sich die GHK erst noch entwickeln.
Einen zweiten Schwerpunkt der Diskussion auf dem Gewerkschaftstag wird die Auseinandersetzung um Friedenspolitik und Friedensbewegung bilden. Während der Hauptvorstand in seinem Antrag relativ allgemein geblieben ist und die Entspannungspolitik als fortzusetzende behandelt, laufen die meisten Anträge der Bezirkstage in die Richtung der Ablehnung der Mittel-

sensprüfung“, „Gegen Kasernierung von Wehrdienstverweigerern“, „Gegen Verlängerung von Zivil- und Wehrdienst“ sowie gegen den Frauen-Militärdienst enthalten. Insoweit sind diese Anträge auch auf dem Stand der momentanen Bewegung, enthalten aber wenig an neuen Gedanken und Richtungen. Bislang gibt es *keinen* Antrag zur Unterstützung der kämpfenden Völker, dagegen wird zur „Hilfe für Vietnam“ aufgefordert. Der Konfliktstoff um die internationale politische Lageentwicklung scheint somit schon vom Gewerkschaftstag verbannt und politische Fortschritte in dieser Richtung nicht zu erwarten, vielleicht abgesehen davon, daß der Gwerkschaftstag wohl ein recht deutliches Votum für die Teilnahme der Gewerkschaftsjugend am 10. Oktober setzen wird.

„Gewerkschafter für TuWat TuWat für Gewerkschafter“

kvz. Unter diesem Motto haben Gewerkschafter im Umkreis von „TuWat“ eigene Programme organisiert wie auch jetzt am 19./20.9. Zentraler Punkt soll die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik sein. „Die Auseinandersetzung über Betriebsarbeit und/oder ihre Alternativen beschäftigt viele und findet Raum in linken Medien. Wir erleben die Abkehr von politischen Grundsätzen oder das bedingungslose Festkrallen an ihnen. Menschen, die einst gemeinsam in Betrieb und Gewerkschaft zusammenarbeiteten, stehen sich heute vielfach verständnislos gegenüber. Aber das „Aussteigen“ darf nicht nur eine Lücke, die mit Verständnislosigkeit gefüllt ist, hinterlassen. Nicht nur Arbeits-Alternativen in Kollektivbetrieben, sondern auch die Frage, wie wir in normalen Betrieben mit uns, mit unserem Leben, unserem Geld umgehen, können Fragen für unsere Gespräche sein“, heißt es in einem Einladungsflugblatt. Hier das Veranstaltungsprogramm:

Freitag, 18.9.: *„Gewerkschafter und Kriegsgefahr“* – Film und Diskussion: Was ist geschehen, was ist zu tun.

Samstag, 19.9., 11–15 Uhr: Offene Tür bei Metall-, Holz- und Druck-Kollektiven sowie der Tageszeitung. **16 Uhr:** Podiumsdiskussion und Gesprächsgruppen: *„Kollektive – Ausstieg aus dem Klassenkampf?“.* **15 Uhr:** *„Leben und Streben: Arbeiten um zu leben oder leben um zu arbeiten?“.* Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich oder Teilzeittätigkeit mit Konsumverzicht? Betriebsarbeit: Politisches Feld oder Platz zum Geldverdienen?

Sonntag, 20.9., 11 Uhr: *„Rüstungskonversion: Möglichkeiten und Grenzen“.* Veranstaltungen jeweils in der Regenbogenfabrik, Tel. 6186440.

Im Rahmen der Hausbesetzungen und der Wohnungspolitik des Senats haben sich mittlerweile auch mehrere gewerkschaftliche Unterstützungsgruppen gebildet. So lädt die Gruppe „Gewerkschafter der IG Metall für Hausbesetzer“ jeden Freitag um 18 Uhr in das Haus in der Lausitzer Straße 23 ein. In ihrem Flugblatt schreiben sie: „Mitglieder der DGB-Gewerkschaften haben ihre Vorstände aufgefordert, auf eine Änderung dieser Politik der „Neuen Heimat“ hinzuwirken, haben praktische Unterstützung für die besetzten Häuser geleistet.“ Über 50 Patenschaften gibt es bislang schon von betrieblichen und gewerkschaftlichen Gruppen, die sich gleichzeitig kritisch mit dem DGB, seinen Einzelgewerkschaften und deren Vertretern in der „Neuen Heimat“ auseinandersetzen.

IG Druck und Papier unterstützt den Aufruf:

Ein Stundenlohn für El Salvador

Der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung in El Salvador hat allein in den letzten Monaten über 10000 Menschen das Leben gekostet. Unsere Kolleginnen und Kollegen in El Salvador wollen eine menschenwürdige Existenz, wollen Löhne, von denen sie leben können, Nahrungsmittel und Schulen für ihre Kinder, Arbeitsbedingungen, an denen sie nicht schon mit 40 Jahren sterben, wollen die Freiheit, sich politisch, gewerkschaftlich und kulturell engagieren zu können. Diese selbstverständlichen Forderungen nach Verwirklichung der Menschenrechte, nach sozialer und poltischer Demokratie in einem unabhängigen El Salvador stoßen auf den erbitterten Widerstand der Herrschenden und ihrer militärischen Handlanger: Jeden Tag werden allein in der Hauptstadt San Salvador mindestens 20 von der Folter schrecklich verstümmelte Leichen gefunden; sie sollen gefunden werden – zur Abschreckung. Allein die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist lebensgefährlich, erst recht ein Streik oder eine Demonstration z.B. gegen die mindestens 30%ige Arbeitslosigkeit. Im Interesse der wenigen reichen Großgrund- und Fabrikbesitzer treiben Militärs und Paramilitärs – unterstützt von „Beratern“ und Waffen aus den USA – die salvadorianische Bevölkerung in die Alternative „Revolution oder Tod“. Gegen dieses unmenschliche Regime haben sich alle demokratischen Kräfte in El Salvador zu der nationalen Befreiungsfront (FDR/FMLN) zusammengeschlossen, damit der Völkermord nicht weitergeht und die Salvadorianer endlich selbst über ihr Land und dessen Entwicklung in Freiheit bestimmen können.

Die 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB verurteilte im Mai 1981 einstimmig „den Terror in El Salvador, den die regierende Junta zusammen mit Rechtsradikalen Kräften gegen die Bevölkerung ausübt“ und forderte unter anderem von der deutschen Bundesregierung „die demokratischen Kräfte zu unterstützen und die FDR anzuerkennen“. Auch der Ausschuß für die Verteidigung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) fordert die „volle Solidarität mit dem Kampf der demokratischen und revolutionären Kräfte“ in El Salvador.

Wir schließen uns diesen Forderungen an. Wir verurteilen die amerikanische Einmischung zugunsten der Machthaber in El Salvador. „Eine Unterstützung des gegenwärtigen Militärregimes dient nicht der dem innerstaatlichen Frieden, den Sozialreformen und damit der Freiheit und Demokratie, sondern verschärft die Gewalttätigkeiten und die bewaffneten Kämpfe“ (IBFG). Wir fordern auch von den USA Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht des salvadorianischen Volkes.

Damit unsere Solidarität nicht bei Appellen und Protesten stehenbleibt, damit unsere Kolleginnen und Kollegen in El Salvador unsere Unterstützung auch praktisch erfahren, spenden wir für die verfolgten Gewerkschafter

Spenden können überwiesen werden auf das Postscheckkonto München, BLZ 70010080, Nr. 180769-802, Stichwort: Ein Stundenlohn für El Salvador, Informationsstelle El Salvador e.V.

DruPa-Mitgliederversammlung erklärt Solidarität mit „Solidarność“

pek.Frankfurt. Die MV der IG Druck und Papier, Bezirk Frankfurt, verabschiedete am 5.9. folgende Entschließung:

„Die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier Frankfurt auf ihrer Versammlung am 5.9.1981 erklärt ihre solidarische internationale Verbundenheit mit unseren polnischen Kolleginnen und Kollegen, die an diesem Wochenende in Danzig den ersten Kongreß ihrer Gewerkschaft „Solidarität“ abhalten. Mit Empörung müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß gerade in diesem für die polnischen Kolleginnen und Kollegen historischen Augenblick sowohl die polnische Regierung, die Polnische Vereinigte „Arbeiter“partei wie auch insbesondere die Sowjetunion mit unverhüllten Drohungen und provokativen Militärmanövern die in ganz Europa und der Welt bewunderte polnische Arbeiterbewegung einzuschüchtern versuchen. Wir hoffen und wünschen, daß jeder Einschüchterungsversuch an der geschlossenen, solidarischen Haltung unserer polnischen Kolleginnen und Kollegen scheitern wird. Gerade weil wir in der Vergangenheit am entschiedensten jeden Tendenzen zu Revanchismus und blindwütigem Antisozialismus in der BRD entgegengetreten sind, sehen wir es als unser Recht und unsere Pflicht als deutsche Gewerkschafter an, in dieser Stunde der Bedrohung der Errungenschaften der polnischen Arbeiterbewegung laut und deutlich zu sagen: Hände weg von „Solidarność“! Hände weg von dem Recht der polnischen Kolleginnen und Kollegen, über ihr Schicksal und ihre Zukunft selber zu entscheiden!“

Vor der Verabschiedung – die Erklärung wurde mit 21 zu 18 bei 3 Enthaltungen angenommen – kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, im wesentlichen mit der DKP: „Walesa fragt zuerst den Papst, was er tun soll'. Entgegnung von einem Vorstandsmitglied: Die DGB-Kundgebung gegen die Schließung von Adler-Frankfurt wird auch von der Kirche mitgetragen. 2. Argument: der Hunger. „Mehr schaffen und weniger streiken“. (Zurufe) 3. Argument: die tendenziöse Berichterstattung der Presse. Dagegen: an bestimmten Tatsachen käme die wohl auch nicht vorbei. Richtig sei, daß das Zentralorgan der DruPa dieses Thema auch mal behandeln müsse. Dort kommt „Polen“ tatsächlich nur als Randbemerkung vor: als „Heuchelei, um die Entspannungspolitik totzusagen“, oder als Ablenkungsmanöver von der US-Politik oder als verlogener CDU-Wahlkampfschlager. – die Entschließung wird vom Vorstand an die „Solidarność“ und die Presse weitergeleitet.

Boel-Streik beendet

Drohende Niederlage – und Kapitalistenverband will den Inflationsindex aufgehoben wissen

M.V.Gent. Nach fast 5 Monaten ist der Streik gegen 128 Entlassungen auf der Schiffswerft von Boel-Tamise in Belgien durch die 2000 Arbeiter beendet worden. Nach Verhandlungen mit der nationalen Gewerkschaftsführung der Metallarbeiter hat der sozialistische Minister für Arbeit einen Vorschlag gemacht, wonach die 128 Entlassungen aufrechterhalten bleiben. Sollten erneut Einstellungen erfolgen, sollen die Entlassenen bevorzugt berücksichtigt werden, sofern sie die „erforderliche Qualifikation" besitzen.

Die Streikenden standen jetzt vor der Wahl: entweder über ein von der Regierung erzwungenes Referendum abzustimmen oder über ein selbst organisiertes Referendum über Beendigung bzw. Weiterführung des Streiks abzustimmen. Sie entschieden sich für die gewerkschaftliche Abstimmung, in der 62,5% der Streikenden sich für die Weiterführung des Streiks aussprachen. Ein Quorum von 66% wäre aber nötig gewesen, um die Weiterführung des Streiks zu sichern, wenn es nach den Gewerkschaftsstatuten geht. Das Streikkomitee selber beschloß, weiter zu streiken und rief die nationale Gewerkschaftsführung auf, den Streik weiter anzuerkennen und finanziell zu unterstützen. Die nationale Führung der Gewerkschaften (christliche, soziale und liberale) entschied aber für die Anwendung des Statuts, für die Aussetzung des Streiks und damit auch automatisch für den Wegfall der finanziellen Unterstützung.

Zwei Tage streikten die Arbeiter bei Boel noch weiter, entschieden sich dann aber dafür, den Kampf in der Fabrik selber fortzuführen. 500 kamen noch am selbigen Tage heraus aus der Fabrik, wütend, schimpfend, Parolen rufend. Ein Zeichen dafür, daß der Kampfwille keineswegs gebrochen ist.

Der Beschluß der Gewerkschaftsführung ist vor allem von daher unbegreiflich, weil diese Auseinandersetzung von seiten der Metallkapitalisten unverhohlen als politische Auseinandersetzung gesehen und behandelt wird. Saverys, Direktor von Boel und Vorsitzender von Fabrimetal (Zusammenschluß der Metallkapitalisten) betrachtete den Ausfall der Arbeitszeit als „Investition", gemacht, um eine der stärksten und besten Gewerkschaftsdelegationen von Belgien zu demütigen und zu brechen. Einen derartigen Sieg brauchen die Kapitalisten, um ihr Hauptziel im aktuellen Klassenkampf zu erreichen: die Aufhebung der automatischen Erhöhung der Löhne bei steigender Inflation, das System der Preisindexierung außer Kraft zu setzen. Bislang war diese automatische Koppelung der Löhne an die Preisentwicklung der wichtigste Grund, weshalb die belgische Arbeiterklasse seit 1974 noch relativ weniger an Lohn verloren hat als die Arbeiterbewegung in anderen europäischen Ländern. Die Stundenlöhne waren 1980 sogar noch die höchsten der Welt.

Ob die Kapitalisten allerdings in Boel wirklich einen Sieg über die Arbeiter errungen haben, das ist noch nicht so einfach zu sagen. Die letzten Wochen des Streiks zeigten deutlich eine wachsende Solidarität mit den Boel-Arbeitern durch die belgische Arbeiterbewegung.

Zum Streikpostenstehen und -unterstützen, zu Versammlungen und Kundgebungen kamen bis zu 1000 Delegierte und Arbeiter von anderen Fabriken. In einem „Marsch der 128" demonstrierten 128 Vertreter von 128 betrieblichen und Gewerkschaftsdelegationen, linken Organisationen und Parteien ihre Solidarität. Sie sammelten ca. 400000 B.F. (93000 DM) für die Streikenden. Auch aus Wallonien kamen Delegationen und mit ihnen finanzielle Unterstützung. Die west-flämischen Metallgewerkschaften beschlossen, einen Stundenlohn für den Streik bei Boel aufzubringen.

Gerade weil sich in dieser Solidarität das Bewußtsein über die Bedeutung des Streiks bei Boel gezeigt hat, mag es gut sein, daß dies auch eine Wirkung in der weiteren Verteidigung der Indexierungsklauseln hat. Denn bislang wagen es die Kapitalisten noch nicht, sie frontal anzugreifen, scheinen sich aber darauf vorzubereiten, um damit in den nächsten Monaten zu beginnen. Jedenfalls wird es eine schwierige Auseinandersetzung für die Arbeiterbewegung. Gerade auch der Plan der Regierung, 85 Mrd. B.F. (5 Mrd. DM) als neue Lasten für die Werktätigen im Haushaltsplan für 1982 festzulegen, hat schon zu den ersten Protesten geführt. Kurz nachdem der Plan bekannt wurde, streikten 300 Arbeiter im Stahlwerk Caterpillar (Charleroi). Zwei Wochen später waren es 5000 von F.N. (Stahlwerk) Liège (Lüttich), die auf die Straße gingen. Die sozialistische Gewerkschaft in Charleroi hat sich mittlerweile für einen 24stündigen nationalen Streik gegen die geplanten Maßnahmen der Regierung ausgesprochen. Der nationale Vorsitzende der sozialistischen Gewerkschaft, De Bunne, kündete sogar schon einen Generalstreik im Fall von Plänen zur Änderung des Indexes an. Selbst wenn der Streik in Boel-Tamise eine Niederlage nicht aufzuhalten vermag, so besteht jetzt schon Wachsamkeit der Arbeiterbewegung gegenüber dem bevorstehenden Krieg um den Index.







Bild 1: 5000 Arbeiter der Waffenschmiede F.N. fordern die Beschäftigten einer benachbarten Fabrik auf, sich ihrem Zug gegen die Haushaltsvorlage der Regierung anzuschließen. *Bild 2:* Der Marsch der 128. Die Arbeiter wollen nicht länger „Gefangene" der Kapitalistenwillkür und ihrer Entlassungsmaßnahmen sein. *Bild 3:* Solidaritätskonzert einer Musikgruppe aus Tilburg (Holland). *Rechts:* Barrikaden aus Werksfahrrädern gegen Streikbrecher.



anm.Frankfurt. Zu dieser Konferenz hatten 16 Ortskartelle aus der Frankfurter Flughafenumgebung aufgerufen. Das Vorhaben dieser Konferenz war, die innergewerkschaftliche Dis-

Argumente für ein „Nein" statt „bedingtem Ja"

den, nicht optimal sind, keine weitere Industrieansiedlung hier, Verlegung von Firmen in andere Regionen etc.

Von verschiedenen Punkten her ist diese Argumentation nicht richtig: Die

knüpfen, weil diese Bedingungen nicht erfüllt sind. Den Nachweis und Anregungen hierfür erbrachte die Gruppe Umweltschutz, die die Bedingungen des DGB, die sich insbesondere auf

der Gewerkschaften (christliche, soziale und liberale) entschied aber für die Anwendung des Statuts, für die Aussetzung des Streiks und damit auch automatisch für den Wegfall der finanziellen Unterstützung.

Zwei Tage streikten die Arbeiter bei Boel noch weiter, entschieden sich dann aber dafür, den Kampf in der Fabrik selber fortzuführen. 500 kamen noch am selbigen Tage heraus aus der Fabrik, wütend, schimpfend, Parolen

beiter errungen haben, das ist noch nicht so einfach zu sagen. Die letzten Wochen des Streiks zeigten deutlich eine wachsende Solidarität mit den Boel-Arbeitern durch die belgische Arbeiterbewegung.

Zum Streikpostenstehen und -unterstützen, zu Versammlungen und Kundgebungen kamen bis zu 1000 Delegierte und Arbeiter von anderen Fabriken. In einem „Marsch der 128" demonstrierten 128 Vertreter von 128 betrieblichen und Gewerkschaftsdelegatio-

le für einen 24stündigen nationalen Streik gegen die geplanten Maßnahmen der Regierung ausgesprochen. Der nationale Vorsitzende der sozialistischen Gewerkschaft, De Bunne, kündete sogar schon einen Generalstreik im Fall von Plänen zur Änderung des Indexes an. Selbst wenn der Streik in Boel-Tamise eine Niederlage nicht aufzuhalten vermag, so besteht jetzt schon Wachsamkeit der Arbeiterbewegung gegenüber dem bevorstehenden Krieg um den Index.

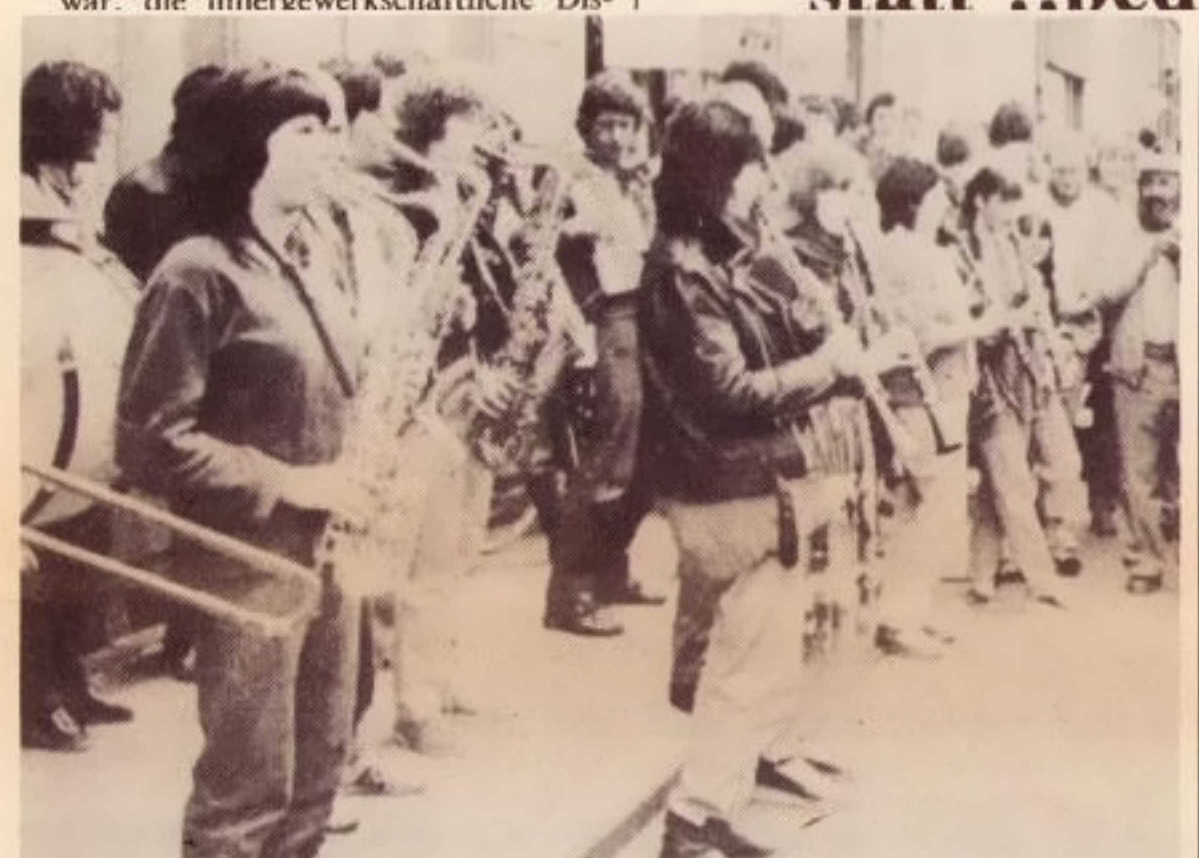


Bild 1: 5000 Arbeiter der Waffenschmiede F.N. fordern die Beschäftigten einer benachbarten Fabrik auf, sich ihrem Zug gegen die Haushaltsvorlage der Regierung anzuschließen. *Bild 2:* Der Marsch der 128. Die Arbeiter wollen nicht länger „Gefangene" der Kapitalistenwillkür und ihrer Entlassungsmaßnahmen sein. *Bild 3:* Solidaritätskonzert einer Musikgruppe aus Tilburg (Holland). *Rechts:* Barrikaden aus Werksfahrrädern gegen Streikbrecher.



Argumente für ein „Nein" statt „bedingtem Ja"

Konferenz „Gewerkschafter gegen Startbahn West"

anm.Frankfurt. Zu dieser Konferenz hatten 16 Ortskartelle aus der Frankfurter Flughafenumgebung aufgerufen. Das Vorhaben dieser Konferenz war, die innergewerkschaftliche Diskussion um den Beschluß des hessischen DGB, ein „bedingtes Ja" zur Startbahn, zu beleben, mit dem Ziel diesen Beschluß rückgängig zu machen und das „bedingte Ja" in ein Nein zu verwandeln.

An der Konferenz nahmen über 120 Gewerkschaftsmitglieder, darunter zahlreiche Funktionsträger teil. Der DGB hatte vor der Konferenz mitteilen lassen, daß gewerkschaftliche Funktionsträger auf dieser Versammlung keinerlei Mandat haben, der DGB auch keine Kosten dieser Konferenz übernehmen und auch keinen Versicherungsschutz gewährleisten würde – eigentlich noch eine milde Haltung angesichts der Tatsache, daß es wohl vor der Konferenz Druck in Richtung Unterbindung der Teilnahme von Gewerkschaftsmitgliedern an der Konferenz gegeben hatte.

Auf der Eröffnungsveranstaltung wurde durch H. Halberstadt (Mitglied des Kreisvorstandes der ÖTV Frankfurt, Bezirksvorstand der Frankfurter SPD), die Frage, welche Konzeption die Gewerkschaften im Kampf zur Erhaltung der Arbeitsplätze und im Kampf um die Entwicklung der Gesellschaft einnehmen, zumindest einmal aufgeworfen. Er vertrat den Standpunkt, daß es zwar schon gut ist, wenn nachgewiesen werden kann, daß die Startbahn keine Arbeitsplätze schafft, aber dieser Standpunkt auch nicht ausreicht, wenn man sich die Frage so stellt: Wie sollen die Widersprüche zwischen Stadt und Land, konkret hier zwischen dem Rhein-Main-Ballungsgebiet und dem unterentwickelten Bereichen in Hessen überwunden werden? Welche Verkehrskonzeption, welche Wirtschaftskonzeption vertreten die Gewerkschaften? Genügt es, die Rahmenbedingungen für das Kapital zu verbessern und zu hoffen, daß dabei was abfällt oder brauchen die Gewerkschaften eine selbständige Konzeption?

Die fünf Arbeitsgruppen, die im Anschluß gebildet wurden, waren: Erarbeitung gewerkschaftlicher Perspektiven, Koordination, Umweltschutz, Arbeitsplätze und militärische Aspekte der Startbahn West.

Das größte Interesse bestand an der Arbeitsgruppe „Arbeitsplätze", was noch einmal ausdrückt, daß insbesondere diese Frage in der innergewerkschaftlichen Diskussion und nicht nur hier, zur Veränderung der Mehrheitsverhältnisse von vielen als entscheidend empfunden wurde – meiner Meinung nach zurecht.

Hier in Grundzügen die Fragen, Thesen und Ergebnisse dieser Diskussion.

Der DGB-Vorsitzende Hessens Richert hat auf dem Landtagshearing zur Startbahn West die Zustimmung des DGB u.a. so begründet:

„Wir glauben aber, daß es nicht genügt, den Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums, die Auswirkung der neuen Technologien, die zunehmenden Schwierigkeiten in der Energie- und Rohstoffversorgung sowie eine Verschärfung der sozialen Auseinandersetzung zu beklagen. Was wir brauchen ist dringend eine Politik für langfristig orientierte Entwicklungsprogramme. Kürzer formuliert: Wir brauchen Zukunftsinvestitionen. Wirtschaftlich, aber mehr noch struktur-politisch gehört auch der Ausbau des Frankfurter Flughafens in ein solches Programm."

Richert hat zwar die Angaben der FAG über die Schaffung von Arbeitsplätzen bei einem Ausbau des Flughafens nicht einfach übernommen, sondern um eine Rationalisierungserwartung bereinigt und kommt, während die FAG von 15000 – 19000 Arbeitsplätzen spricht (bis 1995) auf die bereinigte Anzahl von 10000 – 14000. Grundlage dafür ist, bei ihm wie auch bei der FAG, die Annahme der Steigerung des Verkehrsaufkommens und mit der Entwicklung des Verkehrsaufkommens auch Entwicklung der Beschäftigtenzahl, was nach Meinung der FAG und seiner Meinung nach, nur durch den Bau der Startbahn West zu bewältigen ist.

Hinzu kommt noch, daß nach der offiziellen DGB-Argumentation, von einer Steigerung des Verkehrsaufkommens und der Erweiterung der Kapazität des Flughafens auch natürlich das Ballungsgebiet Rhein-Main und die anderen Wirtschaftszweige betroffen sind: sprich, wenn die Bedingungen, die hier transportmäßig geboten werden, nicht optimal sind, keine weitere Industrieansiedlung hier, Verlegung von Firmen in andere Regionen etc.

Von verschiedenen Punkten her ist diese Argumentation nicht richtig: Die Entwicklung des Verkehrsaufkommens entspricht nicht den Erwartungen, die Behauptung, daß ein stärkeres Verkehrsaufkommen nur durch die Startbahn West, oder überhaupt durch die Startbahn West zu bewältigen sei, ist nicht richtig, sowie die Feststellung, daß durch Konzentration des Rhein-Main-Ballungsgebietes die Entwicklung ganz Hessens gefördert würde, ist falsch. In der Diskussion wurde auch die Frage, in wieweit eine so große Investition, wie die Startbahn West (offiziell früher 250 Millionen Mark, inzwischen gibt es Größenordnungen von 800 Millionen) nicht einen immensen Rationalisierungsschub auslöst, behandelt. Oder weiter:

Wie behandelt man das Problem, daß FAG-Beschäftigte, die ja heute bereits von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen sind, und die sich durch die Erweiterung des Flughafens eine Sicherung ihres Arbeitsplatzes versprechen? Hier wurde die Frage des Kampfes gegen Rationalisierung und der gewerkschaftliche Kampf um die 35-Stunden-Woche diskutiert. Dies alles nur, um die Bandbreite der Fragen mal zu zeigen, die eine Rolle spielen, nicht um sie erschöpfend zu behandeln, was weder auf der Konferenz noch hier an dieser Stelle möglich ist.

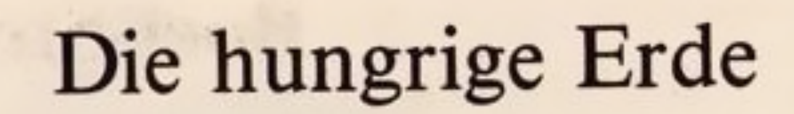
Die Ergebnisse der anderen Arbeitsgruppen können hier nur noch kürzer gestreift werden: Als gewerkschaftliche Perspektive wurde herausgearbeitet, daß es wesentlich ist, an dem Beschluß des DGB, der für seine Zustimmung zum Bau der Startbahn West bestimmte *Bedingungen* benannt hat, anzuknüpfen, weil diese Bedingungen nicht erfüllt sind. Den Nachweis und Anregungen hierfür erbrachte die Gruppe Umweltschutz, die die Bedingungen des DGB, die sich insbesondere auf verschiedene Studien zur Umweltverträglichkeit der Startbahn West beziehen, mit den jetzt vorhandenen Tatsachen gegenüberstellte.

Die Arbeitsgruppe Militär vertrat im Ergebnis den Standpunkt, daß letztendlich militärische Interessen der Antrieb für das Festhalten an der Planung der Startbahn West seien. Wahr ist wohl, daß die US-Army eindeutige Interessen am Rhein-Main-Flughafen hat. Richtig ist auch, diesen Gesichtspunkt der Öffentlichkeit ins Bewußtsein zu rücken. Falsch wäre es meiner Meinung nach, die militärische Nutzung zum „Knackpunkt" des Kampfes zu machen, was auch anklang, dies wurde jedoch auch auf der Konferenz kritisiert.

Das abschließende Plenum der Konferenz beschloß eine Erklärung, die zum Ausdruck brachte, daß Willen der Teilnehmer ist, daß die Gewerkschaften den Kampf gegen die Startbahn unterstützen sollen.

Die Teilnahme war gemessen an der Bedeutung der Frage in Hessen und gemessen an der Bedeutung der Gewerkschaften für die weitere Entwicklung der Auseinandersetzung ganz sicher zu gering, was verschiedene Gründe hatte, von der Mobilisierung bis zu Haltung des DGB und inwieweit die Linke, diese Frage in der Gewerkschaft bereits zum Diskussionsgegenstand und zum Gegenstand des Handelns gemacht hat. Der Erfolg der Konferenz für die Zukunft kann letztendlich nur an den Initiativen gemessen werden, die jetzt von den Teilnehmern in den Gewerkschaften ergriffen werden.

Wach auf, Mutter Afrika
Wach auf
Die Zeit ist vorbei
Und alle Gelegenheiten sind verschwunden
Wach auf Mutter Afrika
Wach auf
Bevor der weiße Mann dich vergewaltigt



Die hungrige Erde

Ein Theaterstück der Gruppe „Bahumutsi" aus Soweto über die Lage der Schwarzen unter dem Kolonialistenregime / Rundreise in der BRD / Ein Aufführung in Frankfurt

Wenn wir es in den Herzen, den Rippen, in der Kehle und in der Brust wirklich fühlen, wir würden dann auf die Straße gehen und den Krieg, die Sklaverei stoppen, die Gefängnisse brechen, die Vorenthaltung stoppen, das Morden und die Selbstsucht stoppen – und der Arpartheid würden wir ein Ende setzen.

cad. Im Rahmen des Antikriegstages lud der DGB in Frankfurt die Gruppe Bahumutsi aus Soweto ein. Das Stück trägt den unerbittlichen Namen „Die Hungrige Erde". Die Gruppe besteht aus fünf Darstellern, wovon jedoch lediglich drei aus Soweto nach Westdeutschland ausreisen durften. Sie arbeiteten auf der Bühne mit den primitivsten Mitteln, nämlich mit denen, die sie in Soweto auch nur besitzen: Ihre Arbeitskleidung, welche auch ihre „Freizeitkluft" ist, drei Decken, ihre Bündel, wo sie ihr Hab und Gut verstaut haben. Sie selbst sind Arbeiter, leben und arbeiten in Soweto. Auf der Bühne sind sie Laienspieler, was man sich gar nicht vorstellen kann, denn obwohl sie Englisch sprachen und sangen, spielten sie so professionell, daß man die Szenen gut mit verfolgen konnte. Ihr Hauptaussagemittel besteht im wesentlichen aus ihrem eigenen Körpern, der Mimik, Hände und Gesten. Der Umlungu, (der weiße Mann, der Unterdrücker der Schwarzen) wurde durch einen weißen Fetzen im Gesicht dargestellt. Das Theaterstück wurde in fünf Szenen hintereinander vorgetragen. In den Stücken und am Ende jedes Stückes sangen sie Lieder von der Arbeit, Heimat und der Freiheit. (Da sie in Azania nicht staatlich subventioniert werden, somit auf eigene Mittel angewiesen sind, weil sie aber selbst nur einen Hungerlohn bekommen, sind die verfügbaren Mittel gleich Null.)

1. Szene
Wohnheim der Minenarbeiter
In Traum sieht ein schwarzer Minenarbeiter, wie der Weiße Mann ihn und seine Brüder ihres Menschseins beraubt: Sie können nun Gut und Böse nicht mehr unterscheiden. Der weiße Mann nahm Gut und Geld Afrikas an sich und verschwand damit.

2. Szene.
Kinderarbeit in Natal
Im Jahr des Kindes kommt ein Besucher auf eine Zuckerplantage und entdeckt Kinder, die in einem stallartigem Gebäude untergebracht sind. Er kommt mit ihnen ins Gespäch und erfährt von ihrem langen, harten Arbeitstag und von ihrem Lohn. Schließlich wird der Besucher vertrieben: die Landarbeiter fürchten, sein Interesse an ihren menschenunwürdigen Lebensbedingungen könne ihnen Schaden zufügen.

3. Szene
Der Zug
Eine Gruppe von Wanderarbeitern fährt mit dem Zug zum fernen Arbeitsplatz. Dürre und Hungersnot treibt sie in die Gold- und Kohlebergwerke. Im Abteil ist Marihuana versteckt. Jeder riecht es, – auch der weiße Schaffner. Es gehört keinem und keiner wagt es, den Stoff aus dem Fenster zu werfen. Alle Warnungen vor den harten Strafen, die Weiße über schwarze Menschen zu verhängen pflegen, verhallen ungehört. Auf dem Bahnhof werden alle verhaftet. Einer wird erpreßt und gibt zu, ihm gehöre der Stoff. Er landet für fünf Jahre im Gefängnis. Andere, die keinen Pass vorweisen können, werden nach zwei Wochen Haft in ihre Heimat abgeschoben, wo sie weder Arbeit noch Brot finden können.

4.Szene
Nachtschicht in einer Goldmine
Vor Ort melden Arbeiter Vorzeichen eines Stollenbruchs. Der weiße Vorarbeiter weist sie barsch zurück. Es kommt zur Katastrophe. Schwarze bergen den verletzten weißen Vorarbeiter. Er wird von der Rettungsmannschaft übernommen, die schwarzen Arbeiter ihrem Schicksal in der Grube überlassen. Ohnmächtig sehen die Überlebenden zu, wie die hungrige Erde ihre Kollegen verschlingt.

Schwarze Arbeiter fordern angemessenen Lohn. Maschinengewehrfeuer fällt. Einige werden erschossen. Die anderen ergeben sich und fahren zur nächsten Schicht wieder ein. Am gleichen Ort, in Sharpeville, wird 1960 von schwarzen Menschen gegen das Arbeitsbuch(Pass) friedlich demonstriert. Wieder eröffnet die Polizei das Feuer. Auf dem Friedhof wird offenbar, wie hungrig die Erde ist: unersättlich verschlingt sie schwarze Menschen.

5. Szene
Wohnheim der Minenarbeiter
Ein lungenkranker schwarzer Kontraktarbeiter bekommt einen Hustenanfall. Es geht zuende mit seiner Arbeitskraft. Sein Freund bestätigt ihn. Sie erzählen von ihren Wünschen und Träumen damals, als sie sich zuerst verdingten: Ein Heim aufzubauen, die Familie nachzuholen. Nichts davon ist ihnen nach mehr als zwanzig Arbeitsjahren gelungen.

Die beiden machen sich auf zur Hütte einer Frau außerhalb des Bergwerkgeländes. Einst war sie ihrem Mann hierher nachgezogen und hat heimlich bei ihm gewohnt. Dann wurde sie verhaftet, weil sie keine Aufenthaltserlaubnis vorweisen konnte. Während ihrer Haft verliert ihr Mann seine Arbeit und stirbt wenig später bei einem Grubenbrand weit weg von hier. Jetzt nach Jahren erfährt sie davon.

Das Publikum im DGB-Haus war begeistert und so mußten die Schauspieler unter tosendem Beifall fünfmal auf die Bühne kommen.

Danach erzählte einer der Schauspieler, der auch der Autor des Stückes ist, wenn sie diese Theaterszenen in der Heimat aufführen, sind die schwarzen Arbeiter viel lebendiger, singen sie sofort mit und beteiligen sich, spielen mit, da die Stücke den alltäglichen Alltag widerspiegeln mit dem sie sich identifizieren. In Soweto gilt dieses Stück allerdings nicht als politisch – dann dürften sie wohl jetzt nicht mehr auftreten – sondern es ist in Soweto als reines Kulturprogramm gemeldet und genehmigt.

Am Ende der Veranstaltung wurde ein Antrag an den DGB-Kreisvorstand gesendet, um eine Resolution zu verabschieden, die sich gegen die Ermordung von drei Gewerkschaftlern wendet.

Als dieses Land häßliche Tage gebar

Als dieses Land begann, häßliche Tage zu gebären, lief alles von Anfang an schief und der Friede ging ins Exil und wurde Teil der Wildnis. Ja, wir erlebten die taurigsten Tage unseres Lebens, seit der weiße Mann zum ersten Mal an diese Küsten, die man Afrika nennt, kam mit seinen blutunterlaufenen, staubumränderten Augen; ein völlig Fremder aus Europa. Mit dem Gewand, das er anhatte, sah er aus wie ein Jockey, der gerade einen Kampf mit seinem Pferd hinter sich hat, weil er zu lange darauf geritten ist. Wir empfingen ihn freundlich. Wir gaben ihm zu essen. Wir gaben ihm Unterkunft. Wir nahmen seine Ideen und seine Lehren an. Dann erzählte er von einem Gott, und alle schwarzen Gesichter lächelten. Als er sagte, liebt euren Nachbarn, klatschten wir und freuten uns, denn wir besaßen eine natürliche Liebe. Plötzlich wichen wir mißtrauisch zurück, als er sagte, du mußt die andere Wange hinhalten, wenn du geschlagen wirst. Er fuhr fort, daß du jene lieben sollst, die dich mißhandeln. Innerlich grollten wir, aber wir lächelten und hörten aufmerksam zu, wenn er aus der Heiligen Schrift vorlas; wir ahnten kaum, daß wir als Marionetten enden würden, unfähig, selbst über unser Leben zu bestimmen. Und während wir immer noch lächelten, führte er Gesetze ein, organisierte eine Armee und begann, nach Gold und Diamanten zu graben; und als unsere armen Vorväter endlich die Augen öffneten, war der weiße Mann nicht mehr da – er hatte sich nach Europa begeben. Er ließ nur seine Armee zurück, „die sich um die schwer regierbaren Elemente kümmern sollte, die vielleicht revoltieren würden".

Ausschnitte aus dem Stück

(Der singende Krieger:)

Steht auf, all ihr Tapferen Afrikas
Steht auf und beginnt zu kämpfen
Wo unsere Brüder reihenweise sterben
Afrika, du bist verhext
Aber unser schwarzes Blut wird fließen
Und den Baum unserer Freiheit wässern

Unsere Tapferen warfen sich dem Kugelregen
entgegen
Um ihr Vaterland zu schützen
Gegen den grausamen weißen Mann
Ein- – zwei- – zehnmal Hunderte
Unsere Tapferen wichen niemals zurück
Obwohl sie wußten, daß sie
Mit dem Tod enden würden

Mutter Afrika, wach auf
Und bewaffne dich selbst
Wisch die Tränen deiner Tapferen weg
Mutter Afrika, wach auf
Damit der weiße Mann dich nicht beraubt
Damit der weiße Mann dich nicht beraubt

Zum Artikel über P.P. Zahl in KVZ Nr. 33:

„Aber wieso zum Schluß eine komische Ehrenrettung?"

Durch den Artikel bin ich gespannt ge- | am ehesten zuzurechnen wäre, gerade | turzentrale Westberlins als von der

leben und arbeiten in Soweto. Auf der Bühne sind sie Laienspieler, was man sich gar nicht vorstellen kann, denn obwohl sie Englisch sprachen und sangen, spielten sie so professionell, daß man die Szenen gut mit verfolgen konnte. Ihr Hauptaussagemittel besteht im wesentlichen aus ihrem eigenen Körpern, der Mimik, Hände und Gesten. Der Umlungu, (der weiße Mann, der Unterdrücker der Schwarzen) wurde durch einen weißen Fetzen im Gesicht dargestellt. Das Theaterstück wurde in fünf Szenen hintereinander vorgetragen. In den Stücken und am Ende jedes Stückes sangen sie Lieder von der Arbeit, Heimat und der

Landarbeiter fürchten, sein Interesse an ihren menschenunwürdigen Lebensbedingungen könne ihnen Schaden zufügen.

3. Szene
Der Zug
Eine Gruppe von Wanderarbeitern fährt mit dem Zug zum fernen Arbeitsplatz. Dürre und Hungersnot treibt sie in die Gold- und Kohlebergwerke. Im Abteil ist Marihuana versteckt. Jeder riecht es, – auch der weiße Schaffner. Es gehört keinem und keiner wagt es, den Stoff aus dem Fenster zu werfen. Alle Warnungen vor den harten Strafen, die Weiße über schwarze Menschen zu verhängen pflegen, verhallen

terlaufenen, staubumränderten Augen; ein völlig Fremder aus Europa. Mit dem Gewand, das er anhatte, sah er aus wie ein Jockey, der gerade einen Kampf mit seinem Pferd hinter sich hat, weil er zu lange darauf geritten ist. Wir empfingen ihn freundlich. Wir gaben ihm zu essen. Wir gaben ihm Unterkunft. Wir nahmen seine Ideen und seine Lehren an. Dann erzählte er von einem Gott, und alle schwarzen Gesichter lächelten. Als er sagte, liebt euren Nachbarn, klatschten wir und freuten uns, denn wir besaßen eine natürliche Liebe. Plötzlich wichen wir mißtrauisch zurück, als er sagte, du mußt die andere Wange hinhalten, wenn du geschlagen wirst. Er fuhr fort, daß du jene lieben sollst, die dich mißhandeln. Innerlich grollten wir, aber wir lächelten und hörten aufmerksam zu, wenn er aus der Heiligen Schrift vorlas; wir ahnten kaum, daß wir als Marionetten enden würden, unfähig, selbst über unser Leben zu bestimmen. Und während wir immer noch lächelten, führte er Gesetze ein, organisierte eine Armee und begann, nach Gold und Diamanten zu graben; und als unsere armen Vorväter endlich die Augen öffneten, war der weiße Mann nicht mehr da – er hatte sich nach Europa begeben. Er ließ nur seine Armee zurück, „die sich um die schwer regierbaren Elemente kümmern sollte, die vielleicht revoltieren würden".

Ausschnitte aus dem Stück

Aber unser schwarzes Blut wird fließen
Und den Baum unserer Freiheit wässern

Unsere Tapferen warfen sich dem Kugelregen
entgegen
Um ihr Vaterland zu schützen
Gegen den grausamen weißen Mann
Ein- – zwei- – zehnmal Hunderte
Unsere Tapferen wichen niemals zurück
Obwohl sie wußten, daß sie
Mit dem Tod enden würden

Mutter Afrika, wach auf
Und bewaffne dich selbst
Wisch die Tränen deiner Tapferen weg
Mutter Afrika, wach auf
Damit der weiße Mann dich nicht beraubt
Damit der weiße Mann dich nicht beraubt



Ein gutes Beispiel: Aktivitäten einer gymnasialen Oberstufe zum Antikriegstag

Schwalbach/Main-Taunus-Kreis. Gleich nach den Schulferien hatten einige Schüler und Lehrer die Initiative ergriffen – trotz verschiedener Auffassungen – den Antikriegstag entsprechend vorzubereiten. Es wurd eeine große Ausstellung (siehe Bilder) erstellt und in der Pausenhalle der Schule aufgestellt. Das Motto der Ausstellung, „Woher droht heute die Kriegsgefahr? Wie kann man hier in der BRD den Krieg verhindern?", wurde auch zum Gegenstand einer Diskussionsveranstaltung, auf der 1 Vertreter der DFG/VK, 1 Vertreter der evangelischen Gruppe „Schritte zur Abrüstung" und Karsten D. Voigt ihre Beiträge vorbringen konnten. Genauso kontrovers wie die Diskussion auf der 250-Leute-Veranstaltung verlief, so war auch der Inhalt der Ausstellung. Sie enthielt reichhaltiges Material über die Waffensysteme, ihre Funktionen und Wirkungen, über die Strategien und Ziele von NATO und Warschauer Pakt, über die Stellung der BRD im Bündnis und über alternative Verteidigungspolitik. (Und an allen diesen Punkten gab es jeweils unterschiedliche Auffassungen von Autoren dieser Ausstellung. So ging die Kriegsgefahr mal vom Wettrüsten, mal von USA und NATO, ein andermal vom Streben nach Weltrevolution oder der Rivalität beider Supermächte aus, jeweils ergänzt mit den entsprechenden Konsequenzen für die politische Handlungsrichtung. Fast die gesamte öffentliche Auseinandersetzung spiegelte sich in der Ausstellung wider, brachte lebhafte Debatten in den Stunden und Pausen an der Schule hervor, wie überhaupt die Ausstellung großes Interesse fand. Auch in der Diskussion auf der Veranstaltung und in der Schule zeigten sich schnell Polarisierungen. Grade unter den Gymnasiasten gibt es eine qualifizierte Minderheit von Pazifisten, wo das Moralische schwer wiegt. Oder auch Vertreter des „Krefelder Appell", die sich nur wenig auf Argumente der Rivalität beider Supermächte einließen. Oft schien es so, daß es schon unüberbrückbare Barrieren in der Meinungsbildung gibt, doch erwies sich die Diskussion z.B. auf der Veranstaltung als fruchtbar in der Richtung, daß die Einsicht verbreitet wurde, daß nicht allein die Waffen, sondern die *Politik* problematisch sind, daß die NATO-Strategie beispielsweise auf die weitgehende Vernichtung der BRD hinausläuft. – Insgesamt zeigte sich, daß durch das Eingreifen dieser Initiative relativ viel an Diskussion und Auseinandersetzung erreicht wurde, was notwendig ist, um größere Kräfte gegen den drohenden Krieg in Bewegung zu setzen.

Zum Artikel über P.P. Zahl in KVZ Nr. 33:

„Aber wieso zum Schluß eine komische Ehrenrettung?"

Durch den Artikel bin ich gespannt geworden und habe Zahls Schelmenroman „Die Glücklichen" jetzt gelesen. Die Autoren besprechen den Roman vorsichtig-wohlwollend, man merkt ihnen förmlich die Angst an, nicht wieder eine der früheren „vernichtenden" Kritiken zu produzieren. Ich glaube, wir können ruhig davon ausgehen, daß der Genosse Zahl Kritik verträgt – es geht ja doch darum, über Literatur zu diskutieren, indem man lernt, Fragen zu stellen, zu prüfen, ob Erfahrungen vermittelt werden, Denk-Anstöße aufzugreifen und weiterzuspinnen. Das müßte grad die produktive Aufgabe der Literatur sein, und eben das loben die Verfasser auch zu Recht an Zahls Buch.

Unter dem Begriff „Ausbruchsliteratur" versuchen die Autoren, Zahls Werk zu fassen, was sicher richtig ist. Zunächst mal aber ist das Schreiben für den auf 15 lange Jahre eingeknasteten Zahl ein Mittel zum Überleben, zum Weiterkämpfen, zur Selbstvergewisserung, dann auch zum Dialog mit der „alten Linken", aus der er stammt und auf die er sich bezieht. Bei dem Roman handelt es sich für mich um den Versuch einer Bewältigung der Erfahrungen dieser 68er Bewegung (speziell ihrer Westberliner Ausprägung), um die Suche nach den Gründen ihres Scheiterns und nach Ansatzpunkten, um den dort miterlebten revolutionären Aufbruch (nach langen Restaurationsjahren) fortzuführen – und das, wo Ende der 70er Jahre alle Erscheinungen für ein gründliches Ende zu sprechen schienen. Eine schlüssige Antwort wird nicht gegeben, sondern es werden die Widersprüche, in denen sich diese Bewegung bewegte, ausgebreitet. Kritisch faßt Zahl etwa an dem Spontaneismus, dem er politisch wohl am ehesten zuzurechnen wäre, gerade die Erstarrung zum „ismus" in Reaktion auf die diversen „ismen" ab 69/70.

In dieser Widersprüchlichkeit wäre der Roman nützlich für uns, so die Autoren; einverstanden. Aber wieso versuchen sie dann zum Schluß so eine komische Ehrenrettung? Sie wenden sich gegen eine, weiß der Teufel von wem geäußerte Kritik an den „lumpenproletarischen" Helden des Romans, verweisen auf Grimmelshausen und schließen, daß aus der Tatsache, daß bei Zahl der Held/Schelm nicht allein sondern in der Gruppe auftritt, „das Moment des Kollektiven und damit des Sozialismus auf den Plan tritt". Das ist wirklich platt. Man sollte nicht versuchen, solcherart aus der Romanhandlung selbst noch eine „positive Perspektive" herauszuwuseln. Es reicht doch festzustellen, daß Zahl mit der ganzen Vielfalt seiner Mittel eine sehr vergnügliche und auch sehr politische Vergangenheitsbewältigung betreibt, die jeder mitvollziehen kann, der dort mitgemacht hat.

Sei es die „Ode an keinen Kapitalarbeitskreis" (S. 164 f.). Ilonas Freunde empören sich darüber, daß sie es wagt, an *keinem* teilzunehmen. Sei es, wie Jörg auf Mordgedanken verfällt, als er sich, im Versuch „ehrlich" arbeiten zu gehen, um 5 Uhr in der Frühe aus dem Bett quält. Sei es die Rede des besoffenen Pastors, der beim drohenden Polizeieinsatz gegen ein Straßenfest auf dem Mariannenplatz in der Sprache Th. Müntzers gegen die Bullen predigt. Seien es etwa die ernsthaften Dialoge des Babys mit seinem Vater Jörg. Sei es das groteske Satyrspiel von seiner eigenen Gerichtsverhandlung. Seien es auch Wortspiele der Machart Arno Schmidts, wenn Zahl von der US-Kulturzentrale Westberlins als von der Amerika-Gehenkt-Bibliothek spricht. Da gehen oft Phantastik und Realistik eine glückliche Verbindung ein. Selten dürfte ein literarischer Text das Scheitern der RAF so präzise und lakonisch schildern wie der kurze Text S. 466 f. Natürlich gibts auch langweilige Passagen (etwa die Pseudo-Fußball-Reportagen im 16. Kapitel, o.ä.) Aber, wie Ilona an ihren Autor schreibt: „Wie bei den Runderzählungen (d.h. jeder spinnt eine Geschichte jeweils um ein, zwei Sätze fort) bin ich mehr dafür, einige Anhaltspunkte, Themen, Denk- und Phantasieanreize zu geben, die der andere selber weiterentwickeln muß. Tut er ja eh." (S. 341)

Diese Methode, verschiedene Realitätspartikel, verschieden verarbeitet dem Leser zur Weiterbearbeitung zu liefern, ist schöpferisch; wie sie auch erklärt, daß eben der „große Sinnzusammenhang" fehlt. Das könnte nun nichts anderes sein als eine gesicherte politische Strategie, über die aber so erstmal niemand heute verfügt. Immerhin gibt es einen Anhaltspunkt für den Genossen Zahl, daß er mit seiner ganzen Geschichte so daneben nicht gelegen hat: Der Kampf um Wohnraum und gegen die Kaputtsanierung in Kreuzberg, den er wesentlich beschreibt, hat mit der Hausbesetzerbewegung einen neuen Aufschwung genommen, und der Erfolg der Alternativen Liste deutet Fortschritte in der politischen Kräftegruppierung unübersehbar an. So hat die Realität das Romangeschehen auf Schönste fortgeschrieben. Vielleicht könnten auch Jörg und die Seinen jetzt mit dem Ballon nach Berlin zurückkehren.

Peter K., Fulda

Andrzej Wajda und der polnische Film





„Der Künstler ist der Wirklichkeit verpflichtet, in der er lebt“

jot.Frankfurt. Krieg und Okkupation waren das Leitmotiv des „Polnischen Kinos“ nach 1945. Krieg und Okkupation war die nachdrücklichste Erfahrung für die Polen. Diese Erfahrung hinterließ tiefe Spuren, die auch im Filmschaffen wirkte. Die Art der Behandlung dieses Leitmotivs änderte sich – ein immer größerer Teil der Zuschauer hatte keine eigenen Erfahrungen aus dieser Zeit. Zum Thema Okkupation und Krieg kamen „Ende des Faschismus“, „Gründung der VR Polen“ und „sozialistischer Aufbau“ hinzu.

In den vergangenen 35 Jahren haben sich geänderte, zum Teil widerstreitende Meinungen gebildet, welche gleichermaßen die Filmproduktion der Gegenwart beeinflussen. Abhängig ist dies von den gesellschaftlichen Bewegungen. Das sogenannte politische Tauwetter nach dem Tode Stalins im gesamten Osten Europas bedeutete Freiraum für die Kritik der Verhältnisse und wurde zur Neuorientierung benutzt. Der Bruch innerhalb der ökonomischen Verhältnisse, der Mangel an Lebensmittelversorgung, hatte eine Bewegung für Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zur Folge.

Die „Polnische Schule“

Die Filme unmittelbar nach dem Krieg waren Anklage der Verbrechen des deutschen Faschismus: z.B. „*Die letzte Etappe*“ von Wanda Jakubowska 1948. Während dieser Zeit wurde der „sozialistische Realismus“ mit der „positiven Hauptfigur“ durchgesetzt und beherrschte die Filmproduktion Polens, mit einer Last von Dogmen und Gesinnungsdiktaten, angeblich im Sinne des wissenschaftlichen Sozialis-

Faschismus“, „Gründung der VR Polen“ und „sozialistischer Aufbau“ hinzu.

In den vergangenen 35 Jahren haben sich geänderte, zum Teil widerstreitende Meinungen gebildet, welche gleichermaßen die Filmproduktion der Gegenwart beeinflussen. Abhängig ist dies von den gesellschaftlichen Bewegungen. Das sogenannte politische Tauwetter nach dem Tode Stalins im gesamten Osten Europas bedeutete Freiraum für die Kritik der Verhältnisse und wurde zur Neuorientierung benutzt. Der Bruch innerhalb der ökonomischen Verhältnisse, der Mangel an Lebensmittelversorgung, hatte eine Bewegung für Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zur Folge.

Die „Polnische Schule“

Die Filme unmittelbar nach dem Krieg waren Anklage der Verbrechen des deutschen Faschismus: z.B. „*Die letzte Etappe*“ von Wanda Jakubowska 1948. Während dieser Zeit wurde der „sozialistische Realismus“ mit der „positiven Hauptfigur“ durchgesetzt und beherrschte die Filmproduktion Polens, mit einer Last von Dogmen und Gesinnungsdiktaten, angeblich im Sinne des wissenschaftlichen Sozialis-

mus und im Interesse der Arbeiterklasse, tatsächlich aber im Interesse und Nutzen einer fremden Macht. „Mit diesen Filmen“, so Wajda 1963, „wollte man uns unsere Vergangenheit zeigen. Doch die Auffassungen, die von dieser Generation ausgesprochen wurden, unterschieden sich von unseren.“

Andrzej Waida ist zur Zeit wohl der bekannteste der polnischen Filmregisseure, wenn man von Roman Polanski einmal absieht. Wajda zählt zu den Initiatoren dessen, was man als „Polnische Schule“ kennzeichnet. Das Schicksal der Polen in den Tagen des Krieges und der Okkupation, die Gesetze der Geschichte, das Verhältnis zur Vergangenheit oder auch zur Gegenwart und zur nationalen Tradition im weitesten Sinne des Wortes: diese Filme sind gekennzeichnet durch eine oft bissige Aufrechnung der Geschichte.

Der erste Spielfilm Wajdas „*Pokolenie*“ (Filmtitel: „Die Generation“) von 1954 sei die Geburt der „Polnischen Schule“, sagt R. Polanski (1), der in diesem Film mitspielte. „Gegen die gutgemeinten Trauerposen begehrte eine neue Strömung auf. Das ganze Team war sehr jung ... Wajda glaubte an das, was er machte, und es war etwas völlig neues in Polen, eine wundervolle Erfahrung. Fast alle Beteiligten haben den aktiven Widerstand gegen die deutsche faschistische Okkupation miterlebt, haben Verbindungen zum bewaffneten Untergrund gehalten.“

1957: Wajdas „Kanal“ erhält den Spezialpreis der Jury in Cannes.

1959: Wajdas „Asche und Diamant“ bekommt den Preis der internationalen Filmkritik. Der Film wurde erst 1962 synchronisiert und in der BRD aufgeführt.

Die drei genannten Filme Wajdas werden oft als „Trilogie“ behandelt. Tatsächlich beziehen sie sich zeitlich aufeinander.

Ende der 70er Jahre lenkt „*Der Mann aus Marmor*“ (1976) die Auf-

genwart und zur nationalen Tradition im weitesten Sinne des Wortes: diese Filme sind gekennzeichnet durch eine oft bissige Aufrechnung der Geschichte.

Der erste Spielfilm Wajdas „*Pokolenie*“ (Filmtitel: „Die Generation“) von 1954 sei die Geburt der „Polnischen Schule“, sagt R. Polanski (1), der in diesem Film mitspielte. „Gegen die gutgemeinten Trauerposen begehrte eine neue Strömung auf. Das ganze Team war sehr jung ... Wajda glaubte an das, was er machte, und es war etwas völlig neues in Polen, eine wundervolle Erfahrung. Fast alle Beteiligten haben den aktiven Widerstand gegen die deutsche faschistische Okkupation miterlebt, haben Verbindungen zum bewaffneten Untergrund gehalten.“

1957: Wajdas „Kanal“ erhält den Spezialpreis der Jury in Cannes.

1959: Wajdas „Asche und Diamant“ bekommt den Preis der internationalen Filmkritik. Der Film wurde erst 1962 synchronisiert und in der BRD aufgeführt.

Die drei genannten Filme Wajdas werden oft als „Trilogie“ behandelt. Tatsächlich beziehen sie sich zeitlich aufeinander.

Ende der 70er Jahre lenkt „*Der Mann aus Marmor*“ (1976) die Auf-

merksamkeit auf A. Wajda abermals in einem Maße, wie wohl nur 20 Jahre zuvor „Asche und Diamant“.

„Asche und Diamant“

Zehn Jahre nach dem Roman (2) wurde das Drehbuch vom Autor umgearbeitet. Der Film ist anders, eben um die Verarbeitung von zehn Jahren Geschichte ergänzt.

Für den nationalistischen Widerstandskämpfer Maciek (Zbygniew Cybulski, ein Darsteller, der ähnlich James Dean die Zerrissenheit und Orientierungslosigkeit für eine ganze Generation zum Ausdruck bringt.), sind Pläne und Ziele durch den Krieg zerstört worden. Der Film behandelt das Kriegsende 1945 in Polen. „Bei uns fängt der Krieg erst an“, so einer der Hauptdarsteller, Szuka, über das „Polnische Schicksal“.

„Mann aus Marmor“ und „Mann aus Eisen“

„*Der Mann aus Marmor*“ gehört zu jenen Filmen, die bereits durch ihre Entstehung eine eigene Geschichte haben. Die Idee, über einen „Helden der Arbeit“ einen Film zu machen, geht zurück auf 1963. Obwohl, oder gerade weil bereits „Asche und Diamant“ ein Welterfolg war, stieß dieser Film bei der Genehmigung durch die Behörden auf Granit. Die Wunden, die die industrielle Aufbauphase der Arbeiterklasse Polens schlug, waren noch nicht vernarbt. 1976, nach 13 Jahren, Jahr für Jahr beantragt, erhielt Wajda erst die Genehmigung. Das Drehbuch von Alexander Skibor-Rylski mußte deshalb neu überarbeitet werden. Den Film hat Wajda in nur 10 Wochen gedreht. In einer Sitzung des Zentralkomitees der Polnischen Arbeiterpartei soll von einem „Kaffeehausmachwerk“ die Rede gewesen sein. Die Ausfuhr des Films blieb zunächst verboten. Dennoch gelangte der Film auf bisher „nicht geklärte Weise“ (Filmkorrespondenz, 1979) bei den Festspielen in Cannes 1976 zur Aufführung und erhielt – au-

fängt der Krieg erst an“, so einer der Hauptdarsteller, Szuka, über das „Polnische Schicksal“.

„Mann aus Marmor“ und „Mann aus Eisen“

„*Der Mann aus Marmor*“ gehört zu jenen Filmen, die bereits durch ihre Entstehung eine eigene Geschichte haben. Die Idee, über einen „Helden der Arbeit“ einen Film zu machen, geht zurück auf 1963. Obwohl, oder gerade weil bereits „Asche und Diamant“ ein Welterfolg war, stieß dieser Film bei der Genehmigung durch die Behörden auf Granit. Die Wunden, die die industrielle Aufbauphase der Arbeiterklasse Polens schlug, waren noch nicht vernarbt. 1976, nach 13 Jahren, Jahr für Jahr beantragt, erhielt Wajda erst die Genehmigung. Das Drehbuch von Alexander Skibor-Rylski mußte deshalb neu überarbeitet werden. Den Film hat Wajda in nur 10 Wochen gedreht. In einer Sitzung des Zentralkomitees der Polnischen Arbeiterpartei soll von einem „Kaffeehausmachwerk“ die Rede gewesen sein. Die Ausfuhr des Films blieb zunächst verboten. Dennoch gelangte der Film auf bisher „nicht geklärte Weise“ (Filmkorrespondenz, 1979) bei den Festspielen in Cannes 1976 zur Aufführung und erhielt – au-

ßerhalb der Konkurrenz – den Preis der internationalen Filmkritik.

Das Ende des Films „Der Mann aus Marmor“, über Danzig 1970, bildet den Anfang von Wajdas neuestem Film „*Der Mann aus Eisen*“ (1980), der inzwischen in vier Kinos Warschaus läuft. Von der Sowjetpresse ebenfalls als anti-sozialistisches Machwerk abgehandelt, sind in der DDR und Rumänien die älteren Filme A. Wajdas über die gesamte Laufzeit ausverkauft. In unseren Kinos wird „Der Mann aus Eisen“ ab Oktober / November gezeigt.

(1) R. Polanski arbeitet zur Zeit an einem Theater in Polen und hat mit Kafka „abgerechnet“.
(2) Buch und Drehbuch von „Asche und Diamant“ schrieb Jerzy Andrzejewski
(3) 1978 wurde A. Wajda zum Vorsitzenden des Verbandes der Filmschaffenden Polens gewählt.

Der Mann aus Marmor, Regie: Andrzej Wajda (28.9., 21.20 Uhr, ZDF)
Mehr über Wajda einen Tag vorher im ZDF-Filmforum 21.50 Uhr, von H.C. Blumenberg.

mant“ schrieb Jerzy Andrzejewski
(3) 1978 wurde A. Wajda zum Vorsitzenden des Verbandes der Filmschaffenden Polens gewählt.

Der Mann aus Marmor, Regie: Andrzej Wajda (28.9., 21.20 Uhr, ZDF)
Mehr über Wajda einen Tag vorher im ZDF-Filmforum 21.50 Uhr, von H.C. Blumenberg.

Wajda 1978 zu seinem Film „Der Mann aus Marmor“:
„Es gab also auf der einen Seite den Film, der in den Kinos lief, und auf der anderen eine negative Kritik. Aber glücklicherweise gab es eine Öffentlichkeit in Polen und die Zuschauer nahmen ihn mit Zustimmung auf. Innerhalb von drei Monaten haben ihn 2,7 Millionen Zuschauer gesehen, und damit haben die Zuschauer die Darstellung dieser Zeit im Film als richtig bestätigt. Denn der Film wurde sehr lebhaft aufgenommen und als eine Wiederbelebung der 50er Jahre verstanden. Diese Jahre sind ein Teil unseres Lebens. Man kann sie nicht mit einem Schlage vergessen, denn sie sind auch ein Teil unserer politischen Realität.“

Wajda 1981 über die Geschichte des Films „Der Mann aus Eisen“ auf die Frage, ob die Schlußszene des Films „Der Mann aus Marmor“, die 1976 zensiert wurden, den Anfang des neuen Filmes bilden:
„Ja selbstverständlich werden sie vorkommen. Kämen diese Szenen im Film nicht vor, dann gäbe es auch nicht eine der zwei wichtigsten Quellen des Geschehens von Gdansk. Versteht jemand die Ereignisse von 1970 nicht, dann vermag er auch nicht das zu begreifen, was 1980 vorgefallen ist. Das war eine äußerst wichtige und wesentliche Quelle. Die andere war schlechterdings der Aufruhr der Arbeiter gegen die miserablen Organisationsmethoden der Produktion, der Betriebsführung. Es wird soviel davon gesprochen, daß der Streik in der Werft sie 17 Arbeitstage gekostet hat, aber man sollte bedenken, daß die gleiche Werft im selben Jahr 1980 aus völlig anderen Gründen – aus Mangel an Rohstoffen und angemessener Arbeitsorganisation – 100 Tage stillstand. Und wer weiß, ob nicht eben diese 17 Tage Streik unserer Industrie beibringen werden, 100 Tage Arbeitsausfall nicht einzubüßen!“

ge gekostet hat, aber man sollte bedenken, daß die gleiche Werft im selben Jahr 1980 aus völlig anderen Gründen – aus Mangel an Rohstoffen und angemessener Arbeitsorganisation – 100 Tage stillstand. Und wer weiß, ob nicht eben diese 17 Tage Streik unserer Industrie beibringen werden, 100 Tage Arbeitsausfall nicht einzubüßen!“

Der außerordentliche Kongreß des Verbandes Polnischer Filmkünstler, der am 19. Oktober 1980 tagte, wendet sich an alle Filmkünstler in Polen, an alle künstlerischen Kreise und an die Kinobesucher mit einem Manifest:

„Die Kultur ist der höchste gesellschaftliche Wert, der unsere Nation vereint, ihre Aspirationen artikuliert, ihre heiligsten und tiefsten Überzeugungen aufbewahrt, ihre moralischen Haltungen festigt. Es kann kein gerechtes und volksverbundenes Polen existieren ohne eine tiefe in das Volk hineingewachsene und gerecht verteilte nationale Kultur (...).

Wir Filmleute haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß Wahrheit von der Leinwand spricht, daß Gefühle, die wir erwecken, Millionen Zuschauern helfen, die Welt zu verstehen, seinen Platz in der Vielfalt der Erscheinungen zu finden, gegen das Böse zu protestieren, sich für Gerechtigkeit auszusprechen. Wir sind der Meinung, daß die Sanierung der Republik ohne eine anspruchsvolle gesellschaftlich nützliche Filmkunst nicht wirksam sein kann. Wir wissen auch, daß eine solche Kunst nicht in Loslösung von dem Massenpublikum entstehen kann (...).

Wir verstehen, daß eine gesellschaftlich und künstlerisch aufgeschlossene und moderne Kunst unmöglich ist, wenn das Denken unterdrückt wird, wenn es keine Ehrlichkeit gibt, wenn banale und oberflächliche Inhalte und Lösungen wichtigen, wenn auch schmerzlichen, wahren, wenn auch für diese oder andere Interessengruppen unbequemen Inhalten vorgezogen werden. Gegenstand

Der außerordentliche Kongreß des Verbandes Polnischer Filmkünstler, der am 19. Oktober 1980 tagte, wendet sich an alle Filmkünstler in Polen, an alle künstlerischen Kreise und an die Kinobesucher mit einem Manifest:

„Die Kultur ist der höchste gesellschaftliche Wert, der unsere Nation vereint, ihre Aspirationen artikuliert, ihre heiligsten und tiefsten Überzeugungen aufbewahrt, ihre moralischen Haltungen festigt. Es kann kein gerechtes und volksverbundenes Polen existieren ohne eine tiefe in das Volk hineingewachsene und gerecht verteilte nationale Kultur (...).

Wir Filmleute haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß Wahrheit von der Leinwand spricht, daß Gefühle, die wir erwecken, Millionen Zuschauern helfen, die Welt zu verstehen, seinen Platz in der Vielfalt der Erscheinungen zu finden, gegen das Böse zu protestieren, sich für Gerechtigkeit auszusprechen. Wir sind der Meinung, daß die Sanierung der Republik ohne eine anspruchsvolle gesellschaftlich nützliche Filmkunst nicht wirksam sein kann. Wir wissen auch, daß eine solche Kunst nicht in Loslösung von dem Massenpublikum entstehen kann (...).

Wir verstehen, daß eine gesellschaftlich und künstlerisch aufgeschlossene und moderne Kunst unmöglich ist, wenn das Denken unterdrückt wird, wenn es keine Ehrlichkeit gibt, wenn banale und oberflächliche Inhalte und Lösungen wichtigen, wenn auch schmerzlichen, wahren, wenn auch für diese oder andere Interessengruppen unbequemen Inhalten vorgezogen werden. Gegenstand

unserer Sorge ist das Prestige des polnischen Films auf dem weltweiten Forum des Dialogs der Kulturen ... Wir sehen es als unsere Pflicht an, am offenen Wettbewerb der Werte und Errungenschaften teilzunehmen. Wir wollen, daß neben unseren Filmen in den polnischen Kinos die größten Errungenschaften der internationalen Filmkunst gezeigt werden und so eine authentische Skala des Erreichten entsteht.“

Fernsehvorschau

„Jeans“

In der Reihe „Fernsehspiel der Gegenwart“ werden die Zusammenhänge von Kapitalexport in die Dritte Welt und Rationalisierung am heimischen Standort auf's Korn genommen. Entlang einer privaten Geschichte von Angestellten eines Textilkonzerns werden die Interessen der Kapitalseite hinterfragt, werden die Argumente von „mörderischem Konkurrenzdruck“, „wirtschaftlicher produzieren“ und „zu hohe Löhne“ in Frage gestellt. Da die ganze Geschichte in Berlin handelt, haben Autor und Regisseur zudem noch die Fragwürdigkeit von Förderungs- und Investitionsgeldern für die Kapitalisten aufgeworfen. Der Textilkapitalist hat seine Maschinen schon abgeschrieben, die Fristen für Standorterhaltung sind abgelaufen, selbst die Maschinen kann er auslagern. Kämpfe der Belegschaft können die Auslagerung nicht verhindern. – Aber auch die Auslagerung in ein – fiktives – Land der Dritten Welt, als Entwicklungshilfe apostrophiert, wird in dem Fernsehspiel zumindest als anrüchig dargestellt.

Montag, 21.9., 21.20 Uhr im ZDF

„Fat City“

John Hustons Spielfilm von 1972, ein Abgesang auf die Boxer-Heroen, auf die Illusion von Erfolg, Geschäft und Reichtum; ein Studie des alkoholisierten Alltags eines ehemaligen Boxers, der von seinen Vergangenheitserfolgen nicht leben kann, denn sie geben nicht genug her. Seinen jüngeren Kumpel Ernie will Billy Tully zum Profi machen, aber nach zwei verlorenen Kämpfen wird auch aus diesem Traum nichts. Auch als Billy Tully selbst im Ring nochmal einen Kampf gewinnt, hat dies keine Bedeutung – einen schwerkranken Mexikaner k.o. geschlagen zu haben, kann ihm auch keinen Erfolg sichern. Und so bleibt „Fat City“, Synonym für Geld, Erfolg und das große Leben, eine Fata Morgana, unerreicht, mehr noch, ständig in weitere Entfernung rückend. – Huston hat, wenn man den Kritikern folgt, die Ablichtung eines Milieus zustande gebracht. Ein Milieu, wo Menschen zum Scheitern verurteilt sind. Eine trostlose kalifornische Kleinstadt, mit Slums, kaum die Möglichkeit, Geld zu verdienen – amerikanische Wirklichkeit der „anderen Seite“.

Montag, 21.9., 23.00 Uhr im ARD